

Jahresbericht
2017

DGB

.MAI
2017

Wir sind viele.
**Wir sind
eins.**

DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Weitere Informationen über den DGB und seine Arbeit erhalten Sie bei uns:

DGB-Bezirksverwaltung Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tina Kolbeck-Landau, Brigitta Moleski
Otto-Brenner-Str. 7, 30159 Hannover
Tel.: 0511 12601-32 und -21
Fax: 0511 12601-57
tina.kolbeck@dgb.de
www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de
www.niedersachsen.dgb.de

DGB-Landesbüro Sachsen-Anhalt

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Bernhard Becker
Otto-von-Guericke-Straße 6, 39104 Magdeburg
Tel: 0391 62503-23
Fax: 0391 62503-27
bernhard.becker@dgb.de
www.sachsen-anhalt.dgb.de

DGB-Landesbüro Bremen

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Tim Voss
Bahnhofplatz 22-28, 28195 Bremen
Fon: 0421 33576-20
Fax: 0421 33576-60
tim.voss@dgb.de
www.bremen.dgb.de

Herausgeber:

DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
„Jahresbericht 2017“

Redaktion:

Tina Kolbeck-Landau, Marcel Schwarzenberger

Layout und Satz:

Karsten Meier, Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen e. V.

Bildnachweise:

Akademie für regionale Gewerkschaftsgeschichte: 82
DGB-Bundesvorstand: Titel, 23, 38, 62, 78
DGB-Bezirk: 7 (3), 8, 10, 13, 37, 38, 39 (2), 40, 43 (2), 45 (2), 46, 47, 48, 58 (2), 59, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76
DGB-Jugend: 33 (2), 34, 35, 49 (2), 50, 51, 52 (2), 53, 54
DGB-Region Altmark-Börde-Harz: 60, 61
DGB-Region Bremen-Elbe-Weser: 24, 25, 27, 31, 50, 56, 63
DGB-Region Halle-Dessau: 64, 65
DGB-Region Niedersachsen-Mitte: 66, 67
DGB-Region Nord-Ost-Niedersachsen: 68, 69
DGB-Region Oldenburg-Ostfriesland: 32, 70, 71
DGB-Region Osnabrück-Emsland: 72, 73
DGB-Region Südniedersachsen-Harz: 74, 75
DGB-Region SüdOstNiedersachsen: 76, 77
DGB Sachsen-Anhalt: 41 (Schley)
equalpayday-Bündnis Hannover: 44
Filmfest Emden: 79
Landesmuseum Hannover: 83
Stelle für soziale Innovation: 84

Druck:

Neue DRUCKHAUS Dresden GmbH



Jahresbericht 2017

DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Ehrendes Gedenken

Stimmen, die uns vertraut waren, schweigen.

Menschen, die immer für uns da waren, sind nicht mehr.

Was bleibt, sind dankbare Erinnerungen.

Wir gedenken in Trauer, Dank und Ehrerbietung jener Kolleginnen und Kollegen, die verstorben sind.

Paul Becker

Harald Büsing

Thomas Buhe

Karsten Behrenwald

Reimar Birkwald

Reinhold Bittner

Eduard Bojunga

Manfred Brauner

Maria Bullerdiek

Jutta Ehlers

Udo Eike

Gerd Eisermann

Horst Gieseemann

Edith Graw

Gerhard Graw

Heinz-Dieter Gromöller

Waltraud Haysere

Franz-Josef Heese

Jutta Heinemann

Lothar Hoffmann

Albert Iburg

Burkhard Kluge

Herbert Knust

Michael Koch

Margit Kraus

Helmut Küver

Maria Lankenau

Günter Lemke

Gerhard Lienemann

Matthias Linke

Kurt Maidorn

Heinz Marck

Elisabeth Martin

Heinz Meinking

Martina Mogwitz

Karl Neumann

Lothar Okrafka

Bernado Peters-Velasques

Wolfgang Rediske

Irene Reich

Klaus-Dieter Reinecke

Hartmut Richter

Heinrich Sandmann

Heinz Schmedes

Rolf Schmidt

Hugo Schön

Eckhard Schulz

Heinrich Söfjer

Roswitha Uhlemann

Claus Wagner

Helmut Warmbold

Günther E. Weers

Werner Wesling

Klaus Westdörp

Ernst-Dieter Wiarek

Karl Wichmann

Werner Wipprecht

Olaf Zwang

Inhalt

Ehrendes Gedenken	3
Vorwort	7
Landespolitisches aus Niedersachsen	
Drei Fragen an Hartmut Tölle	8
DGB in Aktion	
Arbeitsmarkt und Beschäftigung	9
Finanz-, Wirtschafts- und Strukturpolitik	13
Bildungspolitik	18
Sozialpolitik	23
Öffentlicher Dienst/Beamtenpolitik	26
Umwelt, Energie, Verkehr	28
Arbeits- und Gesundheitsschutz	29
Handwerk	30
Europäischer und internationaler Austausch	31
Aktiv gegen Rechts	33
Medienpolitik	36
Landespolitisches aus Bremen	
Drei Fragen an Annette Düring	37
DGB in Kooperation	
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	38
Frauen- und Gleichstellungspolitik	43
Jugend	49
Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN	55
Seniorinnen und Senioren	56
Ehrenamtliche Richterinnen und Richter	57
DGB vor Ort	
Kreis- und Stadtverbände	58
DGB-Regionen	60
Altmark-Börde-Harz	60
Bremen-Elbe-Weser	62
Halle-Dessau	64
Niedersachsen-Mitte	66
Nord-Ost-Niedersachsen	68
Oldenburg-Ostfriesland	70
Osnabrück-Emsland	72
Süd-niedersachsen-Harz	74
SüdOstNiedersachsen	76

Landespolitisches aus Sachsen-Anhalt

Drei Fragen an Susanne Wiedemeyer	78
---	----

DGB in Projekten

20. DGB-Filmpreis.....	79
Beratungsstellen für mobile Beschäftigte	80
Demografieagentur für die niedersächsische Wirtschaft GmbH	81
Akademie regionale Gewerkschaftsgeschichte.....	82
Aktionsbündnis „Niedersachsen packt an“	83
Stelle für soziale Innovation des DGB Niedersachsen	84
MENTO – Kollegiales Netzwerk für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt	85
Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit	86
Netzwerk Kooperationsstellen Hochschulen – Gewerkschaften	87

Service

Bezirksverwaltung und Landesvertretungen	88
Unsere Regionen, Geschäftsstellen und Servicebüros	90
Bezirksvorstand	93
Unsere Partner vor Ort	94
Mitgliederzahlen	96
Kassenberichte 2013 bis 2017	98

Vorwort



Hartmut Tölle

Hartmut Tölle,
DGB-Bezirkvorsitzender



A. Düring

Annette Düring,
DGB-Geschäftsführerin
Bremen-Elbe-Weser,
Leiterin Landesvertretung
Bremen



S. Wiedemeyer

Susanne Wiedemeyer,
Stellv. Bezirksvorsitzende,
Leiterin Landesvertretung
Sachsen-Anhalt

Wir sind viele. Wir sind eins.

Dieses Motto war am 1. Mai auf vielen Transparenten, Plakaten und Bühnen in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt zu lesen. 75.000 Menschen haben auf über hundert Veranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zum Tag der Arbeit ein klares Signal für mehr soziale Gerechtigkeit gesetzt. Gute Renten, gelungene Integration oder flexible Arbeitszeiten – diese Fragen treffen den Nerv der Menschen. Die Politik muss diese Themen angehen, um unser Land sozialer und gerechter zu machen.

Auch im Rahmen der Rentenkampagne und vor der Bundestagswahl brachte der DGB seine Forderungen in die politische Diskussion ein. In allen drei Bundesländern stellte der DGB Rentenreporte vor und machte so auf das große Problem der drohenden Altersarmut aufmerksam. Von Juni bis September tourten zwei Rentenmobile unter dem Motto „Rente muss reichen!“ durch die DGB-Regionen. Begleitend fanden zwischen Aurich und Zeitz unzählige kreative und engagierte Aktionen statt.

Im Vorfeld der vorgezogenen Wahlen in Niedersachsen hat der DGB Ende September seine Erwartungen an die neu zu wählende Landesregierung formuliert. Unter der Überschrift „Niedersachsen – sicher sozial gerecht!“ fordern die Gewerkschaften einen aktiven, handlungsfähigen Staat, gute Arbeitsbedingungen und gleiche Bildungschancen für alle.

In Bremen beteiligen sich DGB und Gewerkschaften an der neu ins Leben gerufenen Zukunftskommission. So wollen sie an der Debatte über die Zukunft Bremens mitwirken und Investitionen in Infrastruktur voranbringen. Sie setzen sich für bezahlbares Wohnen, für gute, tariflich entlohnte Arbeit und mehr Investitionen in Bildung ein. Besonders dringlich sind aus Sicht des DGB neue Kindertageseinrichtungen.

In Sachsen-Anhalt hat die Landesregierung den Fachkräftepakt wiederbelebt. Für den DGB steht dabei Gute Arbeit im Fokus. Junge Leute für den Arbeitsmarkt zu binden, wird nur möglich sein, wenn Tarifbindung und Mitbestimmung hervorragende Argumente für den ostdeutschen Standort werden. Auch die rasante Digitalisierung, eine attraktive Berufsausbildung oder der Kampf gegen Lohndumping sind Themen, die der DGB verfolgen wird.

Das Jahr 2018 wird personelle Veränderungen beim DGB mit sich bringen. Die Vorstände der Kreis- und Stadtverbände sind neu gewählt, bei der Geschäftsführung einiger Regionen gibt es Wechsel. Hartmut Tölle beendet seine Zeit als Vorsitzender, Mehrdad Payandeh ist für seine Nachfolge nominiert. Wir danken allen, die aus ihren Funktionen ausscheiden, für die gute Zusammenarbeit. Und wünschen denjenigen, die neue Aufgaben übernehmen, alles Gute und viel Erfolg bei ihren neuen Tätigkeiten.

Viel Spaß bei der Lektüre unseres Geschäftsberichts!

Landespolitisches aus Niedersachsen

Drei Fragen an Hartmut Tölle

Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Im Oktober fanden in Niedersachsen vorgezogene Neuwahlen statt. Wie bewerten die Gewerkschaften das Wahlergebnis?

Die Wählerinnen und Wähler haben der Politik den klaren Auftrag gegeben, die soziale Sicherheit zu stärken. In den vergangenen fünf Jahren sind dafür wichtige Impulse gesetzt worden, dieser Kurs muss weiter gelten. Nur wer die Interessen der Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt, kann erfolgreiche Politik für unser Bundesland machen. Das heißt vor allem: Niedersachsen braucht mehr tariflich bezahlte Arbeitsplätze, gute Bildung und Ausbildung, bezahlbare Wohnungen und deutliche Investitionen. Das Geld dafür ist da.

Welche politischen Projekte muss die neue Landesregierung als erstes angehen?

Das Land sollte öffentliche Mittel nur noch an solche Unternehmen vergeben, die Tarifverträge einhalten und ihren Beschäftigten betriebliche Mitbestimmung garantieren. Viele Arbeitgeber halten sich an Tarifverträge, aber es gibt auch schwarze Schafe. Faire Vergaberegeln würden ein deutliches Signal in die gesamte Wirtschaft senden. Eine Novellierung des Tariftreue- und Vergabegesetzes gehört deshalb ganz oben auf die Agenda. Auch in der Wirtschaftsförderung muss das Land Tarifbindung zu einem obligatorischen Standard machen.

Und, ganz wichtig: Die Landesregierung muss mehr für Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Schienen und Internet ausgeben. Mit einer Investitionsquote von 4,5 Prozent ist das Bundesland derzeit Schlusslicht, trotz eines Haushaltsüberschuss von knapp einer Milliarde und mehr Steuereinnahmen.

Welche Herausforderungen siehst du in den kommenden Jahren für den DGB und seine Gewerkschaften?

Der DGB hat zusammen mit seinen Mitgliedsgewerkschaften erreicht, dass es den gesetzlichen Mindest-



Hartmut Tölle

lohn gibt. Zur Zeit machen wir uns gemeinsam für eine bessere Rente stark. Das klappt, weil das gemeinsame politische Ziel klar ist und alle an einem Strang ziehen. Ich glaube, das wird das Erfolgsrezept auch für die kommenden Jahre sein.

Bezirksweit

Monatlich erscheint das „Kurzinformat Arbeitsmarkt“ mit den aktuellen Arbeitsmarktzahlen der drei Länder des Bezirkes sowie weiteren relevanten Materialien.

Auf Ebene der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit besteht für Niedersachsen und Bremen ein gemeinsamer Beirat. Hier hat sich der Deutsche Gewerkschaftsbund für eine bessere Integration von Langzeitarbeitslosen sowie von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt eingesetzt.

Innerhalb des DGB-Bezirktes hat der Arbeitskreis Arbeit und Wirtschaft den Austausch zwischen den DGB-Regionen insbesondere zu Arbeitsagenturen und Jobcentern verbessert und die Arbeit der gewerkschaftlichen VertreterInnen in Verwaltungsausschüssen und Beiräten der Jobcenter koordiniert. Schwerpunkte waren hier Tariftreue und Vergabe, Langzeitarbeitslose und Maßnahmen zur Flüchtlingsintegration.

Niedersachsen

Zum 1. Januar 2017 wurde der gesetzliche Mindestlohn erstmals seit seiner Einführung vor zwei Jahren angehoben. Er stieg um 34 Cent auf 8,84 Euro pro Stunde. Eine Analyse des DGB hat positive Effekte für die Beschäftigten ermittelt: Die Verdienste bei An- und Ungelernten sind in Niedersachsen seit Anfang 2014 bis Ende des 2. Quartals 2016 um 7,2 Prozent gestiegen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten stieg um 3,4 Prozent. Minijobs hingegen haben um 2,3 Prozent abgenommen. Viele der weggefallenen Minijobs sind in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt worden. Somit hat der Mindestlohn vielen Beschäftigten in Niedersachsen ein kräftiges Lohnplus beschert. Der vielfach befürchtete Abbau von Arbeitsplätzen ist ausgeblieben. Die höheren Löhne führten im Gegenteil zu mehr Kaufkraft und

stärkerer Nachfrage nach Gütern, die wiederum mehr Beschäftigung schaffte.

Die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne in Niedersachsen lagen mit 21,45 Euro deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 23 Euro. Eine zentrale Ursache hierfür ist, dass sich in Niedersachsen mit 42,1 Prozent überdurchschnittlich viele Beschäftigte in atypischer Arbeit befinden. 23 Prozent aller niedersächsischen Beschäftigten beziehen Niedriglöhne, das ist deutlich mehr als der westdeutsche Durchschnitt von 19,3 Prozent. Ursächlich hierfür ist insbesondere die abnehmende Tarifbindung. Der DGB hat sich daher massiv für mehr Tarifbindung eingesetzt.

2017 waren rund 328.000 Menschen ohne Arbeit, das sind 1,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Grund ist, dass die verdeckte Arbeitslosigkeit in Niedersachsen deutlich angestiegen ist. Während die offizielle Statistik der Bundesagentur für Arbeit nur 240.000 arbeitslose Personen zählt, sind weitere 88.000 Menschen ohne Arbeit. Diese werden offiziell nicht als arbeitslos gezählt, weil sie sich in so genannten Maßnahmen wie Bewerbungstrainings befinden oder weil sie älter als 58 Jahre sind. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit in Niedersachsen hat also zugenommen.

Der DGB hat verlangt, dass die Politik dieser Entwicklung nicht tatenlos zusieht, und sich für die konsequente Umsetzung des Landesprogrammes zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit eingesetzt. Mit Hilfe der Fraktionen von SPD und Grünen konnte der DGB erreichen, dass ein Modellprojekt für bis zu 1.000 Betroffene vom Land aufgelegt wurde. Dieses funktioniert so, dass 75 Prozent der Lohnkosten vom Jobcenter erstattet werden und das Land eine Pauschale von 5.000 oder 7.000 Euro (je nach Arbeitszeit) zahlt. Im Ergebnis erreicht man eine knapp hundertprozentige Förderung. Voraussetzung ist die tarifliche Bezahlung der Teilnehmer nach TVÖD EG 2 sowie Gemeinnützigkeit und Zusatzlichkeit. Aus Sicht

des DGB hätten die Förderbedingungen noch besser sein können, insbesondere hätte das Land sich mit mindestens 50 Prozent an den Kosten beteiligen sollen. Aktuell müssen die Jobcenter aus den knappen Eingliederungsmitteln den Großteil der Lohnkosten des Programmes tragen. Daher hakt es an dieser Stelle noch in einigen Regionen. Insgesamt ist es aber erfreulich, dass mit diesem Programm Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert wird und eine erste Abkehr von der neoliberalen Arbeitsmarktpolitik der Vergangenheit zu beobachten ist.

Der DGB hat sich dafür eingesetzt, in Niedersachsen mindestens einen gesetzlichen Feiertag mehr einzuführen. Niedersachsen gehört mit neun gesetzlichen Feiertagen gegenüber Baden-Württemberg, Sachsen und Bayern mit zwölf bzw. 13 zu den bundesweiten Schlusslichtern. Der Arbeitsdruck hat in der Vergangenheit deutlich zugenommen, so dass den Beschäftigten in Niedersachsen mehr Erholung zusteht. Die Forderung stieß in weiten Teilen des Landtages auf Zustimmung, ein entsprechendes Gesetz steht noch aus.

Für die Landtagswahl 2017 hat der DGB umfangreiche Forderungen der Gewerkschaften im Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung erarbeitet und veröffentlicht.

Gemeinsam mit Mitgliedsgewerkschaften und Bildungsträgern hat der DGB die Veranstaltungsreihe, die Alternativen zum Neoliberalismus aufzeigen soll, fortgesetzt. Im Jahr 2017 fanden drei Veranstaltungen statt.

Bremen

2017 sind erneut mehr Vollzeitjobs im Land Bremen entstanden. So stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze auf knapp 320.000 – das sind fast 7.900 mehr als im Jahr zuvor. Mehr Beschäftigung gab es vor allem in im Sozialwesen, in der Leiharbeit und im verarbeitenden Gewerbe, etwa im Baugewerbe. Löhne und Gehälter differieren allerdings sehr stark je nach Branche.

Trotz der Zunahme von Beschäftigung bleibt das Thema Langzeitarbeitslosigkeit ein großes Problem. Arbeitslose profitieren nur partiell von der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Die Arbeitslosenquote bewegte sich mit 10,5 Prozent auf dem Niveau der letzten Jahre. Allerdings gibt es auch hier starke Unterschiede zwischen den beiden Städten: in der Stadt Bremen beträgt sie 9,7 Prozent Bremerhaven dagegen 14,6 Prozent. Rund 16.000 Menschen haben seit mehr als einem Jahr keinen Job mehr. Der DGB hat die Initiative des Landes für das Programm "Öffentlich



finanzierter Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose“ begrüßt. 500 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Bremen und Bremerhaven sollen geschaffen werden, allerdings befristet auf zwei Jahre. Das ist der richtige Schritt, damit Arbeitslose den Anschluss nicht verlieren. Hier muss in den Folgejahren nachgelegt werden. Der DGB arbeitet deshalb am Folgeprojekt LAZLO II mit.

In einem Netzwerk mit der Arbeitnehmerkammer Bremen finden Werkstattgespräche gegen Langzeitarbeitslosigkeit statt. 2017 standen die Themen Kinderbetreuung zwischen Arbeitsmarktintegration, Gleichstellung und Kindeswohl und das Nachholen von fehlenden Berufsabschlüssen zur Diskussion. Ziel dieser Gespräche ist es, neue Strategien gegen Langzeitarbeitslosigkeit und langen Leistungsbezug zu entwickeln. Daneben fließen die Erkenntnisse der Praxiserfahrungen anderer Jobcenter in die Diskussion über das neue arbeitsmarktpolitische Programm 2018 für Bremen ein.

Nachdem die Initiierung des Branchendialogs im Einzelhandel sehr zähflüssig anlief, fand am 23. Februar das erste Treffen in der Baumwollbörse statt. Eine Vereinbarung zum Dialog wurde vom Senator für Wirtschaft, Häfen und Arbeit, dem Handelsverband Niedersachsen-Bremen und von ver.di unterschrieben. Die anschließende Vortrags- und Diskussionsrunde war jedoch sehr unbefriedigend. Die Herausforderungen im Einzelhandel sind vielschichtig und müssen dementsprechend abgearbeitet werden. Die Arbeitgeber müssen noch stärker sensibilisiert werden, auch von der Politik erwartet der DGB ein offensiveres Vorgehen. Mit diesen Erwartungen von Seiten der ArbeitnehmerInnen werden jetzt die Folge Termine vereinbart und inhaltlich ausgerichtet.

Seit zwei Jahren gibt es im Land Bremen die Pflegeinitiative, in der unterschiedliche Initiativen, Krankenkassen und Behörden mitarbeiten. ver.di und der DGB

waren bis dato nicht dabei. 2017 wurde eine neue Vereinbarung erarbeitet. Der DGB und ver.di sind dieser Bremer Pflegeinitiative gegen den Fachkräftemangel beigetreten und arbeiten nun aktiv im Lenkungsausschuss, Workshops und Arbeitsgruppen mit.

Sachsen-Anhalt

Die DGB-Landesvertretung arbeitet im arbeitsmarktpolitischen Beirat der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt der Bundesagentur für Arbeit mit. Das Land verzeichnet entsprechend dem bundesweiten Trend einen anhaltenden Rückgang der Arbeitslosigkeit auf nunmehr 7,9 Prozent, d.h. 90.803 Personen sind ohne Arbeit. Berücksichtigt man auch die 42.293 Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, ergibt sich allerdings eine Unterbeschäftigungsquote in Höhe von 11,3 Prozent. Besonders bedrückend ist der hohe Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit: Für 36.008 Personen, d.h. 38 Prozent der Erwerbslosen, dauert diese Situation schon länger als ein Jahr.

Im Berichtsjahr ist das Landesprogramm für Teilhabe am Arbeitsmarkt angelaufen. Damit zielt die Landesregierung auf die Etablierung eines zweiten Arbeitsmarktes für Langzeitarbeitslose über 35 Jahre mit geringen Chancen auf Vermittlung in reguläre Beschäftigung. Ein besonderer Fokus der Arbeitsmarktpolitik im Land liegt schließlich auf Familien mit Kindern, in denen Alleinerziehende bzw. beide Elternteile von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Im Programm „Familien stärken“ werden sie über einen längeren Zeitraum intensiv beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt begleitet.

Trotz der Erfolge beim Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung muss der DGB immer wieder auf den hohen Anteil Beschäftigter im Niedriglohnsektor verweisen: Ein Drittel der Beschäftigten verdient unter 10 Euro pro Stunde. Und das, obwohl fast 39 Prozent der Menschen mit Niedriglohn eine

abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können, weitere 7,4 Prozent sogar einen Hochschulabschluss haben und gleichzeitig der Fachkräftemangel beschworen wird. Besonders stark vom Niedriglohn betroffen sind Jüngere unter 25 Jahren. Sie machen fast die Hälfte der Menschen im Niedriglohnsektor aus (ohne Azubis). Hoffnung gibt in dieser Situation nur, dass seit 2014 wieder ein Anstieg der Tarifbindung zu verzeichnen ist: Mit ca. 26 Prozent tarifgebundenen Unternehmen, in den 53 Prozent der Beschäftigten arbeiten, weist Sachsen-Anhalt inzwischen die höchste Tarifbindung aller Ost-Bundesländer auf.

Damit ergeben sich einige Themen, die im Fachkräftesicherungspakt zu besprechen sein werden. Mit dem Regierungswechsel ist der sachsen-anhaltische Fachkräftesicherungspakt aus der Zuständigkeit der Staatskanzlei in das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration gewechselt. Damit einher ging die Aufwertung der gewerkschaftlichen Rolle durch die Benennung Guter Arbeit als ein Ziel des Fachkräftesicherungspakts und die erweiterte Beteiligung gewerkschaftlicher Akteure – zusätzlich zum DGB wurde noch die IG Metall und die IG BCE in den Pakt aufgenommen. Die Einrichtung einer neuen Arbeitsgruppe zum Thema Gute Arbeit/Arbeitsgeberattraktivität wird gemeinsam von DGB und Arbeitgeberverband geleitet.

Niedersachsen

Schuldenbremse vs. Zukunftsinvestitionen

Der DGB hat gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Niedersachsen im August eine Veranstaltung zum Thema Zukunftsinvestitionen in Hannover organisiert. Nach einem Impuls von Ministerpräsident Stephan Weil skizzierte Prof. Peter Bofinger die Grundzüge einer progressiven Steuer- und Finanzpolitik. Klar wurde, dass die Politik der schwarzen Null die Unterfinanzierung der öffentlichen Hand betreibt und dringend revidiert werden muss. Bei der Podiumsdiskussion nahm neben Stephan Weil und Peter Bofinger auch Stefan Körzell vom DGB-Bundesvorstand teil. Der DGB hat darüber hinaus in diversen Gesprächen und im Rahmen seiner Landtagswahlforderungen eine ablehnende Position gegenüber einer möglichen Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung deutlich gemacht.

Wohnungsbau

In den niedersächsischen Großstädten ist die Situation auf dem Mietmarkt äußerst angespannt, weil in der Vergangenheit konstant weniger Wohnungen gebaut worden sind als benötigt werden. Eine Wende in der Wohnungspolitik ist überfällig. Der DGB hat in einem umfassenden Positionspapier die Lage analysiert und konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet. Jährlich müssen in Niedersachsen 35.000 neue Wohnungen durch eine gezielte Förderung von Genossenschaften und Kommunen geschaffen werden. Dieser Vorschlag ist einer der wesentlichen Bestandteile der DGB-Landtagswahlforderungen.

Tariftreue- und Vergabegesetz

Der DGB hat sich im ersten Halbjahr in mehreren Stellungnahmen kritisch mit geplanten Änderungen des Tariftreue- und Vergabegesetzes auseinandergesetzt. Es war vorgesehen, wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und große Bautätigkeiten aus dem Anwendungsbereich der Vergaberichtlinien zu streichen. Außerdem sollten die Kontrollen beim Einsatz von Nachunternehmern abgeschwächt werden. Wären diese Änderungen des Gesetzes erfolgt, hätte dies die Einhaltung der Tariftreue, den Kampf gegen Lohndumping und die Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen massiv untergraben.

Als Gegenentwurf hat der DGB sowohl in seinen Stellungnahmen als auch vielen politischen Gesprächen gezielte Verbesserungsvorschläge für das Tariftreue- und Vergabegesetz gemacht. Das besondere Augenmerk lag dabei auf repräsentativen Tarifverträgen, an die sich alle Auftragnehmer halten müssen, Kontrollmaßnahmen, Untervergaben und dem Anwendungsbereich. Leider haben die vorgezogenen Landtagswahlen alle erreichbaren Verbesserungen vorerst zunichte gemacht, so dass die Gespräche über eine Reform des Tariftreue- und Vergabegesetzes im Sinne der Beschäftigten erst nach der Bildung einer neuen Landesregierung fortgeführt werden können.



Diskussionsrunde mit Lea Arnold, Stefan Körzell, Stephan Weil und Peter Bofinger (von links)

Zusätzlich hat sich der DGB im Rahmen einer Stellungnahme über die Niedersächsische Kernarbeitsnormenverordnung dafür eingesetzt, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge der Warenkatalog für verwendete Produkte zum Nachweis der Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation erweitert wird.

Landeskreditausschuss

Der DGB nimmt an den Sitzungen regelmäßig als beratendes Mitglied teil. Der Ausschuss entscheidet über die Vergabe von Landesbürgschaften.

Strukturpolitik

Der DGB fordert seit langem die Stärkung der Infrastruktur in Niedersachsen durch höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung, regionale Wirtschaftsstruktur und Breitbandausbau. Die Grundlage dafür bieten der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Landwirtschaftsfonds (PFEIL) und Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW).

In den Begleitausschüssen dieser Fonds hat sich der DGB erfolgreich dafür eingesetzt, ‚Gute Arbeit‘ zum Kriterium für die Vergabe von Fördermitteln zu machen und die Schaffung von neuen ‚guten‘ Arbeitsplätzen zu fördern. Damit hat der DGB erreicht, dass durch die Strukturförderung die Interessen der Beschäftigten und der Gewerkschaften Berücksichtigung finden.

Auch in Zukunft, so die Forderung des DGB, soll der Ausbau der regionalen Wirtschaft ein besonderes Merkmal der niedersächsischen Strukturpolitik sein. Daher ist es notwendig, ländliche Regionen besser zu unterstützen. Es reicht nicht, die Netzinfrastruktur bereitzustellen. Die Attraktivität kleiner und mittlerer Unternehmen muss durch die niedersächsische Strukturpolitik gestärkt werden, indem Fachkräftemangel, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und altersgerechtes Arbeiten Teil der Strukturpolitik werden.

Bremen

Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung

Auf den ersten Blick scheint die Wirtschaft weiterhin auf einem stabilen Wachstumspfad zu sein. Verschiedene Entwicklungen und politische Entscheidungen der jüngeren Vergangenheit bergen jedoch erhebliche Risiken für wirtschaftlichen Fortschritt. Zu nennen sind die Unsicherheit über die amerikanische Wirtschafts- und Handelspolitik, der zunehmende Protektionismus in der Welt im Zuge des weiteren Erstarkens nationalistischer Kräfte, der Höhenflug des Dollars und nicht zuletzt die nach wie vor ungelösten Probleme in der Eurozone, verstärkt durch den so genannten Brexit. Gerade Bremen als stark exportorientiertes Bundesland ist von diesen Entwicklungen unmittelbar betroffen.

In den vergangenen Monaten lagen in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung im Land Bremen Licht und Schatten eng beieinander: In Bremerhaven wurden die Erwartungen, die mit dem Einstieg der asiatischen Genting Group bei der Lloyd Werft im September 2015 verbunden waren, enttäuscht. Anstelle des erhofften Aufbaus von Arbeitsplatzkapazitäten im vierstelligen Bereich wurde Personal abgebaut. Die Windenergiebranche in Bremerhaven ist nach der Schließung beim Rotorblatt-Produzenten PowerBlades zum Ende des Jahres 2017 sowie aufgrund der schwierigen Lage beim Windanlagen-Hersteller Adwen, der vom Siemens-Konzern übernommen wurde, von Unsicherheit gekennzeichnet. Nach wie vor auf Hochtouren läuft die Produktion im Mercedes-Benz-Werk Bremen, wo mittlerweile zehn Modelle des Konzerns hergestellt werden. Zusätzliche Arbeitsplätze wurden hier in den vergangenen Monaten sukzessive geschaffen.

Hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Perspektive bleibt die Skepsis der Betriebsräte – trotz gesamtwirtschaftlich positiver Lage – bestehen. Auch

nach Einschätzung der Betriebsräte führt Leiharbeit zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft im Betrieb. Nur in Einzelfällen dient sie als Sprungbrett zu einer regulären Festeinstellung. In jedem fünften Unternehmen kommt eine Übernahme von LeiharbeiterInnen häufiger vor; in über einem Drittel der Unternehmen gar nicht. Innerhalb der Unternehmen, die Werkverträge nutzen, wird von einer Zunahme der Anzahl der Werkverträge ausgegangen.

Insgesamt hat sich der Arbeitsplatzabbau im industriellen Bereich fortgesetzt. Nahezu alle „neuen“ Arbeitsplätze wurden im Dienstleistungssegment geschaffen – in der Stadt Bremen in stärkerem Maße als in Bremerhaven. Diese Entwicklung ist kritisch zu hinterfragen, da die größten Beschäftigungszuwächse in der Arbeitnehmerüberlassung verzeichnet wurden. Rein quantitativ betrachtet, haben vor allem Frauen von den Entwicklungen innerhalb des Dienstleistungssektors profitiert. Der Industriebereich stellt noch immer ein wichtiges wirtschaftliches Standbein für das Land Bremen dar. Leuchttürme der Industrie sind der bereits erwähnte Standort von Mercedes mit dem personell zweitgrößten Werk innerhalb des Konzerns sowie das Stahlwerk von ArcelorMittal mit rund 4.500 Beschäftigten.

Handlungsnotwendigkeiten aus Beschäftigtenperspektive

Skepsis bereitet weniger die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Zahlen, sondern die Qualität der Arbeit – gerade in bestimmten Branchen. So betrachtet der DGB die Entwicklung der Arbeitsbedingungen sowohl im Einzelhandel als auch im Hotel- und Gaststättengewerbe mit großer Sorge. Nach dem erfolgreichen Vorstoß für die Initiierung eines Branchendialogs Einzelhandel zusammen mit der Arbeitnehmerkammer Bremen wurde der Dialog im Februar begonnen. Im Rahmen der Auftaktveranstaltung diskutierten VertreterInnen von senatorischen Behörden sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite

über das Thema „Einzelhandel im Umbruch“. Weitere Sitzungen mit anderen Schwerpunkten werden folgen. Parallel zum Branchendialog führte der DGB darüber hinaus in Kooperation mit ver.di und Arbeitnehmerkammer Betriebsräte-Workshops zu den Herausforderungen aus Perspektive der MitarbeiterInnen durch.

Mitarbeit im EFRE- und ESF-Begleitausschuss

Der DGB ist in beiden Begleitausschüssen vertreten und begleitet die Umsetzung der Programme kritisch und konstruktiv. Im Fokus der Sitzungen des EFRE-Begleitausschusses standen die Auswahlkriterien für das EFRE-Programm 2014 bis 2020. Einige von Seiten des DGB eingebrachte Vorstellungen wie die Berücksichtigung des Themas „Gute Arbeit“ in den Checklisten fanden Eingang.

Sachsen-Anhalt

Digitalisierung

Die „Digitale Agenda“ des Landes beleuchtet Herausforderungen und Chancen der Arbeitswelt im digitalen Zeitalter. Die überdurchschnittliche Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen, die starke Dienstleistungsorientierung bei vergleichsweise geringer Bedeutung des produzierenden Sektors, der hohe Altersdurchschnitt der betrieblichen EntscheiderInnen sowie die unzureichende Breitbandversorgung tragen dazu bei, dass die Digitalisierungspotenziale in Sachsen-Anhalt bei weitem noch nicht ausgeschöpft werden. Nicht wenige Beschäftigte machen das unruhig, denn sie befürchten, dass ihre Betriebe den technologischen Anschluss verpassen.

Digitalisierung bietet Chancen für bessere Arbeitsbedingungen, aber auch Gefahren für bestehende Arbeitsplätze. In Sachsen-Anhalt könnten 14,6 Prozent der Arbeitsplätze und damit 110.000 Personen durch Computer oder computergesteuerte Maschinen ersetzt werden. Damit liegt Sachsen-Anhalt zwar leicht

unter dem Bundesdurchschnitt. Es besteht aber kein Grund zur Gelassenheit.

Der DGB mischte sich daher im vergangenen Jahr intensiv in die Diskussionen der Digitalen Agenda ein und wies beharrlich auf den hohen Handlungsbedarf hin. Dazu zählen:

- Sicherung von Arbeitsplätzen und Nutzung der Chancen von Digitalisierung für neue gute Arbeitsplätze,
- Schutz vor Überwachung am Arbeitsplatz und vor Überlastung durch zunehmende Verdichtung der Arbeitsanforderungen,
- mehr und bessere Weiterbildung in den Betrieben, damit alle Kolleginnen und Kollegen Schritt halten können und
- Einbeziehung von Betriebs- und Personalräten beim Thema Digitalisierung.

Europäische Fördermittelvergabe

Im Land stehen bis Ende 2023 rund 2,8 Mrd. Euro aus Mitteln der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) zur Verfügung. Der DGB gehört zusammen mit der IG BAU zu den 29 Organisationen, die in die Begleitung der ESIF eingebunden sind. Bei der Verabschiedung der Schlussberichte aus der alten Förderperiode kritisierte der DGB die nicht erfüllten Zielstellungen hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze, die zu geringer Orientierung an Kriterien Guter Arbeit sowie den unzureichenden Mittelabfluss. In der aktuellen Förderperiode liegt das Augenmerk des DGB auf der Etablierung eines Frühwarnsystems, so dass nicht abgerufene Mittel für unternehmensdominierte Programme rechtzeitig umgewidmet werden können, etwa für Beschäftigungsmaßnahmen, für die weiterhin großer Finanzierungsbedarf besteht.

Als Träger des „Kompetenzzentrums zur Stärkung der Wirtschafts- und Sozialpartner in Sachsen-Anhalt“

(WKZ) kommt dem DGB im Kreis der Partner eine besondere Rolle zu. Das WKZ berät seit 2008 verschiedenste Organisationen mit dem Ziel, ihnen eine bessere Nutzung der ESIF zu ermöglichen.

Die frühere WKZ-Mitarbeiterin Regina Stipani wechselte in die DGB-Landesvertretung und vertritt nun den DGB im ESIF-Begleitausschuss. Im Beirat des WKZ wurde sie als zweite Sprecherin neben der Arbeitgebervertreterin gewählt.

Die sogenannten WiSo-Partner-Projekte standen im Vordergrund der Arbeit des WKZ. In Sachsen-Anhalt sind zwei Prozent der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds – zwölf Mio. Euro bis Ende 2023 – für Projekte reserviert, in denen mindestens zwei WiSo-Partner eine maßgebliche und aktive Rolle spielen. Die WiSo-Partner haben entschieden, in einem ersten Ideenwettbewerb gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration den Förderschwerpunkt auf zwei Handlungsfelder zu legen:

- Verbesserung der Attraktivität, Qualität und Durchlässigkeit beruflicher Bildung sowie
- nachhaltige Fachkräftesicherung durch Förderung der Arbeitgeberattraktivität und „Guter Arbeit“

Der DGB konnte über diesen Fördertopf einer landesweiten Beratung für mobile Beschäftigte den Weg bahnen. Beschäftigte aus dem europäischen Ausland, die nur für kurze Zeit in Deutschland arbeiten, sehen sich oft mit besonders unfairen oder gar illegalen Praktiken ihrer Arbeitgeber konfrontiert. Das reicht von erzwungener Scheinselbständigkeit über falsche Arbeitszeitabrechnungen bis hin zu Hinterziehung von Lohnbestandteilen. 2018 wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds nun in Sachsen-Anhalt eine dezentrale muttersprachliche Unterstützung für die Betroffenen angeboten werden. Projektträger werden Arbeit und Leben Sachsen-Anhalt e. V. in Kooperation mit dem Qualifizierungsförderwerk Chemie sein.

Ebenfalls aus ESF-Mitteln wird die neu einzurichtende Beratungsstelle „Faire Integration“ finanziert sein. In Kooperation mit dem Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“ hat der DGB den Aufbau einer Beratungsstelle für Geflüchtete vorbereitet, die diese über Arbeitnehmerrechte am deutschen Arbeitsmarkt informiert. So werden Dumping-Praktiken unseriöser Arbeitgeber bekämpft und Sorgen vor einem Unterbietungswettkampf am Arbeitsmarkt entgegenwirkt.

Strukturpolitik

Die „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ist eines der wichtigsten Instrumente zur Förderung von Unternehmensinvestitionen. Dank der in Sachsen-Anhalt verfügbaren europäischen Fördermittel sind die Förderbedingungen für Unternehmen besonders attraktiv. Dennoch verzeichnet das Wirtschaftsministerium einen Rückgang der Nachfrage nach GRW-Förderung. Zum Jahreswechsel 2016/2017 wurden daher die langjährig praktizierten GRW-Bedingungen überarbeitet. Im Vordergrund stand dabei nicht die Förderung Guter Arbeit, wie es in einem Land mit einem Drittel der Beschäftigten im Niedriglohnsektor angemessen gewesen wäre, sondern die Steigerung der Fördermittelnachfrage. Mit seiner Forderung, nur tarifgebundenen Unternehmen die maximale Förderung zu gewähren, konnte der DGB leider nicht durchdringen. Allerdings ist Tarifbindung weiterhin eines von vielen Kriterien, die in Kombination zur Höchstförderung führen. Positiv ist die Beschränkung der Leiharbeit in geförderten Unternehmen: Ab zehn Prozent Leiharbeit halbiert sich die Förderung, ab 20 Prozent Leiharbeiteranteil ist eine GRW-Förderung ausgeschlossen.

Vermehrt berichten Beschäftigte aus GRW-geförderten Unternehmen über Behinderung von Betriebsratsarbeit. Dies verstößt klar gegen die Koalitionsvereinbarung, in der sich die Landesregierung zu guter Arbeit bekennt und die öffentliche Förderung bei

Verhinderung von betrieblicher Mitbestimmung ausschließt. Es wird gewerkschaftliche Aufgabe bleiben, die Einhaltung dieser Regelungen zu kontrollieren und Verstöße zu kritisieren.

Vergaberecht

Die Landesregierung arbeitet an der Novellierung ihres Vergabegesetzes. Bereits im November 2016 kritisierte der DGB die Vergabebedingungen im Land. Wie in anderen Bundesländern reichen die Rahmenbedingungen des Gesetzes nicht aus, um tarifgebundene Unternehmen vor Dumpingkonkurrenz zu schützen. Mangels Kontrollen bei der Umsetzung von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen aus Mitteln der öffentlichen Hand kommt es in undurchsichtigen Subunternehmerketten zu Verstößen gegen grundlegende Arbeitsrechte und Mindestlöhne. Der DGB hat seine Kritik im Rahmen einer Evaluation des bestehenden Vergabegesetzes eingebracht und formulierte frühzeitig Verbesserungsvorschläge. Unsere zwei wichtigsten Forderungen lauten:

- Verschiebung des Fokus von ungehindertem Wettbewerb zu fairen Wettbewerbsbedingungen für tarifgebundene Unternehmen,
- wirksame Kontrolle der AuftragnehmerInnen zur Sicherung sauberer Verhältnisse bei der Ausführung öffentlicher Aufträge.

Bildungspolitik

Der bezirksweite Arbeitskreis Bildung hat drei Mal getagt. Ziel ist Arbeitskreises ist es, die Positionen des DGB von der Kita über die Schule bis hin zur Berufs- und Weiterbildung zu diskutieren und weiter zu entwickeln. Aktiv sind dort dort VertreterInnen der Mitgliedsgewerkschaften, des DGB und vereinzelt auch der Wissenschaft. Zu einzelnen Sitzungen wurden VertreterInnen der Landespolitik oder bildungspolitische ExpertInnen eingeladen. Schwerpunkte in diesem Jahr waren die Forderungen des DGB und seiner Gewerkschaften zur Landtagswahl im Bereich Kita/frühkindliche Förderung und die Bestandsaufnahme der niedersächsischen Erwachsenenbildung. Zudem wurde ein Forum eingerichtet, das den Austausch über die Arbeit in den Berufsbildungsausschüssen erleichtern soll.

Niedersachsen

Frühkindliche Bildung

Die Landesregierung hatte im Koalitionsvertrag die vom DGB schon seit langer Zeit geforderte Novellierung des Niedersächsischen Kita-Gesetzes versprochen, umgesetzt wurde sie jedoch nicht. Die Einführung der dritten Krippenkraft im Jahr 2015 und die Entscheidung der Landesregierung vom September 2016, 120 Millionen Euro für den Ausbau der Kitas im Doppelhaushalt 2017/2018 vorzusehen, waren zwar Schritte in die richtige Richtung. Vor allem bezogen auf die Ausbildung von Fachkräften und die Honorierung der Beschäftigten gibt es aber dringenden Handlungsbedarf.

Allgemeinbildende Schulen

Der DGB sich im Januar an der mündlichen Anhörung zu den Anträgen der Fraktionen zur inklusiven Schule beteiligt und hat daneben Stellung genommen:

- zum Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der inklusiven Schule (Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

- zum Antrag „Zukunft der inklusiven Schule in Niedersachsen gestalten“ der CDU-Fraktion
- zum Entwurf der FDP-Fraktion zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes
- zum Änderungsentwurf der „Verordnung über den Wechsel zwischen Schuljahrgängen und Schulformen der allgemein bildenden Schulen“
- und zu Grundsatzentwürfen für Haupt-, Real- und Oberschulen.

Berufliche Bildung

Der DGB arbeitet intensiv im 2016 unter Federführung des Kultusministeriums gegründeten Bündnis Duale Berufsausbildung der Landesregierung mit. 2017 standen die Arbeitsgruppen zur Integration von unversorgten Jugendlichen in duale Berufsausbildung und zur wohnortnahen Beschulung und Qualitätssicherung im Mittelpunkt.

Ausbildungsplatzmangel

Nicht einmal zwei Drittel der interessierten Jugendlichen in Niedersachsen haben 2016 einen Ausbildungsplatz gefunden. Das hat eine Untersuchung des DGB auf Basis von Zahlen des Bundesinstituts für Berufliche Bildung ergeben. Von knapp 87.000 Jugendlichen, die sich für eine Ausbildung interessierten, konnten nur 60,9 Prozent einen Vertrag unterzeichnen. Damit liegt Niedersachsen unter dem bundesweiten Schnitt von 64,7 Prozent. Ländern wie Bayern oder Hamburg ist es hingegen gelungen, fast 75 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber eine Ausbildung zu bieten. Wenn tausende Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden, kann man nicht von Azubi-Mangel sprechen. Damit sich Lage für die jungen Menschen deutlich entspannt, braucht es als ersten Schritt über 12.000 zusätzliche abgeschlossene Ausbildungsverträge. Leider ist die Quote der Ausbildungsbetriebe seit Jahren rückläufig. Deshalb hat sich der DGB für eine Ausbildungsumlage eingesetzt. Außerdem sind neue Formen über- und

außerbetrieblicher Ausbildung nötig. Benachteiligte Jugendliche müssen die Chance erhalten, über eine außerbetriebliche Ausbildung einen vollwertigen Berufsabschluss zu erlangen. Diese sollte für diejenigen greifen, die auch nach dem Besuch der einjährigen Berufsfachschule keinen regulären Ausbildungsplatz finden. Die vom niedersächsischen Landtag im November 2016 beschlossene Ausbildungsgarantie ist hierfür der richtige Schritt. Erste Planungen der Landesregierung sehen vor, im Jahr 2018 hundert Plätze einzurichten. Dies kann aus Sicht des DGB nur ein Anfang sein.

Der DGB hat sich gegen die drohende Schließung des Teilstudiengangs Sozial-/Sonderpädagogik in der beruflichen Bildung an der Leibniz Universität Hannover eingesetzt. Dort werden zukünftige LehrerInnen gezielt für den Unterricht benachteiligter und beeinträchtigter Jugendlicher und junger Geflüchteter ausgebildet. Die Abschaffung des Studienganges wäre ein schwerwiegender Fehler, da Inklusion als verpflichtendes Prinzip an berufsbildenden Schulen eingeführt werden soll. Außerdem stehen die berufsbildenden Schulen nach Angaben des aktuellen nationalen Bildungsberichts vor der Aufgabe, für bundesweit 66.000 bis 88.000 Jugendliche zwischen 9.000 und knapp 12.000 Personalstellen zusätzlich in der Ausbildungsvorbereitung bereitzustellen. Der Landesausschuss für Berufsbildung hat deshalb einen einstimmigen Beschluss zur Erhaltung des Studienganges gefasst.

Hochschulpolitik

Der Hochschulpolitische Arbeitskreis (HoPoAK) des DGB hat sich regelmäßig getroffen und die prekären Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft kritisiert. Die Sitzung im Juni befasste sich mit dem Versprechen der Landespolitik, die Arbeitsbedingungen an Hochschulen durch Zielvereinbarungen zu verbessern. Anhand von Zielerreichungsberichten wurde diskutiert, wie sich die Gewerkschaften zu diesem

Steuerungsinstrument positionieren, das zu keine Wirkung zu entfalten scheint. Eingeladen waren hochschulpolitisch Aktive und Personalräte aus fünf niedersächsischen Hochschulen. So konnte die lokale Wirkung der Zielvereinbarungen praxisnah eingeschätzt werden.

Bremen

Allgemeine Bildung

Die Situation im Bildungsbereich ist angespannt. Kritik übt der DGB am Schulausfall durch Lehrkräftemangel, an der Aufgabenverdichtung sowie an der räumlichen Ausstattung der Schulen. Die Delegiertenkonferenz des DGB hat daher die Forderung nach einem Sonderprogramm „Bau und Sanierung von Kitas, Schulen und Hochschulen“ beschlossen. Der Sanierungs- und Investitionsstau kann und sollte nicht mehr aus dem Bildungshaushalt gestemmt werden.

Aus dem Verein „Stadtteilschule“, der als Pool für Springerinnen und Springer und Krankheitsvertretungen fungierte, wurde der Großteil der 700 Beschäftigten übernommen. Im Herbst 2016 war es den Beschäftigten gelungen, mit Unterstützung der GEW einen Betriebsrat zu gründen.

Frühkindliche Bildung

Aus Sicht des DGB kann nur mit einem Betreuungsschlüssel, der ein angemessenes Verhältnis von Fachkräften zu Kindern regelt, eine gute frühkindliche Bildung sichergestellt werden. Der Senatsbeschluss, dass die Kita-Gruppengröße auf 21 Kinder angehoben wird, wirkt einer Qualitätsverbesserung entgegen. Der Fachkräftemangel darf in dieser Situation auch nicht dazu führen, dass Qualifikationsanforderungen beim eingesetzten Personal abgesenkt werden.

Politische Bildung

Eine aktuelle Studie der Universitäten Hannover und Bremen stellt die Praxis des Bildungsurlaubes umfassend dar. In Arbeitsgesprächen zu „Bildungsurlaub heute“ hat der DGB neue Handlungsempfehlungen erarbeitet. Diese wurden in einer Gesetzes- und Verordnungsänderung aufgenommen. Der Begriff Bildungsurlaub wurde in Bildungszeit geändert. Im Fokus stehen jetzt die Kompetenzen, die durch die Bildungszeit erworben werden. Auf Grundlage des neuen Begriffs wurde eine Werbekampagne mit Homepage, Erklärvideo und Interviews mit SchichtarbeiterInnen, ArbeitgeberInnen und in der Weiterbildung Beschäftigten entwickelt.

Berufliche Bildung

Der DGB benennt die VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen in den Berufsbildungsausschüssen der Kammern sowie im Landesausschuss für berufliche Bildung. Dieser hat sich intensiv mit der Digitalisierung der Arbeitswelt und den daraus entstehenden Herausforderungen für berufliche Bildung befasst. Er fordert, Mittel aus der vorgesehenen Fördersumme von fünf Milliarden Euro für Bildung in der digitalen Welt auch für berufliche Bildung/Weiterbildung zu verwenden. Im Oktober stellte Bezirksjugendsekretär Ruben Eick den bundesweiten Ausbildungsreport im Ausschuss vor. Da Qualität in der Ausbildung zentral ist, arbeitet der Landesausschuss an einer Empfehlung auf Basis der Bestehensquoten in dualer Ausbildung und landesrechtlich geregelten Berufen.

Der Fachkräftemangel in Erziehung und Pflege wird täglich spürbarer. Durch die Schaffung neuer Einrichtungen wie Mobilbauten sollen in den nächsten Jahren in Bremen tausend neue Kita- und Krippenplätze entstehen. Damit einhergehend besteht ein zusätzlicher Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Gemeinsam mit ver.di, GEW und DGB gab es einen Fachaustausch mit der Senatorin für Kinder und Bildung. Die gewerkschaftlichen Kernforderungen sind

die Schaffung einer praxisintegrierten Ausbildung, die Erhöhung der Attraktivität des Berufs, verbunden mit besseren Aufstiegsmöglichkeiten und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Duale Studiengänge sind eine Herausforderung für Mitbestimmung im Betrieb, die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes ist nicht immer gewährleistet. In duale Studiengänge streben vor allem junge Menschen aus Nicht-Akademiker-Familien. Diese produktiv auf allen betrieblichen und politischen Ebenen zu unterstützen und die Debatte um qualitativ gute Angebote im Land Bremen anzureichern, ist Absicht des DGB.

Das Ziel der Partner der Bremer Vereinbarung, die abgeschlossenen Ausbildungsverträge nachhaltig und massiv zu steigern, wurde auch 2017 nicht erreicht. Diese Entwicklung ist für den DGB nicht hinnehmbar. Derzeit wird die Vereinbarung ausgewertet. Die Wirtschaft spricht viel über Matching-Prozesse, setzt aber den konjunkturellen Aufschwung nur zögerlich in Ausbildungsplätze um. Bestreben des DGB ist es zum Beispiel, Teilzeitausbildung zu stärken. In März 2018 soll eine neue Vereinbarung unterschriftsreif sein, der DGB wird dann um ambitionierte, konkrete Verabredungen ringen.

Hochschulpolitik

Der DGB und der Arbeitskreis Hochschulpolitik haben sich intensiv mit den Entwicklungen der Hochschulen im Land beschäftigt. Im Rahmen der Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes (BremHG) brachte der DGB die gewerkschaftlichen Forderungen für die Weiterentwicklung der Gesetzesgrundlage ein. Dazu gehörten Nachbesserungen zur Gewährleistung eines angemesseneren Verhältnisses von befristeten und unbefristeten Stellen, für die Förderung verlässlicherer Karrierewege sowie für eine zukunftsfähige Personalstruktur. Diese Forderungen wurden sowohl in Form von schriftlichen Stellungnahmen als auch

bei einer Anhörung im Rahmen des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit dargelegt. Erfreulicherweise wurden sie in Teilen im gemeinsamen Änderungsantrag aller in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Fraktionen aufgegriffen.

Das Hochschulinformationsbüro an der Universität Bremen bietet regelmäßige Öffnungszeiten, Informationsangebote und Veranstaltungen für Studierende an. 2017 haben die zwei Mitarbeitenden in enger Kooperation mit den Einzelgewerkschaften zahlreiche arbeits- und sozialrechtliche Erstberatungsgespräche durchgeführt. In Kooperation mit der IG Metall und der Jugendausbildungsververtretung hat das Büro eine Werksführung bei Daimler angeboten. Diese war mit 25 Teilnehmenden gut besucht. Auch zwei Veranstaltungen zum Dschungel Referendariat, die durch die GEW durchgeführt wurden, waren mit 50 bis 80 Teilnehmenden sehr gut nachgefragt.

Sachsen-Anhalt

Allgemeine Bildung

In Sachsen-Anhalt wurden 2017 endlich mehr Lehrkräfte für Schulen eingestellt. Der über Jahre hinweg angestaute Lehrkräftemangel lässt sich so jedoch nicht beheben. Aus diesem Grund hat der DGB die Volksinitiative der GEW „Den Mangel beenden – Unseren Kindern Zukunft geben!“ unterstützt. Die Volksinitiative fordert, zusätzlich 1.000 Lehrkräfte und 400 pädagogische MitarbeiterInnen einzustellen. Zudem soll die Einstellungspraxis so geändert werden, dass junge Lehrkräfte im Bundesland gehalten werden.

Derzeit wird das Schulgesetz überarbeitet mit dem Ziel, Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zu verankern. So soll es StudienabbrecherInnen besser möglich sein, ihren Weg in die berufliche Bildung zu finden. Umgekehrt sollen beruflich

Qualifizierte leichter ein Studium aufnehmen können. Der DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften beteiligen sich in der Arbeitsgruppe „Durchlässigkeit des Fachkräftesicherungspaktes, um konkrete Maßnahmen zu erarbeiten.

Nach erneutem Drängen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften im Landesausschuss Berufsbildung, im Landesbeirat „Übergang Schule Beruf“ und in einer Pressekonferenz hat der Landtag die Fahrtkostenrichtlinie und das Azubi-Ticket ausführlich debattiert. Das Bildungsministerium stimmte daraufhin einer kurzfristigen Änderung der Fahrtkostenrichtlinie und der mittelfristigen Entwicklung eines Azubi-Tickets zu.

Berufliche Bildung

2017 wechselte der Vorsitz des Landesausschuss für Berufsbildung wieder auf die ArbeitnehmerInnenseite. Der Ausschuss diskutierte erneut über eine verbindliche Berufs- und Studienorientierung an Gymnasien. Zwar erschien eine Leitlinie des Bildungsministeriums, wie Berufs- und Studienorientierung auszusehen hat. Diese hat aber keine bindende Wirkung, der Ausschuss forderte mehr Verbindlichkeit. Sachsen-Anhalt hat mit 33 Prozent bundesweit die drittgrößte Abbruchquote bei Ausbildungen. Jeder dritte Ausbildungsvertrag wird wieder gelöst. Zwar gibt es nach Zahlen der Agentur für Arbeit ungefähr so viele Ausbildungsplätze wie Ausbildungsplatzsuchende. Aufgrund der hohen Zahl der Abbrüche sind, können aber viele Jugendliche ihre Ausbildung nicht erfolgreich abschließen. Dem DGB ist es in politischen Gesprächen gelungen, die Ausbildungsqualität in den Fokus zu rücken. Damit wurde ein Grundstein gelegt, um im nächsten Jahr branchenspezifische Probleme anzugehen.

Einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge steigt der Bedarf an Pflegekräften in Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2030 drastisch

an, während immer weniger junge Menschen eine Ausbildung etwa als Fachkraft für Altenpflege machen wollen. Der DGB hat sich in die Diskussionen zur Deckung dieses Bedarfs erfolgreich eingemischt.

Hochschulen und Universitäten

Die Hochschulinformationsbüros haben 2017 mehrere Veranstaltungen an den Universitäten in Halle und Magdeburg durchgeführt, unter anderem zum alternativen BaFög-Bericht und zur Bezahlung nach dem Studium. Zudem bieten sie sehr gute Beratungen an. Auch die Kooperation mit dem Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg/Stendal hat der DGB fortgesetzt.

Rentenpolitik

Das Jahr 2017 stand ganz im Zeichen der Alterssicherung. Unter dem Motto „Rente muss zum Leben reichen!“ hat der DGB im Vorfeld der Bundestagswahl bundesweit für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik geworben. Ansonsten drohen vielen Rentnerinnen und Rentner nach dem Austritt aus dem Erwerbsleben harte Einschnitte in ihren Lebensstandard sowie der Gang in die Altersarmut.

Bei einem bundesweiten Aktionstag am 31. Mai hat der DGB auf seine Forderung nach einer Richtungsänderung aufmerksam gemacht. In Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt fanden zahlreiche Aktionen vor Bahnhöfen, auf Marktplätzen und vor Betrieben statt. Gleichzeitig fiel am 31. Mai der Startschuss für die Renten-Tour des DGB-Bezirks, bei der zwei Rentenmobile auf Tour durch die drei Bundesländer gingen. Aktive der DGB-Regionen sowie der Kreis- und Stadtverbände haben bis zur Bundestagswahl zahlreiche Aktionen in Innenstädten, auf Betriebsversammlungen und Stadtfesten durchgeführt.

Der gemeinsam entwickelte Song und Videoclip „Rente muss reichen – für dich und für mich!“ unterstrich plastisch, dass Jung und Alt gemeinsam für einen Kurswechsel streiten. Den Abschluss fand die Renten-Tour am 23. September, einen Tag vor der Bundestagswahl, in Lehrte. Bei dem Fest und mit der Kundgebung standen politische Satire mit Thorsten Stelzner, rentenpolitische Aktionen und Spaß für Kinder auf dem Programm. Für die musikalische Umräumung sorgten die Bläserklasse 8e des Gymnasiums Lehrte, der DGB-Chor und die Band Digger Barnes.

Niedersachsen

Armut

Inzwischen haben 16,7 Prozent aller EinwohnerInnen ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Dies ist der höchste Stand seit Einführung



der entsprechenden Statistik im Jahr 2005. Damals lag die Quote noch bei 15,5 Prozent, im Vorjahr waren es 16,5 Prozent. Besonders hoch ist das Armutsrisiko für Erwerbslose (55,9 Prozent) und für Alleinerziehende (46,4 Prozent). Am stärksten zugenommen hat die Armut in den letzten zehn Jahren bei den Rentnerinnen und Rentnern. Diese sind inzwischen überdurchschnittlich oft von Armut betroffen (16,8 Prozent).

Die soziale Lage hat sich verschlechtert, weil sich Niedriglöhne sowie unsichere Jobs ausbreiten und die Renten sinken. Deswegen hat sich der DGB für eine höhere Tarifbindung, eine Regulierung von prekärer Beschäftigung und die Stärkung der gesetzlichen Rente eingesetzt. Diese Themen waren auch Gegenstand zahlreicher Aktionen der Landesarmutskonferenz, in welcher der DGB maßgeblich beteiligt ist.

Zum Weltarmutstag führte die Landesarmutskonferenz (LAK) Niedersachsen ihre Fachtagung „Reich-

tum. Macht. Armut“ in Hannover durch. Die Teilnehmenden diskutierten in verschiedenen Foren über die Frage, wie die zunehmende Ungleichheit bekämpft werden kann. Anlässlich des Fachtags gab die LAK eine gemeinsame Erklärung aller Beteiligten heraus, in der zahlreiche Forderungen des DGB aufgegriffen waren.

Rente

2017 hat der DGB in Niedersachsen erstmalig seinen großen Renten-Report veröffentlicht. Die Analyse zeigt deutlich, wie angespannt die Lage vieler Rentnerinnen und Rentner mittlerweile ist. Mehr als Dreiviertel aller Frauen und gut ein Drittel der Männer, die 2015 in Niedersachsen in Altersrente gingen, erhalten Bezüge unterhalb von 900 Euro. Für viele der insgesamt 1,86 Millionen niedersächsischen RentnerInnen reicht die gesetzliche Rente zum Stichtag 1. Juli 2015 keineswegs aus, um ihren Lebensstandard zu sichern. Alarmierend ist die Lage derjenigen, die wegen gesundheitlicher Probleme nur noch eingeschränkt oder gar nicht arbeiten können. 81 Prozent der Frauen und rund 70 Prozent der Männer beziehen in dieser Situation eine Erwerbsminderungsrente unter 900 Euro. Im Jahr 2015 waren insgesamt 17,2 Prozent aller RentnerInnen von Armut bedroht, zehn Jahre zuvor lag diese Quote noch bei 11,6 Prozent. Die Veröffentlichung und Vorstellung der Zahlen fand in den Medien ein breites Echo und hat für eine zusätzliche Sensibilisierung zu der Problematik gesorgt.

Bremen

Im Vergleich der Bundesländer weist das Land Bremen mit 24,8 Prozent die höchste Gefährdung durch Armut auf. Besonders betroffen sind Familien und Kinder. Fast 29 Prozent der Kinder unter 18 Jahren leben in Bedarfsgemeinschaften und sind auf Sozialleistungen angewiesen. Der DGB arbeitet in einem Netzwerk unterschiedlicher Initiativen und Organisationen mit, die das Problemfeld Armut und soziale

Teilhabe thematisiert und Forderungen an die Politik stellt. Bei einer sehr gut besuchten Veranstaltung „Armut in einem reichen Land“ mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge wurde intensiv über die Verdrängung und Verharmlosung des Themas diskutiert. Auf einem Fachtag legte die Arbeitnehmerkammer statistische Daten zur Situation der Alleinerziehenden in Bremen vor.



Fachtagung mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Mit vielfältigen Aktionen engagierten sich Gewerkschaften und DGB auch in Bremen für einen Kurswechsel in der Rente. Es gab Aktionen mit der Renten-Ente, eine Diskussionsveranstaltung mit den Kandidatinnen zur Bundestagswahl und eine Pendler-Aktion am Bahnhof unter dem Leitbild „Die gesetzliche Rente stärken, weil es Goldesel nur im Märchen gibt!“. Am 1. Mai begleitete eine Straßenbahn mit den Forderungen zur Rentenpolitik den traditionellen Demonstrationzug. Kurz vor der Bundestagswahl stellte der DGB seinen Rentenreport „Altersarmut stoppen – Rente muss zum Leben reichen“ öffentlich vor.

2017 war das Jahr der Sozialwahlen. Die ehrenamtliche Mitbestimmung in der Renten-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung verleiht den Interessen der Versicherten Gehör und ist ein Ausdruck gelebter Demokratie.



Die DGB-Renten-Straßenbahn fährt durch Bremen

Nicht überall ist es dem DGB gelungen, Friedenswahlen zu erzielen. Bei der AOK Bremen/Bremerhaven gab es eine Friedenswahl, obwohl sich das Aufstellen einer gemeinsamen Liste nicht einfach gestaltete. Der Grund: Das Thema Selbstverwaltung ist in den Gewerkschaften sehr unterschiedlich präsent.

Sachsen-Anhalt

Die Sozialwahlen für die AOK Sachsen Anhalt, die IKK gesund plus und die Mitteldeutsche Rentenversicherung sind abgeschlossen. Hans Jürgen Müller (IG BAU) wurde zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der IKK gesund plus und zum Vorsitzenden des Vorstands des IKK e. V.. Auf Bundesebene ist die stellvertretende Bezirksvorsitzende Susanne Wiedemeyer in der Selbstverwaltung der AOK aktiv und vertritt den DGB als Vorstandsvorsitzende in der Rentenversicherung. Annett Haase aus Thüringen ist von der Versichertenseite zur Vorsitzenden der Vertreterversammlung der Mitteldeutschen Rentenversicherung gewählt worden.

Gemeinsam mit dem DGB Sachsen und Thüringen hatte der DGB Sachsen-Anhalt in Leipzig zu einer Veranstaltung zur Sozialwahl geladen.

Der DGB bedankt sich bei allen ausgeschiedenen Mitgliedern und Stellvertretern und Stellvertreterinnen für ihre engagierte Arbeit.

Pflege

2017 fanden vier Runde Tische zum Thema Pflege in Sachsen Anhalt statt. Sie wurden von der Sozialministerin Petra Grimm-Benne geleitet und behandelte die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen von Pflegekräften sowie die Pflegeberatung. ver.di und DGB nahmen regelmäßig an den Sitzungen teil.

Rente

Im Rahmen der bundesweiten Rentenkampagne hat der DGB vor der Bundestagswahl zwei große Veranstaltungen in Magdeburg und Halle durchgeführt, an den DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach teilnahm. Ende September stellt der DGB seinen Rentenreport für Sachsen Anhalt in der Landespressekonferenz vor. Vertieft wurde dieses Thema auf einer Veranstaltung im Vorfeld der Bundestagswahl.

Die Diskussion um das Kinderfördergesetz und die Ausbildung von Erzieherinnen beginnen erst. Die Landesregierung plant, Anfang nächsten Jahres einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Streitpunkte sind die Anzahl der Stunden für die Betreuung, die Höhe der Elternbeiträge und mögliche Entlastungen für Erzieher und Erzieherinnen.

Der DGB hat das neu gegründete Bündnis gegen Kinderarmut unterstützt. Und sich an der erfolgreichen Initiative der GEW für mehr LehrInnen und SozialarbeitInnen an Schulen beteiligt.

Öffentlicher Dienst/Beamtenpolitik

Nach § 2 der Satzung des DGB nimmt dieser die Funktion als Spitzenorganisation in Fragen des Beamten- und Besoldungsrechts in Bund und Ländern wahr. In enger Abstimmung mit den beteiligten Mitgliedsgewerkschaften nimmt er die Beteiligungsrechte in Gesetzgebungsverfahren wahr, erarbeitet Stellungnahmen, führt Beteiligungsgespräche und entwickelt Grundsatzpositionen in beamtenrechtlichen Fragen (zum Beispiel zum mobilen Arbeiten und der Digitalisierung der Verwaltung).

Niedersachsen

Die Landesbeamtenkommission hat zweimal getagt. Schwerpunkt war das Dauerthema Besoldung. Hier war jahrelang gute Praxis, die Tarifierungen zeit- und wirkungsgleich auf die BeamtInnen von Bund, Ländern und Kommunen zu übertragen. Das Land Niedersachsen legte die Besoldung der LandesbeamtInnen bereits vor der Tarifrunde für die Angestellten der Länder fest. Der DGB hat das entschieden kritisiert und den Dienstherren nach Abschluss der Verhandlungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder zu einem Gespräch aufgefordert. Dieses fand im April statt. Der DGB, die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und die Landesregierung haben sich darauf verständigt, dass die Besoldung in Niedersachsen wesentliche Elemente des Tarifergebnisses widerspiegeln soll. So wurde ein tabellenwirksamer Mindestbetrag in Höhe von 75 Euro übernommen. Ein weiteres Thema der Landesbeamtenkommission war eine Entscheidung des Obergerichtes Lüneburg vom April, dass die Besoldung niedersächsischer Beamtinnen und Beamter in den Besoldungsgruppen A 8 und A 11 sowie die Versorgung der Besoldungsgruppe A 13 im Jahr 2013 zu niedrig war.

Daneben hat der DGB Stellung genommen zum Niedersächsischen Transparenzgesetz und zum Entwurf des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG).

Vereinbarungen nach § 81 NPerVG

Vereinbarungen nach § 81 NPerVG werden zwischen dem DGB als der Spitzenorganisation der zuständigen Gewerkschaften und der Landesregierung abgeschlossen. Der DGB hat im Jahr 2016 an der Evaluation der Vereinbarung zu den Grundsätzen der Einführung und des Einsatzes von Hard- oder Software in der Landesverwaltung mitgearbeitet. Verhandelt wird zur Zeit zudem die Überarbeitung der Vereinbarung zu Telearbeit. Hier setzt sich der DGB dafür ein, dass die Beschäftigten mobiles Arbeiten in ihrem Sinne nutzen können.

Bremen

Der DGB koordiniert die Arbeit der Landesbeamtenkommission, die sich regelmäßig trifft. In Stellungnahmen vertritt sie die Interessen der Beamtinnen und Beamten im Land Bremen.

2017 hat ein Spitzengespräch mit Bürgermeister Dr. Carsten Sieling sowie weitere Treffen mit dem Finanzressort zu beamtenpolitischen Themen stattgefunden. Neben der Besoldung drehten sich die Gespräche um die Neuregelung von Zulagen. Bereits im Vorjahr hatten DGB und Gewerkschaften einen Vorschlag unterbreitet, sechzehn Zulagen zu modernisieren, unter anderem eine Umwandlung der veralteten Wechselschichtzulage und die Neuordnung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten. Die Neuregelung der Zulagen noch vor der Besoldungsrunde war nicht umzusetzen; am 25. September hat der DGB mit einer öffentlich überreichten Stellungnahme noch einmal auf dieses Thema aufmerksam gemacht. Für die Beamtinnen und Beamten konnte der DGB dennoch strukturelle Verbesserungen bei der Erschwerniszulagenverordnung erreichen. Außerdem erhielten rückwirkend zum 1. Juli 2017 Lehrkräfte zum ersten Mal die allgemeine Stellenzulage und Anwärterinnen und Anwärter werden seit langem wieder Weihnachtsgeld erhalten. Digitalisierung und deren

Folgen für den öffentlichen Dienst sowie Fragen der Krankenversicherung sind die nun gesetzten Themen.



Übergabe der Stellungnahme zu Zulagen

Der DGB hat seine Forderungen bereits frühzeitig vorgelegt und auf Veranstaltungen der Parteien immer wieder eingebracht, zuletzt bei einem Gespräch mit den Regierungsfractionen. Eine Mitarbeit im Landespersonalausschuss findet regelmäßig statt.

Sachsen-Anhalt

Der DGB hat regelmäßige Gespräche mit Finanzminister André Schröder geführt. Das Ressort stellte dabei unter anderem erste Vorstellungen für Änderungen des Beamtengesetzes vor.

So soll die Lebensarbeitszeit für BeamtInnen verlängert und eine jährliche Sonderzahlung festgelegt werden. Auch die Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst der Länder sowie die Erfüllungsübernahme nach Schmerzensgeldansprüchen sind Teil der Pläne. Der Gesetzentwurf ist nach der Sommerpause in den Landtag eingebracht worden. Im Oktober ist die Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten endlich erfolgt.

Die Regierungsfractionen wollen in diesem Jahr außerdem Änderungen zum Personalvertretungsgesetz in den Landtag einbringen. Hier soll eine Sonderregelung für die Vorstandswahl für den Lehrerhauptpersonalrat bzw. Lehrerbezirkspersonalräte festgelegt werden. Dies geschieht auf Wunsch der CDU und ist im Koalitionsvertrag vereinbart.

Umwelt, Energie, Verkehr

Ausschuss für Umweltfragen

Der Ausschuss für Umweltfragen (AfU) des DGB-Bezirks tagte regelmäßig. Im Herbst nahm der SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange an einer Sitzung teil. Zum Rückbau der Atomkraftwerke hat der AfU ein Hintergrundpapier mit dem DGB-Bezirksvorstand abgestimmt und veröffentlicht. Bei einer Exkursion besichtigte der Ausschuss das Atomkraftwerk Unterweser bei Rodenkirchen im Landkreis Wesermarsch.

Niedersachsen

Der DGB hat sich in seiner Stellungnahme zur Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen ausführlich und klar positioniert. Die nachhaltige Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklung ist ein zukunftsweisendes Thema und somit zwingend notwendig, um nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Nachhaltigkeit besteht für den DGB grundsätzlich aus mehreren Dimensionen. Neben der ökologischen, müssen auch die soziale und die ökonomische Dimension in eine langfristig angelegte Strategie eingebunden werden.

Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen

Der DGB ist mit einer Person im Beirat der Klimaschutz- und Energieagentur des Landes Niedersachsen vertreten. Sie macht dort auf die spezifischen Interessen von Beschäftigten und Gewerkschaften in Sachen Energiepolitik, Energiewende und Klimaschutz aufmerksam.

Niedersachsenallianz für Nachhaltigkeit

Der DGB ist einer der Partner der Niedersachsenallianz für Nachhaltigkeit. Dadurch ist der DGB in der Spitzenrunde und der Arbeitsgruppe der Allianz vertreten. Zudem ist der DGB über die Technologieberatungsstelle Niedersachsen in der Geschäftsstelle vertreten. Durch sein Engagement stärkt der DGB die Bedeutung der sozialen Nachhaltigkeit innerhalb

der Aktivitäten der Allianz. Ein Tätigkeitsbericht der Allianz ist auf Seite 86 zu finden.

Sachsen-Anhalt

Im Komplex seiner Forderungen an die Parteien anlässlich der Bundestagswahl 2017 hat der DGB aus sachsen-anhaltischer Perspektive energiepolitische Ziele fixiert. In Übereinkunft mit der IG BCE entstanden folgende Formulierungen für das Bundesland: Ziel ist eine stabile und bezahlbare Stromversorgung für Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft. Klimaschutzziele sind mit sozialer Stabilität, energiepolitischer Versorgungssicherheit und internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden. Erneuerbare Energien sollen im gesamten Energie-Mix an Bedeutung gewinnen. Zugleich ist absehbar Energiegewinnung aus heimischer Braunkohle notwendig, um Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Beschäftigungseffekte zu sichern. Die Kohleverstromung muss als Brückentechnologie an neue klimaschonende Technik gebunden sein, zudem sollte die stoffliche Nutzung, vor allem die Kohlechemie gefördert werden. Der Bund muss Innovationen in Speichertechnik und Energieeffizienz fördern. Außerdem haben Ausbau der Stromnetze und energetische Sanierung von Gebäuden Priorität.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Niedersachsen

Der DGB beteiligte sich als Aussteller am Kongress für betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz mit dem Motto „Gesund Arbeiten in Niedersachsen“ am 6. September in Osnabrück. Stephan Soldanski (IG Metall) hielt stellvertretend für die DGB-Gewerkschaften ein Grußwort.

Der Beirat für Arbeitsschutz beim niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung tagte nicht, was unter anderem mit dem Ausscheiden der von den Arbeitgebern gestellten Vorsitzenden und einem längeren krankheitsbedingten Ausfall des zuständigen Mitarbeiter im Ministerium zusammenhing. Der DGB geht davon aus, dass der Beirat 2018 wieder arbeiten kann.

Bremen

„Die Arbeit muss zu meinem Leben passen“ – so hieß das Motto der 23. Arbeitsschutzkonferenz in Bremen. 70 Teilnehmende diskutierten im DGB-Haus Fragen der demografischen Entwicklung und deren Herausforderungen für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Der Vortrag „Das Märchen von den aussterbenden Deutschen und andere Statistikklüge“ von Prof. Dr. Gerd Bosbach (Hochschule Koblenz) fand besondere Beachtung. Fazit der Konferenz: Arbeitsschutz muss stärker und frühzeitiger im Erwerbsleben bei allen Altersgruppen ansetzen. Arbeits- und Gesundheitsschutz muss permanent daraufhin überprüft werden, ob er – als Rahmen und als Handlungsfeld der Gestaltung gesundheitsgerechter und sicherer Arbeitsbedingungen – den geänderten Arbeitswelten gerecht wird.

Der DGB arbeitet aktiv im Landesarbeitskreis für Arbeitsschutz mit. Der DGB-Vertreter Joachim Ahlmann (IG Metall) wird seit diesem Jahr tatkräftig unterstützt von Jürgen Söncksen (EVG).

Sachsen-Anhalt

Der DGB und seine Gewerkschaften arbeiteten aktiv im Landesarbeitskreis für Arbeits- und Gesundheitsschutz und gestalteten in diesem Rahmen den Tag der Arbeitssicherheit mit.

Handwerk

Niedersachsen

In Niedersachsen bestehen sechs Kammern, die von den DGB-Regionen betreut werden. Auf bezirklicher Ebene fand die Abstimmung zwischen Arbeitnehmerservicepräsidenten und Gewerkschaften innerhalb des Arbeitskreises Handwerk statt. Im Mittelpunkt standen politische Forderungen zu den Bundes- und Landtagswahlen, Fragen der beruflichen Bildung sowie Tariftreue und die Einhaltung von gesetzlichen Mindestlöhnen im Baugewerbe.

Bremen

Der DGB benennt die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmerseite für die Vollversammlung und den Berufsbildungsausschuss der Handwerkskammer Bremen. Die ArbeitnehmerInnen in der Vollversammlung haben sich entschlossen, am Programm PerSe zur Stärkung der Selbstverwaltung des Handwerks teilzunehmen. Zweimal jährlich finden nun Workshops statt, um Arbeitnehmerthemen in der Kammerarbeit zu verankern und für die Vollversammlung und andere Ausschüsse im Handwerk MitstreiterInnen zu gewinnen und zu qualifizieren.

Europäischer und internationaler Austausch

Der DGB-Bezirk unterhält zahlreiche gute Kontakte mit regionalen Gewerkschaften und Gewerkschaftsdachverbänden aus Italien, Frankreich, England, Polen und Spanien. Darüber hinaus engagiert sich der Bezirk durch die Region Oldenburg-Ostfriesland im interregionalen Gewerkschaftsrat Weser-Ems Noord Nedeland (IGR WENN). Zudem besteht seit Jahrzehnten ein intensiver Austausch zwischen dem DGB-Bezirk und der Histadrut in Haifa. Diese Kontakte wurden aufrechterhalten und gepflegt.

Universität in Innsbruck in Persona von Prof. Gilles Reckinger und Dr. Diana Reiners aufgebaut. 2017 wurde diese Kooperation intensiviert, indem der DGB-Bezirk zusammen mit Gilles Reckinger eine Exkursion österreichischer Studierender organisierte. So konnten diese niedersächsische Gewerkschaften, gewerkschaftliche Projekte in Hannover wie die Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und die Demografieagentur sowie Betriebe in Wolfsburg, unter anderem das VW-Werk besuchen.

Niedersachsen

Europäische Austauschprojekte

Der DGB-Bezirk hat gemeinsam mit der CGIL Lombardei und CGIL Campania zwei europäische Projekte beantragt. Beide Projekte haben die Stärkung des sozialen Dialogs zum Ziel, wurden allerdings leider nicht bewilligt. Unter Federführung der CGIL Lombardei wird der Antrag nun überarbeitet mit dem Ziel, diesen erneut zu stellen.

Bitter Oranges

Durch das Ausstellungsprojekt „Bitter Oranges“ im Jahr 2016 hat der DGB einen guten Kontakt zur

Bremen

30 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind mit dem Bremer Europaabgeordneten Joachim Schuster drei Tage nach Brüssel gefahren. Sie haben dort mit dem Abgeordneten, MitarbeiterInnen der Europäischen Kommission, dem Journalisten Eric Bonse und KollegInnen des Europäischen Gewerkschaftsbundes diskutiert über Mitbestimmung und Gestaltungsmöglichkeiten in der europäischen Politik sowie über Notwendigkeit eines sozialen Europas. Der DGB arbeitet in der Europa-Union mit und führt Veranstaltungen durch.



Die Bremer DGB-Delegation in Brüssel

Interregionaler Gewerkschaftsrat Weser-Ems Nord-Niederlande

1979 gründeten die Gewerkschaftsbünde Federatie Nederlandse Vakbeweging (FNV), Christelijk Nationaal Vakverbond (CNV) sowie der DGB mit den dazugehörigen Mitgliedsgewerkschaften den Interregionalen Gewerkschaftsrat Weser-Ems-Nord-Niederlande (IGR WENN). Die Idee: Nur durch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit können GewerkschafterInnen die Interessen der ArbeitnehmerInnen in der Wirtschafts-, Struktur- und Umweltpolitik in dieser Region wirkungsvoller vertreten. Inzwischen hat sich das Themenspektrum um soziale Belange erweitert, darunter Pflege, Rente und Wohnen. Der IGR WENN engagiert sich für ein soziales Europa, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht. Im IGR-WENN-Vorstand arbeiten Arnoud Hoogsteen (FNV Nord-Niederlande) und Dorothee Jürgensen von der DGB-Region Oldenburg-Ostfriesland zusammen.

Jährliche Thementage

Seit 2014 organisiert der IGR WENN Thementage zu gewerkschafts- oder gesellschaftspolitischen Themen mit ReferentInnen aus Europa.

Im Startjahr sprachen Bernd Bischoff (Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Nord), Hermen Pol (FNV), Uwe Schmid (ver.di Bremen) und Arnoud Hoogsteen (FNV) über „Veränderungen der Arbeitsmarktentwicklungen in den Niederlanden und in Deutschland“.

2015 referierten Dr. Thorsten Schulten (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung) und Dr. Karin van der Veldt (Niederländischer Arbeitgeberverband Amsterdam) über Entwicklungen der Tarifvertragssysteme in Deutschland und den Niederlanden.

Um ein soziales Europa ging es Ricard Bellera i Kirchhoff, Gewerkschaftssekretär der Confederación Sindical de Comisiones Obreras (CCOO) in Barcelona, im vorigen Jahr.

In diesem Jahr stand der Rechtspopulismus in Deutschland und Niederlande im Fokus. Es sprachen Jop de Vrieze (Wissenschaftsjournalist und Publizist aus Amsterdam) sowie Josephin Tischner und Ulf Teichmann (DGB Bildungswerk BUND).

Grenzüberschreitende Arbeitsgruppen

Seit 2016 besteht die Arbeitsgruppe „IGR WENN 60 +“. Ehrenamtliche KollegInnen beschäftigen sich dort mit Themen wie Sicherung der Rente, Altersarmut, bezahlbarer Wohnraum sowie Pflege. Gegen Missstände gehen die KollegInnen mit Veranstaltungen und Aktionen, aber auch durch Gespräche mit PolitikerInnen gemeinsam vor.

Derzeit ist zudem die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Thema „Rechtspopulismus – eine gewerkschaftliche Herausforderung“ geplant. Diese Arbeitsgruppe soll beispielsweise grenzüberschreitende Informationsmaterialien für KollegInnen erstellen. Sie wird auch Seminarkonzeptionen, Aktivitäten und Veranstaltungen planen.



Aktiv gegen Rechts

DGB und DGB-Jugend beteiligten sich an zahlreichen Bündnissen gegen Rechts und organisierten Demonstrationen, Kundgebungen, Seminare oder Veranstaltungen rund um die gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit rechter Hetze.

Im Vorfeld von Bundes- und Landtagswahl in Niedersachsen wurde flächendeckend über gemeinsame gewerkschaftliche Werte aufgeklärt, für eine solidarische Gesellschaft gestritten und die Bedrohung durch rassistische Propaganda und gewerkschaftsfeindliche Positionen der Partei AfD deutlich gemacht.

In Hannover beschloss die DGB-Jugend, ihre Arbeit in Bündnissen gegen Rechts wieder stärker zu fokussieren und enger mit BündnispartnerInnen zusammenzuarbeiten. Im Vorfeld von Bundes- und Landtagswahl beteiligten sich der Kreisjugendausschuss und die DGB-Jugend an zahlreichen Anti-AfD-Kundgebungen in der Stadt.

In Braunschweig führte der DGB in Kooperation mit Mitgliedern des Vereins der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten und Antifaschistinnen Schulklassen durch die Ausstellung „Der Arm der Bewegung“ und diskutierte mit ihnen über die Gefahren rechter Hetze. Auch gab es zahlreiche Aktionen gegen die AfD und die Bewegung „BRAGIDA“. In Göttingen beteiligten sich DGB und DGB-Jugend am Bündnis „27. Januar“, das an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnert und in diversen Veranstaltungen die heutigen Gefahren und Angriffe von Rechts thematisiert.

In Oldenburg fand am Vorabend des 1. Mai erneut das Festival „Rock gegen Rechts“ der DGB-Jugend statt. Deutlich über 1.000 Interessierte kamen auf



Niedersachsen

Auf den Festivals „Weserbeatz – Nazis aus dem Takt bringen“ in Nienburg und „Aufstehen gegen Rassismus“ in Uelzen machten Aktive des DGBs und der DGB-Jugend klar, dass Rassismus und Ausgrenzung bei Gewerkschaften keinen Platz haben. Es spielten etliche Bands und positionierten sich ebenso eindeutig wie VertreterInnen der Zivilgesellschaft oder andere Kulturschaffende, an zahlreichen Infoständen fanden kreative Aktionen statt. In Uelzen entstand ein Festival-Video, das über diverse Social-Media-Kanäle viele Menschen erreichte.



Flyer des Festivals in Uelzen



Das Festival „Rock gegen Rechts“ am 1. Mai in Oldenburg – Blick über den Rathausmarkt

den Rathausmarkt, um gemeinsam gegen Ausgrenzung und rassistische Hetze Position zu beziehen.

Bremen

DGB und DGB-Jugend haben in zahlreichen Kooperationen vielfältige, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zu Rechtspopulismus, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus durchgeführt. Anlässlich des Jahrestags der Befreiung von Auschwitz besuchte die DGB-Jugend im Januar den Denkort „Bunker Valentin“, die Ruine einer U-Boot-Werft der deutschen Kriegsmarine aus dem Zweiten Weltkrieg. In einem Workshop und einer Führung über das Gelände arbeiteten die Teilnehmenden dort die Geschichte der Zwangsarbeit auf und diskutierten aktuelle Bezüge. Im Juni veranstaltete der DGB eine Podiumsdiskussion mit BundestagskandidatInnen zu der Frage „PE-GIDA, AfD & Co. – Deutschland auf dem rechten Weg?“. Nach einem sehr gelungenen Gastvortrag von Alexander Häusler (Fachhochschule Düsseldorf) versuchten die PolitikerInnen, Lösungen gegen den Rechtsruck vorzustellen.

Im Vorfeld der Bundestagswahlen hat die DGB-Jugend eine inhaltliche Auseinandersetzung mit AfD und Rechtspopulismus innerhalb des Bremer Jugendrings und mit den anderen Mitgliedsverbänden angestoßen und interne Veranstaltungen organisiert. Bei einer Abendveranstaltung vertiefte der Gastvortrag von Mark Haarfeldt (Kumpelverein Gelbe Hand e. V.) die gewerkschaftliche Perspektive auf die AfD und verdeutlichte die Gefahr für ArbeitnehmerInnen. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl veranstaltete der DGB zusammen mit Arbeit und Leben Bremen e. V. und der Beratungsstelle „ADA – Antidiskriminierung in der Arbeitswelt“ die Betriebs- und Personalräte-Konferenz „Rechtspopulismus im Betrieb“.

Bei einer Wahlkampfveranstaltung der AfD in Brinkum im August demonstrierte die Gewerkschaftsjugend mit Trillerpfeifen und Klatschpappen lautstark gegen deren Spitzenkandidaten Alexander Gauland. Die DGB-Jugend war wieder bei der „Nacht der Jugend“ im Bremer Rathaus vertreten, die jugendpolitisches Engagement hervorhebt und in Gedenken an die sogenannten Novemberpogrome 1938 zum



Festival „Weserbeat – Nazis aus dem Takt bringen“ in Nienburg

Im Juni hat der DGB gemeinsam mit Miteinander e. V. in Wolmirstedt die Veranstaltung „Wie (un)sozial ist die AfD“ mit dem Soziologen Andreas Kemper durchgeführt.

Auf ihrer Jahresklausur setzten sich DGB und Gewerkschaften ausführlich über den Umgang mit der AfD und deren Mitgliedern auseinander.

20. Mal stattfand. Im Herbst holte die DGB-Jugend eine Ausstellung zu den NSU-Morden ins Gewerkschaftshaus, die mit einer Abendveranstaltung eröffnet wurde. Die Ausstellung fand in Zusammenarbeit mit der neuen Beratungsstelle „soliport“ für Betroffene von rassistischer und rechter Gewalt statt.

Sachsen-Anhalt

Der DGB hat die Interessen der Gewerkschaften in den Bündnissen für Toleranz und Demokratie, am Runden Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit und im Bündnis für Zuwanderung und Integration vertreten. Hinzu kamen Bündnisse vor Ort sowie die Beiräte des Landesaktionsplanes und der Integrationsbeirat.

Im Januar fand in Magdeburg vom Universitätsplatz bis zum Hasselbachplatz die neunte „Meile der Demokratie“ statt. Diese gemeinsame Veranstaltung des Bündnisses gegen Rechts und der Stadt Magdeburg hat es geschafft, dass in diesem Jahr zum ersten Mal keine Demonstration der NPD stattfinden konnte.

Medienpolitik

Niedersachsen

Der aus gewerkschaftlichen GremienvertreterInnen bestehende Arbeitskreis Medienpolitik tauscht sich zu medienpolitischen Fragen sowie zur Gremienarbeit im Rundfunkrat des Norddeutschen Rundfunks (NDR) und der Versammlung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM) aus. Bezirks-Pressesprecherin Tina Kolbeck-Landau vertritt den DGB zusammen mit Wille Bartz in der Versammlung der NLM und ist Mitglied im Programmausschuss. Im NDR-Rundfunkrat sind Susanne Kremer und Detlef Ahting (beide ver.di) sowie Laura Pooth (GEW) vertreten.

Bremen

Der DGB ist vertreten im Rundfunkrat von Radio Bremen und arbeitet zudem aktiv im Zukunfts- und Hörfunkausschuss mit. Der kleine Sender Radio Bremen steht vor der großen Herausforderung, mit wenig finanziellen Mitteln neue Technik (HD-Fähigkeit, digitale Strategie) anzuschaffen und damit verbunden neue mediale Profile zu entwickeln. Sehr vielversprechend ist das Projekt Bremen NEXT – ein sehr junges Angebot, das auch von jungen Menschen gestaltet wird. Die damit verbundene Neuausrichtung des Senders, Informationen bevorzugt auch über das Internet zu veröffentlichen, hat scharfe Diskussionen mit den Zeitungsverlagen hervorgerufen. Derzeit läuft ein Klageverfahren.

In der Bremischen Landesmedienanstalt (BREMA) arbeitet der DGB im Aufsichtsgremium der Privatsender mit. Frank Behrens engagiert sich als Vorsitzender des Ausschusses für Medienkompetenz und Bürgermedien besonders für die Vermittlung von Medienkompetenz bei jungen Leuten.

Sachsen-Anhalt

Der DGB hat Sitz und Stimme in der Versammlung der Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA) sowie im MSA-Rechtsausschuss. Dies gilt auch für Rundfunk- und Verwaltungsrat des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR). Diese Gremien öffentlich-rechtlicher Einrichtungen waren zunehmend mit der Digitalisierung der elektronischen Medien befasst. Dies schlug sich in einer Vielzahl von rechts-, technik- und programmrelevanten Beschlüssen nieder. Die Vielzahl der Signal-Verbreitungswege, die Einführung des HD-Standards beim Fernsehen, die Verbreitung des Digitalradios bei gleichzeitiger Vorbereitung auf die UKW-Abschaltung 2025 wie auch die trimedialen Programmangebote haben den Gremien komplexe Entscheidungen abverlangt.

Die gewerkschaftlichen Gremienmitglieder stehen in der Pflicht, die sich rasant ändernden Arbeitsbedingungen der Medienschaffenden im Fokus zu haben. Der kurze, spektakuläre Streik beim MDR im September belegte das deutlich. Die Arbeitnehmerkategorie „Freie“ wird wichtiges gewerkschaftliches Arbeitsfeld.

Landespolitisches aus Bremen

Drei Fragen an Annette Düring

Geschäftsführerin der DGB-Region Bremen-Elbe-Weser,
Leiterin der Landesvertretung Bremen



Annette Düring

Die Bremer Regierung hat in diesem Jahr endlich den vom DGB geforderten Branchendialog Einzelhandel gestartet. Warum ist der so wichtig und was wollen die Gewerkschaften damit erreichen?

In den letzten Jahren hat sich der Einzelhandel stark verändert. Vollzeitstellen wurden abgebaut, Teilzeitarbeit und Minijobs nehmen zu. Hinzu kommt die Tariffucht der Arbeitgeber. Ziel des Branchendialogs ist es, über die Situation im Einzelhandel zu informieren, Einblicke in die Situation der Beschäftigten zu vermitteln und Handlungsoptionen aufzuzeigen. Wir wollen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreichen und dazu gehört auch das Thema allgemeinverbindlicher Tarifvertrag.

Bürgermeister Carsten Sieling hat in diesem Jahr eine Zukunftskommission ins Leben gerufen. Welche Anforderungen haben Gewerkschaften bezüglich der Zukunft 2035?

Gemeinsam mit vielen Akteurinnen und Akteuren über die Zukunft Bremens zu sprechen, heißt für uns Gewerkschaften: Investitionen in Infrastruktur voranbringen, die den Menschen nutzen. Wir setzen uns für bezahlbares Wohnen ein, für gute, tariflich

entlohnte Arbeit und mehr Investitionen in Bildung und für Kinder. Die Bekämpfung der Armut darf nicht nur in Sonntagsreden eine Rolle spielen, es müssen endlich Taten folgen!

Auch in Bremen gibt es Engpässe bei der Betreuung von Kindern in Kitas und Krippen. Wie geht der Senat damit um und was fordern die Gewerkschaften?

Mit der Senatorin für Kinder und Bildung gibt es einen Austausch über die Weiterentwicklung der frühkindlichen Förderung. In den nächsten drei Jahren benötigt Bremen mehr als 750 zusätzliche ErzieherInnen und Erzieher. Die Ausbildung muss attraktiver und vielseitiger gestaltet werden. Bremen benötigt dringend weitere neue Kindertageseinrichtungen.

DGB in Kooperation

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Rente muss reichen!

Bundesländer übergreifend setzte der Bezirk die bundesweite Rentenkampagne des DGB um. Unter dem Motto „Rente muss zum Leben reichen!“ fuhrten Stadtbahnen durch Hannover, Magdeburg und Bremen. In Magdeburg warb ein Großtransparent am Gewerkschaftshaus für den rentenpolitischen Kurswechsel. Beim bundesweiten Aktionstag am 31. Mai fanden zahlreiche Aktionen vor Bahnhöfen, auf Marktplätzen und vor Betrieben in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt statt. Von Juni bis September nutzten Aktive der DGB-Regionen sowie der Kreis- und Stadtverbände den gemeinsam entwickelten Videoclip „Rente muss reichen – für dich und für mich!“ und die DGB-Rentemobile für ihre Aktionen. Ein Blog dokumentierte die vielfältigen Aktivitäten. Den Abschluss fand die Renten-Tour am 23. September, einen Tag vor der Bundestagswahl, in Lehrte.



Auftakt der Renten-Tour am 31. Mai in Hannover

Der DGB im Netz

Die Internetseiten www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de, www.niedersachsen.dgb.de, www.bremen.dgb.de und www.sachsenanhalt.dgb.de informieren über die Aktivitäten des DGB im Bezirk und in den drei Bundesländern. Ein Newsletter informiert wichtige Zielgruppen und MultiplikatorInnen über die Themen und Termine des DGB Niedersachsen.

Im Februar trafen sich die Internet-Verantwortlichen der Regionen und Landesebenen zu einem zweitägigen Workshop in Hannover, um ihre Kenntnisse zur Arbeit mit dem Redaktionssystem union.cms zu vertiefen. Ralf Steinle von der Internet-Redaktion des DGB-Bundesvorstands informierte über Neuerungen und gab praktische Hinweise für den Aufbau von Veranstaltungsseiten, zum Beispiel zum Tag der Arbeit.

Der DGB und Web 2.0

Das Facebook-Profil des DGB Niedersachsen hat zum Jahresende 2017 knapp 1.000 Fans, die Seite des DGB Bremen-Elbe-Weser hat 450 Fans. Auf Twitter folgen dem DGB Niedersachsen 1.490 NutzerInnen, der Account des DGB in Sachsen-Anhalt @DGBPRESSE hat 260 FollowerInnen. Auch einige Regionen und Stadt- und Kreisverbände sind in den sozialen Netzwerken aktiv.

Im November fand der Workshop „Soziale Netzwerke“ statt. Die für Öffentlichkeitsarbeit Zuständigen aus DGB-Gliederungen und Gewerkschaften auf Landesebene tauschten sich mit Timm Steinborn aus der Kommunikationsabteilung des DGB-Bundesvorstands über den Einsatz von Facebook und Twitter sowie bessere Vernetzungsmöglichkeiten aus.

Pressearbeit

Unter dem Motto „Wir sind viele. Wir sind eins.“ fanden zum Tag der Arbeit am 1. Mai bezirksweit rund hundert Veranstaltungen statt. Durch intensive Pressearbeit konnte sowohl in lokalen als auch in überregionalen Medien eine umfangreiche Berichterstattung erreicht werden.



Niedersachsen

Die PressesprecherInnen von DGB und Gewerkschaften stellten im Rahmen eines Hintergrundgesprächs – dem Fastnachtgespräch – den wichtigsten landespolitischen Redaktionen am 28. Februar Themen und Termine für 2017 vor. In rund 35 Pressemitteilungen äußerte sich der DGB auf Landesebene zu politischen und gewerkschaftlichen Themen. In Pressegesprächen stellte der DGB im Mai seinen Rentenreport, im Dezember den Ausbildungsreport vor. Eine Bilanz der Situation auf dem Ausbildungsmarkt zog der DGB in einem Pressegespräch Anfang November.



Am 15. Oktober fanden in Niedersachsen vorgezogene Landtagswahlen statt. Durch den verkürzten Zeitraum bedingt hat sich der DGB-Bezirk auf wenige wirkungsvolle Aktivitäten konzentriert. Bereits im ersten Halbjahr hatte der Bezirksvorstand Forderungen der Gewerkschaften an die Landespolitik beschlossen. Diese hat der Bezirk als Positionspapier



und Flyer veröffentlicht. Am 28. September stellte der DGB seine Forderungen der Presse vor und rief alle Stimmberechtigten zur Wahl auf. Ein Dossier auf www.niedersachsen.dgb.de bündelte alle Informationen und bot eine Übersicht über die Veranstaltungen der Regionen. Thematische Countdown-Flugblätter machten in den Wochen vor der Wahl in digitaler Verbreitung und auf Facebook auf die DGB-Forderungen aufmerksam.

Bremen

Der DGB hat zu eigenen Aktivitäten und anlässlich tagesaktueller Ereignisse rund 50 Pressemitteilungen herausgegeben.

Schwerpunkte waren neben dem 1. Mai oder dem Antikriegstag Statements zu aktuellen lokalpolitischen Entscheidungen und die Formulierung von Anforderungen zur Bundestagswahl. Mit dem Bremer und niedersächsischen DGB-Rentenreport und lokalen Aktionen konnte der DGB das Thema „Rente“ verankern und im Vorfeld der Bundestagswahl in die Öffentlichkeit tragen. Flankiert hat das Thema einerseits eine am 31. Mai durchgeführte Pendleraktion mit dem Motto „Die gesetzliche Rente stärken. Weil es Goldesel nur im Märchen gibt.“. Andererseits wurde in Zusammenarbeit mit der Bremer Straßenbahn AG als lokalem Verkehrsbetrieb eine Straßenbahn, die auf unterschiedlichen Linien im Bremer Stadtgebiet verkehrte, mit Slogans und Logos der DGB-Rentenkampagne beklebt.



Weitere inhaltliche Schwerpunkte bildeten der hohe Anteil von Erwerbstätigen im Hartz-IV-Bezug in Bremen, die Situationen der Kitas und ErzieherInnen sowie die Armutsgefährdung in der Region.

Ein Pressegespräch fand zum Mahl der Arbeit statt mit dem Festredner Aram Ali, angehender Jurist und aktiver IG Metalller aus Hannover. In seiner Rede „Angewandte in der Arbeitswelt von morgen. Chancengerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft.“ beschrieb er auf sehr persönliche Weise seine Sicht zu Chancen und Herausforderungen von MigrantInnen und formulierte darüber hinaus Anforderungen an die Politik.

Im Vorfeld des 1. Mai wurden wieder so genannte Countdown-Papiere herausgegeben, die Beiträge haupt- und ehrenamtlicher GewerkschafterInnen zu verschiedenen Politikfeldern beinhalten. Die Artikel widmeten sich Fragen der Arbeitszeitverkürzung, der

Bildungspolitik, des Rechtspopulismus oder der Rente. Um das Bremer Gewerkschaftshaus für alle Interessierten zu öffnen, finden neben Veranstaltungen regelmäßig Ausstellungen im Foyer statt. 2017 konnte der DGB mehrere Ausstellungen präsentieren, so zum Beispiel eine Ausstellung über Frauen in Kuba. Im Herbst organisierte die DGB-Jugend zusammen mit soliport, der Bremer Beratungsstelle für Betroffenen rechter Gewalt die Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“. Diese rückt die Opfer und deren Angehörigen in den Fokus. 22 Tafeln setzen sich mit den Verbrechen in den Jahren 2000 bis 2007 sowie der gesellschaftlichen Aufarbeitung nach dem Auffliegen des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) im November 2011 auseinander. Die Ausstellung „Mein Name ist Rose“ zum Thema Integration wurde von der GEW in das Gewerkschaftshaus geholt.

Gewerkschaftliche Themen präsentiert der DGB in sechs Schaukästen sowie über ein Banner am Gewerkschaftshaus. Auf diesem Wege wurde auch für die neue Beratungsstelle „Moba – Bremer und Bremerhavener Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung“ geworben, die Anfang des Jahres ihre Arbeit aufgenommen hat. Im Herbst gab die DGB-Jugend in den Schaukästen Tipps rund um das Thema Ausbildung.

Sachsen-Anhalt

Die Öffentlichkeitsarbeit des DGB-Landesbüros in Magdeburg fand in enger und erfolgreicher Zusammenarbeit mit den Regionen, dem Bezirk und dem Bundesvorstand des DGB sowie den Einzelgewerkschaften statt

Die DGB-Kampagne RENTE MUSS REICHEN wurde in Sachsen-Anhalt landesspezifisch untersetzt und konnte eine beachtliche Reichweite erzielen.

Höhepunkte waren die öffentlichkeitswirksamen

Fachkonferenzen in Magdeburg und Halle mit DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sowie die Pendleraktionen der DGB-Regionen sowie Kreis- und Ortsverbände am 31. Mai an zehn Bahnhöfen Sachsen-Anhalts.

Der im August veröffentlichte „Rentenreport Sachsen-Anhalt“ sowie die Pressemitteilungen, die vor dem Hintergrund der Bevölkerungsstruktur auf die überdurchschnittliche Gefahr von Altersarmut in Sachsen-Anhalt aufmerksam machten, erreichten eine hervorragende Medien-Resonanz. Zugleich machte das vom Berliner Kampagnenmanagement angebotene Großbanners RENTE MUSS REICHEN am Magdeburger Gewerkschaftshaus auf das Thema aufmerksam.

Die rentenpolitische Konferenz in Halle wurde durch Vermittlung des dortigen Regionsbüros in gelungener Weise als Video dokumentiert. (siehe: www.sachsen-anhalt.dgb.de)

Schlagzeilen wie „Sachsen-Anhalt: Die Hälfte der jetzt Vollzeitbeschäftigten 2030 in Altersarmut? - Drohende Entwicklung abwenden, Rentenniveau anheben!“ haben Resonanz in der breiteren Öffentlichkeit wie auch bei politischen AkteurInnen gefunden. In diesen und ähnlichen Fällen konnte das Landesbüro auf Argumentationen und statistisches Material aus dem Bundesvorstand und dem DGB-Bezirk zurückgreifen.

Die Angebote von Werbemitteln, Flyern und Broschüren des DGB-Bestellservice waren 2017 thematisch umfangreich und hilfreich.

Auch auf Landesebene hat der DGB die öffentliche Kommunikation der DGB-Forderungen an die politischen Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 zum Schwerpunkt gemacht. Ausreichende Rente, gerechte Steuerpolitik und die Abkehr von prekären Billiglohnjobs bestimmten das DGB-Wahlforum mit den sachsen-anhaltischen SpitzenkandidatInnen



Magdeburger DGB-Forum zur Bundestagswahl 2017, von links: Katrin Skirlo (DGB), Tino Sorge (CDU), Steffi Lemke (Grüne), Susanne Wiedemeyer (DGB), Burkhard Lische (SPD), Petra Sitte (LINKE)

der bis dahin im Bundestag vertretenen Parteien am 7. September in Magdeburg. Das Forum lag organisatorisch in den Händen der Öffentlichkeitsarbeit des DGB-Landesbüros.

Bei diesem Forum, wie auch im Zentrum und Kontext von Pressemitteilungen und Interviews spielte die Tarifbindung in Sachsen-Anhalt eine herausragende Rolle. Insbesondere in der „Magdeburger Volksstimme“ konnte der DGB mehrfach Themen setzen. Susanne Wiedemeyer als DGB-Landesbeauftragte war mehrmals zu Interviews und Streitgesprächen mit Arbeitgebervertretern eingeladen.

Landespolitische Themen hat der DGB bevorzugt gemeinsam mit Mitgliedsgewerkschaften öffentlich kommuniziert. So wurde mit der IG BAU offengelegt, welche Fahr- und Übernachtungskosten bei BerufsschülerInnen durch den Besuch von Landesfachklassen im Flächenland Sachsen-Anhalt anfallen. Zur Forderung nach Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes haben ver.di, GEW, GdP und DGB eine gemeinsame Pressemitteilung veröffentlicht.

Das Podium der Landespressekonferenz Sachsen-Anhalt e. V. durfte der DGB mehrmals als Gast nutzen.

Frauen- und Gleichstellungspolitik



Internationaler Frauentag

Der DGB-Bezirk hat sich mit über vierzig Veranstaltungen an die Menschen gewandt. Im Mittelpunkt stand die eigenständige Existenzsicherung von Frauen. In der Arbeitswelt 4.0 müssen Beschäftigte ihre Arbeitszeiten mitbestimmen und auf sichere berufliche Perspektiven durch Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen bauen können. Die DGB-Frauen forderten den Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit und das Recht auf Rückkehr aus Teilzeit zur ursprünglichen Arbeitszeit. Ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz soll zudem Unternehmen dazu verpflichten, ihre Entgeltpraxis zu überprüfen und geschlechtergerecht zu gestalten.

Equal Pay Day

Die 21-Prozent-Lohnlücke ist für viele Frauen in Deutschland bittere Realität. Im Durchschnitt hat eine

Frau im Jahr 3.700 Euro weniger Geld im Portmonee als ihr Kollege. Frauen arbeiten öfter in Teilzeit oder prekären Arbeitsverhältnissen oder sie verdienen trotz Vollzeit in „typischen Frauenberufen“ strukturell weniger. Sie sind seltener in Führung und häufiger bei der unbezahlten Familienarbeit eingespannt. Deutschland ist mit dieser Lohnlücke seit Jahren unter den Schlusslichtern in der EU. Das hat Folgen für die soziale Absicherung bis hin zur Rente. So sind Frauen eher von Altersarmut bedroht, denn die Rente ist ein Spiegelbild des Erwerbslebens.

Der DGB-Bezirk hat sich für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen im Erwerbsleben und danach stark gemacht und anlässlich des Equal Pay Day Veranstaltungen durchgeführt. In Hannover fand im Februar und März eine gemeinsame Veranstaltungsreihe des DGB-Bezirks mit dem Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen statt.

Am 8. Februar 2017 referierte Dr. Judith Kerschbaumer, Leiterin des Bereichs Sozialpolitik beim ver.di-Bundesvorstand, unter dem Titel „Kröten haben statt Kröten schlucken: Arm im Alter? Nicht mit mir“ über Voraussetzungen zur eigenständigen Existenzsicherung für Frauen im Erwerbsleben und danach. Heike Lehmann, beim DGB-Bundesvorstand zuständig für Gleichstellung in der Tarif- und Pflegepolitik, und Bernd Stahl, Gewerkschaftssekretär der IG BCE in der Abteilung Tarifpolitik, diskutierten am 1. März über Lohngerechtigkeit durch Transparenz.

Das Equal Pay Day-Bündnis Hannover für Niedersachsen hat mit pfiffigen Ideen eine Aktion in der Innenstadt organisiert und erfolgreich durchgeführt. Mit Unterstützung der üstra und der Region Hannover fuhr eine Equal Pay Day-Bahn von Anfang März bis Ende Mai für mehr Lohngerechtigkeit durch die Stadt.





Aktion des Equal-Pay-Day-Bündnisses in Hannover

Bezirksfrauenausschuss

Neben der Vorbereitung des Frauenwochenendseminars hat sich der Bezirksfrauenausschuss um die Vorbereitung der Bezirksfrauenkonferenz gekümmert.

Frauenwochenendseminar

Menschen mit Migrationshintergrund stoßen auf große Schwierigkeiten bei der Stellensuche. Diejenigen, die eine Arbeit finden, müssen häufig mit weniger angesehenen oder prekären Jobs vorlieb nehmen. Studien machen die doppelte Benachteiligung von Frauen sichtbar: Während 2013 89,1 Prozent der Männer mit Migrationshintergrund Arbeit haben, sind nur 68,7 Prozent der Frauen mit Migrationshintergrund erwerbstätig. Besonders auffallend ist die Benachteiligung von hoch ausgebildeten zugewanderten Frauen.

Migrantinnen fehlen häufig die Ressourcen für ausdauernde Stellensuche, sowohl finanziell als auch in Form von Netzwerken und Kontakten. Oft entsprechen die deutschen Sprachkenntnisse von Migrantinnen nicht dem geforderten Niveau, aber auch Diskriminierung spielt eine wesentliche Rolle. Es gibt institutionelle Barrieren wie die fehlende Anerken-

nung von im Heimatland erworbenen Qualifikationen oder die eingeschränkte Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern.

Unter dem Titel „Integration gelingt durch die Geschlechterperspektive – Arbeitsmarktsituation von Migrantinnen und Perspektiven der Geflüchteten“ beschäftigte sich das Frauenwochenendseminar Anfang November mit dieser Problematik. Die Teilnehmerinnen legten ihren Fokus vor allem auf Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften.

Frau und Migration

Am 9. Juni fand unter dem Motto „Gleiche Stimme – Gleiche Rechte!“ die Jahreskonferenz von DaMigra e. V. in Berlin statt. Als herkunftsunabhängiger, bundesweit agierender Dachverband setzt sich DaMigra für die Belange der Frauen mit Migrationshintergrund ein. Seit 2014 vertritt DaMigra 71 Migrantinnenorganisationen. DaMigra agiert zudem als Ansprechpartner für migrations- und frauenspezifische Belange der Bundesregierung.

Bezirksfrauensekretärin Naciye Celebi-Bektas hat an einer Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeord-



Abschluss der DaMigra-Tagung in Berlin

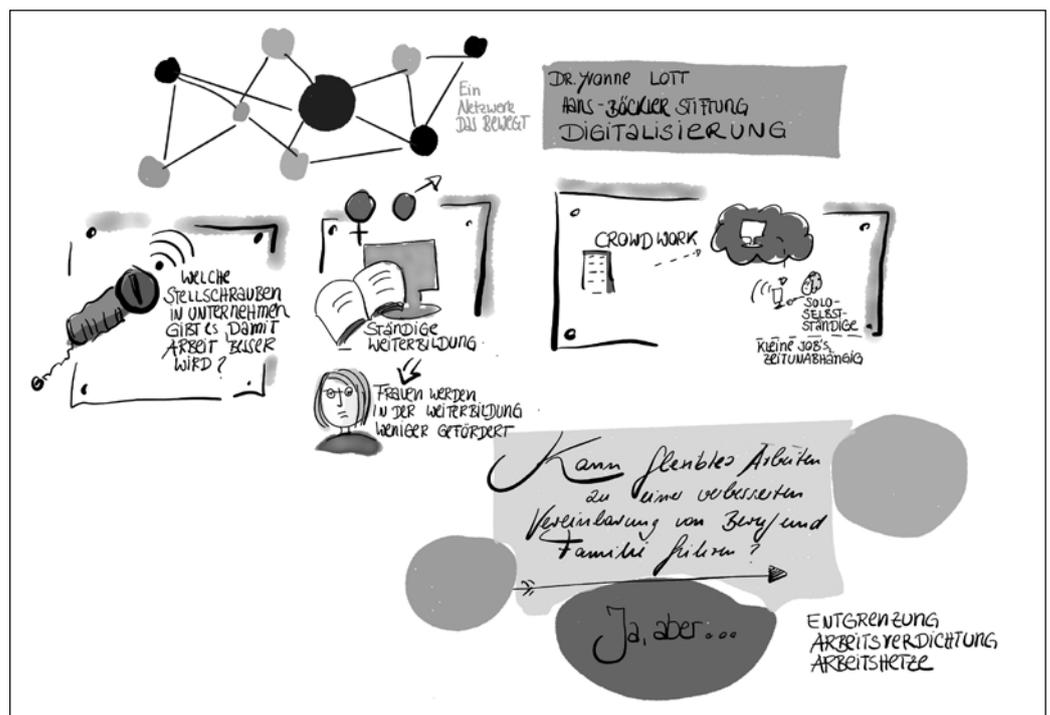
neten teilgenommen, um über die vielfältige Migrationsgesellschaft zu diskutieren. Im Rahmen der Veranstaltung entstand die Idee, einen Dachverband der Migratinnen-Organisationen bzw. -Netzwerke auch

in Niedersachsen zu etablieren. Nach dem Motto: „Packen wir es gemeinsam an, nur so sind wir gemeinsam stark“.

Bezirksfrauenkonferenz

Unter dem Motto „Ein Netzwerk, das bewegt“ fand am 17. Juni in Hannover die 4. ordentliche Bezirksfrauenkonferenz statt. 120 Personen aus Gewerkschaften, Verbänden und Politik nahmen an der Konferenz teil und diskutierten über die Chancen und Risiken der Digitalisierung aus Geschlechterperspektive. Zu Beginn der Veranstaltung führte Dr. Yvonne Lott von der Hans-Böckler Stiftung mit einem Vortrag in das Thema ein. Im Anschluss fand eine Fishbowl-Diskussion mit Anja Weusthoff, DGB-Bundesvorstand, Regine Geradets, Arbeitnehmerkammer Bremen, Dr. Yvonne Lott und Gästen statt.

Im weiteren Verlauf berieten die Delegierten frauenpolitische Anträge zu Arbeitszeit und Vereinbarkeit,



Visual Recording der Diskussion des Vortrags von Dr. Yvonne Lott



Bezirksfrauenkonferenz 2017: Fotoaktion „Rente muss für ein gutes Leben reichen“

Arbeitszeit und Flexibilisierung, Sozialpolitik, Gender, Organisationspolitik und Mitbestimmung. Am Rande der Konferenz beteiligten sich viele Frauen an einer Foto-Aktion unter dem Motto „Rente muss für ein gutes Leben reichen“. Die Bezirksfrauenkonferenz findet alle vier Jahre statt, sie ist das oberste entscheidende Gremium der Gewerkschaftsfrauen im Bezirk.

Niedersachsen

Niedersächsisches Gleichberechtigungsgesetz (NGG)

In seiner Stellungnahme hat der DGB betont, dass Frauenförderung die Aufgabe hat, durch eine veränderte Organisationskultur und durch geeignete Personalpolitik Chancengleichheit für Frauen herzustellen. Offene und versteckte Formen der Diskriminierung sollten abgebaut werden. Noch immer stoßen Frauen im Laufe ihres Berufslebens an gläserne Decken, so dass sie in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert sind. Frauenförderung muss mit einer vorausschauenden Personalplanung und einer darauf abgestimmten Personalentwicklung verbunden werden. Ziel ist die Modernisierung der Personalarbeit in

ihrer Verwaltung. Die Novellierung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG) wurde leider nicht so konsequent durchgeführt, wie es der DGB erwartet hat.

Landesfrauenrat

Nach zwei Wahlperioden ist Naciye Celebi-Bektas aus dem Vorstand ausgeschieden. Schwerpunkt ihrer Arbeit in den letzten Jahren waren die Arbeitsmarktsituation von Frauen, die interkulturelle Öffnung von Institutionen sowie Migration und Flucht. Außerdem hat sie sich für die Idee eines Migrantinnen-Dachverbandes stark gemacht.

Zur Landtagswahl hat der Landesfrauenrat unter dem Motto „Frauen entscheiden die Wahl!“ gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros Niedersachsen Wahlprüfsteine zur Frauen- und Genderpolitik herausgegeben. Die Forderungen beziehen sich auf Arbeitsmarkt und soziale Sicherung, Gewalt und Sexismus, geschlechtergerechte Gesundheitspolitik, Partizipation und Teilhabe sowie Gleichstellung. Der DGB hat gewerkschaftliche Themen verankern können.



Bremen

In Bremen ist der Beschäftigungsanteil von Frauen so gering wie in keinem anderen Bundesland. Nur 43,8 Prozent aller Arbeitsplätze sind mit Frauen besetzt. Zudem gibt es gravierende Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei den Stundenlöhnen. In jeder Branche verdienen Frauen weniger als ihre männlichen Kollegen. Am höchsten ist die Lohnlücke im Gesundheits- und Sozialwesen, wo Männer 31,2 Prozent mehr Lohn als Frauen erhalten. Das liegt hier vor allem daran, dass Frauen viel seltener Führungspositionen einnehmen.

Landesfrauenausschuss

2017 jährte sich der Equal Pay Day – der Tag der Entgeltlücke zum zehnten Mal. Bundesweit liegt der Gender Pay Gap bei 21 Prozent, in Bremen bei 24 Prozent. Der Bremer Landesfrauenausschuss (LFA) befasste sich intensiv mit dem Thema in einer Diskussionsveranstaltung mit der Arbeitnehmerkammer und der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF). Rund um den 8. März beteiligte sich der LFA an dem Veranstaltungsprogramm

„Leben 4.40 – schneller, höher, weiter?“ der ZGF mit einem Stadtrundgang, einer Veranstaltung zur Digitalisierung und einer Ausstellung „Kubas Frauen“.

Wieder neu aufgelegt wurde das Mentoring-Programm für Betriebsrätinnen. Mittlerweile gibt es den vierten Durchlauf. Erfahrene Betriebsrätinnen beraten Neugewählte, geben ihr Erfahrungswissen weiter und stärken den neuen Betriebsrätinnen den Rücken. An diesem Projekt beteiligen sich alle Gewerkschaften.

Das Herbst-Seminar auf Helgoland stand ganz im Zeichen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für Frauen. Typische Belastungen in Frauenberufen sind langdauerndes Sitzen oder Stehen, Heben und Tragen, Lärm und Stress. Das wird zu wenig im Arbeitsschutz und in der Prävention berücksichtigt. Der jetzige Arbeitsschutz orientiert sich stark an technische Voraussetzungen und Vorschriften. Das Seminar war sehr gut besucht. Die Erkenntnisse fließen in die nächste Arbeitsschutzkonferenz ein.

Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt erfolgte mit der neuen Landesregierung ein Wechsel an der Spitze des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung von Prof. Dr. Angela Kolb-Jansen (SPD) zu Anne-Marie Käding (CDU).

Beim „Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“ wurde die Arbeit der Lenkungsgruppe beendet, stattdessen wurde ein Beirat zum Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt eingerichtet. Mit Regina Stipani für den DGB ist eine einzige Person als Vertretung der Beschäftigten in das Gremium berufen. Neben dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung wirken keine weiteren Ministerien im Beirat mit. Im Beirat gilt es zukünftig, eine gute Durchsetzungsfähigkeit zu entwickeln und alle Ressorts auf eine erfolgreiche Umsetzung des Landesprogramms zu verpflichten.

Ebenfalls in Überarbeitung befindet sich das Frauenfördergesetz. Nachdem erste Vorschläge für ein Chancengleichheitsgesetz auf starken Gegenwind auch von Gewerkschaftsseite trafen, ist derzeit ein Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes in Arbeit. Zu den gewerkschaftlichen Forderungen gehört die Besetzung von Gleichstellungsbeauftragten nicht nur auf Ebene der obersten Landesbehörden, sondern auch auf der Dienststellenebene. Unterschiedliche Reaktionen gibt es zur vorgesehenen Streichung der ehrenamtlichen Frauenbeauftragten, da diese in mehreren Geschäftsbereichen der Landesregierung eine wichtige Funktion bei der Interessenvertretung für Frauen auf dezentraler Ebene waren. Auf Kritik trifft die alleinige Ausrichtung des Gesetzes auf den öffentlichen Dienst.

In Sachsen-Anhalt besteht eine enge und intensive Zusammenarbeit mit dem Landesfrauenrat. Im Vorstand des Landesfrauenrats sind Gewerkschaften durch Ellen Bornschein (ver.di) vertreten. Dadurch sind Gewerkschaften frühzeitig in die Diskussion von Gesetzen und Förderprogrammen eingebunden.

Angesichts der angespannten Haushaltssituation des Landes kommt der Förderung von Modellprojekten aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds eine besondere Bedeutung zu. Hier bringt sich der DGB – auch mit Unterstützung des WiSo-Kompetenzzentrums – intensiv ein.





Bezirksjugendkonferenz

Unter dem Motto „Still ♥ing Solidarity“ fand vom 19. bis 21. Mai in Springe die 4. ordentliche DGB-Bezirksjugendkonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt statt. Die 56 Delegierten debattierten über zahlreiche Anträge und Themen und fassten schließlich 33 Beschlüsse. Inhaltlich ging es um Arbeitszeitverkürzung, die nötige Überarbeitung des Berufsbildungsgesetzes, eine klare Abgrenzung vom Rassismus und der arbeitnehmerInnen-feindlichen Politik der AfD oder der Stärkung der DGB-Jugend bei

den traditionellen Maiveranstaltungen. Der emotionale Höhepunkt war die Solidaritätserklärung aller Delegierten mit den von den Werksschließungen betroffenen Homann-KollegInnen zum Ende der Antragsberatung.

Im Rahmenprogramm der Konferenz gab es Grußworte des Bezirksvorsitzenden Hartmut Tölle und der Bundesjugendsekretärin Manuela Conte sowie eine gemeinsame jugendpolitische Aktion im Vorfeld der Bundestagswahl. Die Konferenz wurde von einer Graphic-Recorderin begleitet.



Plan B zur Bundestagswahl

Die DGB-Jugend hat die bundesweite Kampagne „Plan B“ zur Bundestagswahl wurde in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt umgesetzt. In zahlreichen Formaten und Veranstaltungen diskutierten Aktive mit KandidatInnen oder warben im öffentlichen Raum für die gewerkschaftlichen Positionen.

In Hannover lud die DGB gemeinsam mit IG-Metall und ver.di an zwei berufsbildenden Schulen zu vier Podiumsdiskussionen mit DirektkandidatInnen der im Bundestag vertretenen Parteien. Insgesamt nahmen über 400 SchülerInnen teil. In Bremen organisierte die DGB-Jugend eine interaktive Podiumsdiskussion mit den KandidatInnen von fünf Parteien. In verschiedenen Fragerunden fühlten die Teilnehmenden den PolitikerInnen nicht nur inhaltlich auf den Zahn. In einem „Empathie-Check“ testeten sie auch deren Einfühlungsvermögen in die Lebensrealität junger Menschen. Eine „Wut-Minute“ des Publikums stellte sicher, dass gewerkschaftliche Forderungen auf dem Podium ankamen. Der DGB-Landesjugendausschuss in Sachsen-Anhalt veranstaltete ein Speed-Dating mit KandidatInnen. In Kleingruppen wurden vier Themen des „Plan B“ diskutiert: „Ausbildung besser machen“, „Bildung besser machen“, „Flexible Arbeitszeit ist keine Einbahnstraße“ und „Umverteilen jetzt“.



Jugend gegen G20

Die Delegierten der Bezirksjugendkonferenz beschlossen, dem Bündnis „Jugend gegen G20“ beizutreten und zur großen Demonstration in Hamburg am 8. Juli zu mobilisieren. Die DGB-Jugend wird sich nach den Repressionen gegen friedlich protestierende Jugendliche in und um Hamburg auch zukünftig mit den Themen ziviler Ungehorsam und Meinungsfreiheit auseinandersetzen.



Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl in Bremen



Die Israel-Delegation in Magdeburg

Bildungsarbeit

Die DGB-Jugend hat 2017 zahlreiche Qualifikationen, Seminare und Projekttagge im Rahmen der Berufsschul- und), Studierendenarbeit sowie in der rassismuskritischen und geschlechterreflektierenden Bildungsarbeit angeboten. Die Veranstaltungen fanden unter den Überschriften „Demokratie und Mitbestimmung“, „Students@Work“ und „Für Demokratie Courage zeigen“ statt. Geleitet vom Motto „Jugend für Jugend“ konnten an rund 500 Seminartagen viele tausend Jugendliche erreicht werden.

Internationales

Im Juli besuchten zehn israelische KollegInnen im Rahmen der Kooperation zwischen DGB-Jugend und Histadrut den Bezirk. Auf dem Programm standen Betriebsbesichtigungen in alle drei Bundesländern des Bezirks, Austauschmöglichkeiten mit Aktiven der Gewerkschaftsjugend vor Ort sowie ein Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Die Kooperation der DGB-Jugend mit den israelischen PartnerInnen besteht seit vielen Jahren und wird auf beiden Seiten als Highlight der Jahresaktivitäten wahrgenommen. Im Jahr 2018 steht der Rückbesuch in Israel an. Der Austausch soll auch künftig einmal im Jahr stattfinden.

Im Oktober fand die Bildungsreise „Bella Ciao – Auf den Spuren der PartisanInnen“ in Reggio Emilia statt. In Italien begaben sich die Jugendlichen der DGB-Jugend in Kooperation mit dem Geschichtsinstitut „Istoreco“ auf die Pfade der PartisanInnen, die Widerstand gegen die Besatzung durch Nazi-Deutschland und gegen den italienischen Faschismus leisteten. In Gesprächen mit ZeitzeugInnen, beim Besuch von Gedenkstätten und in Diskussionen mit HistorikerInnen erlebten die Teilnehmenden die Geschichte der „Resistenza“ hautnah und konnten Bezüge zur Gegenwart knüpfen.

Bezirksjugendausschuss

Der Bezirksjugendausschuss traf sich fünfmal, um Aktivitäten zu planen und den innerbezirklichen Austausch zu gewährleisten. Der Ausschuss setzt sich aus delegierten VertreterInnen der Mitgliedsgewerkschaften zusammen. Er ist ein wichtiger Ort, um Aktive zu vernetzen und gewerkschaftsübergreifende Ziele der DGB-Jugend zu diskutieren. Im Mittelpunkt der Arbeit standen die Durchführung der Bezirksjugendkonferenz sowie die Arbeitsplanung zur Umsetzung der Konferenzbeschlüsse.

Niedersachsen

Aufgrund des vorgezogenen Termins der Landtagswahl änderte sich der Fahrplan der geplanten Aktivitäten. Unter dem Motto „Plan B für Niedersachsen“ veröffentlichte die DGB-Jugend einen Forderungsflyer und ein Mobilisierungsvideo im Vorfeld der Wahl. In den Vordergrund stellte sie die Einführung einer wirksamen Ausbildungsgarantie, den oft schlechten Zustand von berufsbildenden Schulen und den Mangel an bezahlbarem Wohnraum für junge Menschen. Zusätzlich beteiligte sich die DGB-Jugend an der Kampagne „Jugend – Zukunft – Schaffen“ des Landesjugendrings zur Erhöhung der Jugendbildungsmittel in Niedersachsen um 2.000.000 Euro und im Rahmen der U18-Wahlen.



Im Dezember veröffentlichte die DGB-Jugend den sechsten regionalen Ausbildungsreport, diesmal mit dem Schwerpunkt „Lernort Berufsschule“. Der Report basiert auf der schriftlichen Befragung von über 1.200 Auszubildenden im Rahmen der Berufsschularbeit. Die Ergebnisse zeigen: Regelmäßige Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten und Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz sind für viele Auszubildende bittere Realität.

Die DGB-Jugend beteiligte sich am Internationalen Workcamp in Bergen-Belsen. Dort trafen sich junge Leute und MultiplikatorInnen aus verschiedenen Ländern, um sich mit dem Wesen von Rassismus und



Der Jugendblock im 1. Mai-Demonstrationszug in Hannover

Faschismus auseinander zu setzen. Das Workcamp ist eine Kooperationsveranstaltung zwischen der Gedenkstätte Bergen-Belsen und dem Landesjugendring Niedersachsen e. V., gefördert über die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten.

An vielen Orten in Niedersachsen war die DGB-Jugend Teil eines Jugendbündnisses zum 1. Mai und organisierte eigene Aktionen wie ein Poetry-Slam in Hannover, die Jugendmeile in Braunschweig oder das Konzert „Rock gegen Rechts“ in Oldenburg.

In Kooperation mit dem Bildungsträger „Ländliche Erwachsenen Bildung“ führte die DGB-Jugend die „Kritische Reihe“ durch. Ziel war es, vor allem in ländlichen Regionen das bürgerschaftliche Engagement zu stärken sowie auf die Gefahren einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft und das Phänomen Rechtspopulismus hinzuweisen und Handlungsstrategien zu entwickeln.

Die DGB-Jugend Hannover organisierte im Juli eine Stadtrallye, bei der es um die Auseinandersetzung mit der Rolle von Frauen in der Geschichtsschreibung ging. An den Volkswagen-Standorten Braunschweig und Emden führte die DGB-Jugend in Kooperation mit der IG Metall Ausstellungen und Projekttag im Rahmen des Courage-Projektes durch.



Nach umfassenden Renovierungsarbeiten sowie einer Komplettüberarbeitung der Außendarstellung konnte sich der DGB-Jugendtreff Hannover-Bothfeld Jahr über großen Zuwachs an Kindern und Jugendlichen freuen, die die Einrichtung regelmäßig besuchen. Neben den normalen Öffnungszeiten, in denen Koch-, Bastel- und Spieleabende angeboten wurden, mischte der Jugendtreff bei einer ganzen Reihe weiterer Aktionen und Veranstaltungen mit. Im Zuge der Bundes- und Landtagswahlen beteiligte sich der Jugendtreff als Wahllokal der U18-Wahlen.

Bremen

Die DGB-Jugend veranstaltete Vorträge, Workshops und Weiterbildungen zu Fragen der Ausbildung, der Gesellschaft und politischen Engagements.

Anlässlich des 8. März, dem internationalen Frauentag, organisierte die DGB-Jugend zusammen mit dem Bildungs- und Kulturverein „belladonna“ einen Workshop zum Thema Alltagssexismus sowie einen Kinoabend.

Im Frühjahr wurde die sichere Nutzung von Internet und elektronischen Kommunikationsmitteln in einem Crypt-to-Workshop vermittelt. Ein Kollege der Gewerkschaft ver.di gab Tipps und Anleitungen, um im Internet sicher zu kommunizieren und mit den eigenen Daten vorsichtig umzugehen.

Anfang September beteiligte sich die DGB-Jugend beim politischen Sommerfest „solidaria“ mit drei Workshops. Das Fest wurde von verschiedenen Initiativen und gesellschaftspolitischen Gruppen organisiert und erreichte eine Vielzahl von Menschen. In Bremerhaven gestaltete die DGB-Jugend das Werte-Projekt „Value“ zusammen mit der Volkshochschule Bremerhaven. Mit der Alevitischen Jugend wurden Workshops zu Rassismuskritik und Geschlechterverhältnis durchgeführt. Die Jugendlichen sollen als

Werte-Coaches in ihrer Community wirken und das gelernte Wissen weitergeben. Die DGB-Jugendbildungsarbeit zu Courage und Gender ist sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven sehr gefragt, so dass die Teamenden-Arbeitskreise zahlreiche Veranstaltungen durchführen konnten.

Der Stadtjugendausschuss hat sich durch beständige Zusammenarbeit als aktives Jugendgremium gefestigt und konnte das Jahr mit einer erfolgreichen Klausurtagung im Oktober abschließen. Dabei wurden Aktionen und Veranstaltungen für das kommende Jahr geplant. Anschließend fuhren die Ausschussmitglieder nach Hamburg in das Museum der Arbeit und besuchten die Ausstellung „Das Kapital“.

Sachsen-Anhalt

Die DGB-Jugend hat mit großem Erfolg eine landesweite Berufsschultour durchgeführt.

Die Tour machte nicht nur in großen Städten, sondern auch in Quedlinburg, Salzwedel, Dessau-Roßlau und Bitterfeld halt. Über 1.500 SchülerInnen wurden erreicht, etliche konnten als Gewerkschaftsmitglieder gewonnen werden.

Im Februar und März veranstaltete die DGB-Jugend in Halle eine Filmreihe mit Filmen von Ken Loach. Im Programmkinos „Zazie“ wurden vier Filme des britischen Regisseurs gezeigt, in denen es um gewerkschaftliche Auseinandersetzungen, Armut und Ausgrenzung ging. Die Filmreihe erreichte etwa 150 Menschen.

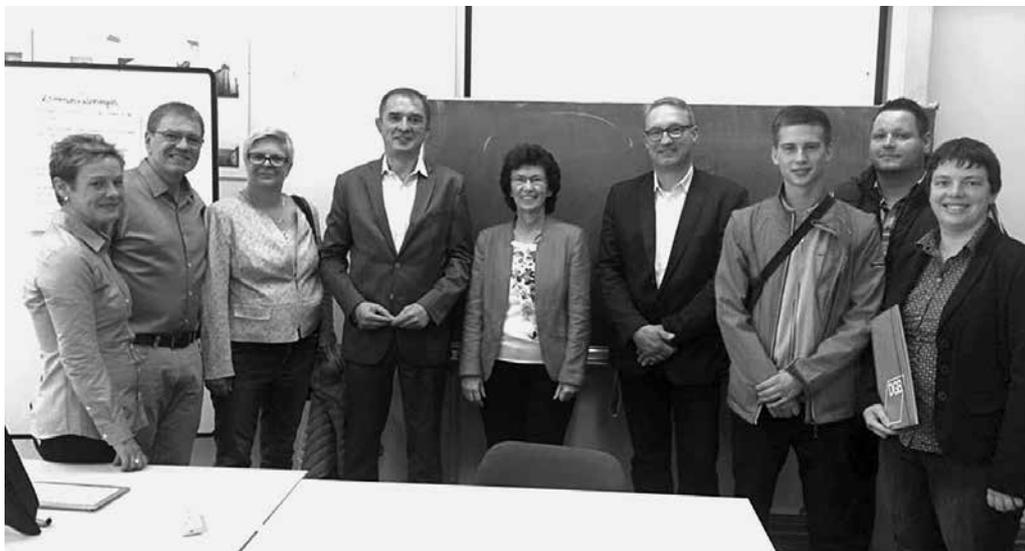
Der 1. Mai in Halle wurde von Neo-Nazi-Protessen überschattet. Die DGB-Jugend hat sich am 1. Mai an den Gegenprotessen beteiligt, zu denen die DGB-Jugend landesweit aufgerufen hatte. Letzten Endes standen den etwa 300 Neo-Nazis über 4.000 Menschen aus der Stadtgesellschaft gegenüber.

Zur Bundestagswahl veranstaltete die DGB-Jugend in Halle eine Aktionswoche mit vielfältigen Veranstaltungen zum Zuhören und Mitdiskutieren. Es gab sowohl betriebliche wie gesellschaftspolitische Themen: eine JAV-Inforunde, die Vorstellung der Kampagne Plan B, Berichte von Arbeitskämpfen in Argentinien oder von dem Versuch der AfD, sich als ArbeiterInnen-Partei darzustellen. Sowohl in Halle als auch in Magdeburg fanden zudem Talkrunden mit den DirektkandidatInnen der Parteien statt.

In Magdeburg fand zum ersten Mal ein Bildungswochenende der DGB-Jugend statt. Die Teilnehmenden diskutierten Themen der Frauen- und Arbeiterbewegung. Anschließend wurde getanzt. Dieses Format soll in Zukunft regelmäßig stattfinden, um die Bildungsarbeit der DGB-Jugend in der Stadt bekannter machen.

Seit April des Jahres arbeiten Aktive aus der Bildungsarbeit sowie aus den Gewerkschaften an einem Konzept für einen Projekttag „Gedenken und Erinnern“ für Schulklassen und Auszubildende. Ein Qualifizierungsseminar wird im nächsten Jahr erstmals stattfinden.

Im September wurde in Halle ein DGB-Stadtjugendausschuss gegründet. Bislang gab es nur einen regelmäßig stattfindenden Stammtisch. Der Stadtjugendausschuss soll die Gewerkschaftsjugendlichen weiter vernetzen und sich in die Arbeit des DGB-Stadtverbands einbringen. Mit einem Antrag zum Erhalt des soziokulturellen Zentrums „Hasi“ in Halle ist dies bereits erfolgreich geschehen.



Minister Tullner besucht die Berufsschultour in Sachsen-Anhalt

Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN

Seit der Gründung 1948, initiiert durch den Deutschen Gewerkschaftsbund und die Volkshochschulen, zielt die Bildungsarbeit der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Nds. auf die gesellschaftliche und individuelle Emanzipation der Lernenden und die Gestaltung einer demokratischen und sozialen Gesellschaft.

Der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und ARBEIT UND LEBEN arbeiten politisch zusammen und darüber hinaus werden in den Strukturen von ARBEIT UND LEBEN im DGB-Bezirk initiierte Projekte umgesetzt:

- ARBEIT UND LEBEN hat zusammen mit dem Bildungswerk der niedersächsischen Wirtschaft (BNW) im Rahmen der Plattform Integration 5 für ganz Niedersachsen an ausgewiesenen Standorten beispielhafte Integrationsnetzwerke aufgebaut. Den Sozialpartnern kommt bei der Integration neuer MitbürgerInnen in die Gesellschaft und in die Arbeitswelt strukturell eine besondere Bedeutung zu. Erste Erfolge auf diesem Weg bestätigen diese Strategie.
- Die erfolgreiche Arbeit der acht BeraterInnen im Projekt Mobile Beschäftigte, gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und einiger Kommunen, geht mittlerweile ins vierte Jahr. Diese Einzelfallhilfe für die betroffenen mobilen ArbeiterInnen und die damit verbundene Öffentlichkeitsarbeit kann in ihrer Relevanz nicht hoch genug eingeschätzt werden.
- Mit dem vom Bund finanzierten Projekt MENTO hat ARBEIT UND LEBEN viele Zugänge in Betriebe aufbauen können. Ein Fokus lag auf dem besonderen Bedarf der Betroffenen im Zuge der Digitalisierung und der damit verbundenen gestiegenen Anforderung an die Lese- und Schreibkompetenz. Mit diesem Projekt hat ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen auch auf Landesebene und bei den Gewerkschaften eine hohe Reputation erlangt.



Bildungsvereinigung **ARBEIT UND LEBEN** Niedersachsen

- Die Selbstverwaltung im Handwerk wird im vom Bund finanzierten Projekt PerSe – Perspektive Selbstverwaltung gestärkt. Dies ist für ARBEIT UND LEBEN das dritte Projekt mit dem Schwerpunkt auf dem Handwerk und setzt – mit einer projektbedingten Unterbrechung – die erfolgreiche Arbeit in Niedersachsen und darüber hinaus fort.
- Vor fünf Jahren gründete der DGB zusammen mit den anderen Organisationen (Niedersachsenmetall, AOK, Handwerkskammer) die Demografieagentur für die Wirtschaft und eröffnete somit in den Betrieben eine weitere Plattform für die Bildungs- und Beratungsarbeit von ARBEIT UND LEBEN .

Zusätzlich ergaben sich durch die auf Bundes- und Landesebene in dieser Form „einzigartigen Konstruktion“ neue Wege zu Beratungs- und Auditierungsprogrammen (UWM/INQUA). Neben einer personellen Unterstützung ist Arbeit und Leben operativ auf der Ebene der Geschäftsführung und der Finanzadministration mit der Demografieagentur verbunden. Die Erschließung weiterer Synergien steht auch künftig auf der Agenda.

Seniorinnen und Senioren

Niedersachsen

Die DGB-Rentenkampagne mit Blick auf die Bundestagswahl, die Bundestags- und Landtagswahl in Niedersachsen sowie der Tag der älteren Generation waren die wesentliche Themen, mit dem sich der Arbeitskreis Seniorinnen und Senioren beschäftigte. Auch wurde die Struktur auf Bezirksebene auf den Prüfstand gestellt. Die Veranstaltung zum Tag der älteren Generation in Hannover hat am 1. Oktober der Senioren-Arbeitskreis der DGB-Region Niedersachsen-Mitte durchgeführt.

Teilnehmende mehr Menschlichkeit in der Politik für alle Generationen. Schirmherr war Wilhelm Tacke, Autor und ehemaliger Pressesprecher der Bremer Katholiken. Mit Reden, Musik, Infoständen und Kabarett wurden rund 300 BesucherInnen auf dem Hanseatenhof in Bremen empfangen.

Bremen

Die Seniorengruppen der Gewerkschaften treffen sich regelmäßig und diskutieren seniorenpolitische Themen, häufig laden sie ReferentInnen ein. Gemeinsam mit weiteren Bündnispartnern haben sie zum 30. September den Aktionstag der Älteren Generation gestaltet. Unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ forderten Veranstalter und



Bühnenprogramm während des Internationalen Tages der älteren Generation

Ehrenamtliche Richterinnen und Richter

Niedersachsen

Für die neue Amtsperiode ab dem 1. Januar 2014 hat der DGB auf Vorschlag der Mitgliedsgewerkschaften 1.300 ehrenamtliche Richterinnen und Richter für die erste Instanz und 234 ehrenamtliche Richterinnen und Richter für die zweite Instanz an das Landesarbeitsgericht Niedersachsen gemeldet. Alle Vorgeschlagenen sind berufen worden. Für die erste Instanz sind 617 erstbenannt.

Auch 2017 hat der DGB Schulungen für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit angeboten. Die Schulung für erste Instanz widmete sich dem Thema „Verhaltensbedingte Kündigung – insb. Abgrenzung Tatündigung und Verdachtskündigung“ und fand vierzehnmal statt.

Für die zweite Instanz hat der DGB zwei Schulungen durchgeführt zu Auswirkungen der neuesten Rechtsprechung auf wichtige arbeitsrechtliche Themen sowie zu Erfahrungsberichten aus der Praxis des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes bei aktuellen Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts.

In der Sozial- und Landessozialgerichtsbarkeit berufen waren auf Vorschlag der Mitgliedsgewerkschaften 292 Richterinnen und Richter. Für diese hat der DGB drei Seminare durchgeführt. Sie widmeten sich den Themen „Die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit (§ 240 SGB VI)“, „Folgen der ‘unangemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung’ für den SGB II-Empfänger“ sowie „Zweites Pflegestärkungsgesetz“.

Die durchschnittliche Teilnehmerzahl der Schulungen lag bei etwa 23 Personen.

Bremen

Auf Vorschlag der Mitgliedsgewerkschaften hat der DGB 210 ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der ersten und 45 in der zweiten Instanz der Arbeitsgerichtsbarkeit benannt.

Für die erstmals Ernannten wurde im November eine Schulung durchgeführt. Sie wurde von Oliver Sanner, Richter beim Arbeitsgericht Bremen/Bremerhaven geleitet. Im Mittelpunkt standen die Einführung in die Arbeit des Arbeitsgerichts, das Lesen einer Akte, Fragen zum Prozessablauf sowie Einblicke in die Aufgaben von ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

Für alle Richterinnen und Richter der ersten und zweiten Instanz wurden im Gewerkschaftshaus zwei Seminare angeboten, bei denen es um die aktuelle Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichts ging. Die Fortbildung am 31. März behandelte das neue Recht der Leiharbeit. Die Schulung leitete Thorsten Beck, Präsident des Landesarbeitsgerichts Bremen. Bei der Schulung 22. September lag der Schwerpunkt auf krankheitsbedingten Kündigungen. Auch diese fand unter der Leitung von Thorsten Beck statt.

In der Sozialgerichtsbarkeit sind im Land Bremen 49 ehrenamtliche Richterinnen und Richter für die erste Instanz benannt, 20 ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der zweiten Instanz.

DGB vor Ort

Kreis- und Stadtverbände

Wie in den Vorjahren gab es ein gemeinsam mit ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen e. V. getragenes Bildungsprogramm für die ehrenamtlichen DGB-Aktiven in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt. Auch Frühjahrs- und Herbstkonferenzen unterstützten die Arbeit der ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen in den Kreis und Stadtverbänden.

Vom 14. bis 18. März 1892 fand in Halberstadt der erste Kongress der freien Gewerkschaften unter Leitung von Carl Legien statt. Den 125. Jahrestag dieser Geburtsstunde des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat der DGB-Bezirk mit einer Konferenz der Kreis- und Stadtverbände vom 17. bis 19. März in Halberstadt gefeiert. Unter dem Titel „Vom Klassenkampf zur Sozialpartnerschaft ... und nun? 125 Jahre DGB – Bilanz und Ausblick“ hielt DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann das Einstiegsreferat. In diesem ging er auch auf die Frage ein, ob die deutschen Gewerkschaften sich vom Antikapitalismus verabschiedet und der reinen Pflege der Sozialpartnerschaft verschrieben hätten.

Eine Besichtigung des Friedhofs und des Kapp-Putsch-Denkmal in Quedlinburg mit Einführungen zum Kapp-Putsch durch den Bezirksvorsitzenden



Podiumsdiskussion mit (v.l.n.r.) Thorsten Gröger, Laura Pooth, Prof. Dr. Axel Haunschild und Martin Kind

Hartmut Tölle sowie die Vorstellung von aktuellen Projekten zur ArbeiterInnenbewegung aus verschiedenen Regionen des Bezirks füllten den zweiten Tag der Konferenz.

Den gelungenen Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Herausforderungen für die Gewerkschaften – sinkende Tarifbindung, Globalisierung, Arbeit 4.0“ mit Laura Pooth (damals stellvertretende Landesvorsitzende GEW Niedersachsen), Thorsten Gröger (Bezirksleiter IG Metall Niedersachsen – Sachsen-Anhalt), Martin Kind (Unternehmer) und Prof. Dr. Axel Haunschild (Institut für interdisziplinäre Arbeitswissenschaft, Uni Hannover).



DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann in Halberstadt

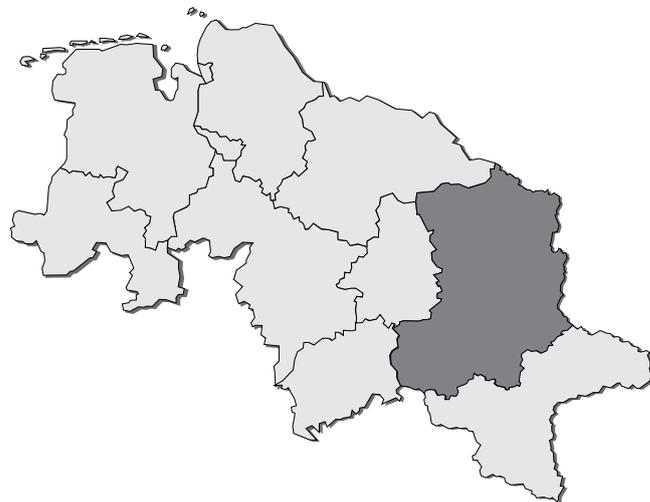


Vortrag von Mehrdad Payandeh am Freitagabend der DGB KV/SV-Herbstkonferenz 2017

Die Herbstkonferenz fand vom 17. bis 19. November in Walsrode statt. Sie stand unter der Überschrift „Aktiv von Ort – Wer, wenn nicht wir?“. und startete mit einem Eingangsreferat von Mehrdad Payandeh (Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand) zum Thema „Gewerkschaftliche Herausforderungen und Perspektiven nach der Bundestagswahl.“

Viele Ehrenamtliche engagierten sich im Rahmen der bezirklichen DGB-Rentenkampagne zur Bundestagswahl. In mehr als 70 Veranstaltungen in Innenstädten, Stadtfesten, Infostandaktionen und Betriebsversammlungen warben sie mit der Renten-Ente und dem Renten-Fox für eine starke gesetzliche Rente.

DGB-Region Altmark-Börde-Harz



Die Region umfasst rund 12.390 Quadratkilometer. Zu ihr gehören der Altmarkkreis Salzwedel, die Landkreise Stendal, Börde, Jerichower Land, Harz, der Salzlandkreis und die Landeshauptstadt Magdeburg. Sie ist eine der größten Flächenregionen des DGB in der Bundesrepublik. Die Mitgliederzahl liegt bei rund 90.000 (Stand Ende 2016). Der Hauptsitz der Region befindet sich in Magdeburg, eine Geschäftsstelle ist in Halberstadt. Katrin Skirlo ist seit Dezember 2016 Regionsgeschäftsführerin.

In jedem Landkreis gibt es einen Kreisverband; in Magdeburg befindet sich ein Stadtverband. Hinzu kommen mehrere Ortsverbände. Die ehrenamtlichen KollegInnen in den DGB-Servicebüros boten regelmäßige Sprechstunden an. Es gab Klausurtagungen sowohl für die Kreis-, Stadt- und Ortsverbandsvorsitzenden als auch für die VertreterInnen der Personengruppen Frauen, Jugend und Senioren. Dabei setzten sich die Teilnehmenden vor der Bundestagswahl mit den Positionen der zur Wahl stehenden Parteien inhaltlich auseinander; vor allem in Bezug auf gewerkschaftliche Forderungen.

Satzungsgemäß konstituierten sich in diesem Jahr die Kreis- und Stadtverbände neu. Im August waren in der Region alle Konstituierungen im Rahmen der jeweiligen Vorstandssitzungen abgeschlossen. Dabei ergaben sich auch einige Neubesetzungen. Der Regionsvorstand dankt allen ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen, die die Gewerkschaftsarbeit in den vergangenen Jahren



Der DGB-Kreisverband Harz

unterstützt haben und in der neuen Amtsperiode nicht weiter mitarbeiten können. Auf sie war stets Verlass! Ein großes Dankeschön gilt auch den weiterhin mitwirkenden und den neu aufgestellten ehrenamtlichen KollegInnen, die in den nächsten Jahren aktiv dabei sind. Der Vorstand freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Internationaler Frauentag und Industrie 4.0

Insgesamt gab es in der Region neun Veranstaltungen, die großen Zuspruch fanden. Diese haben sich über die Jahre etabliert und sind sehr gut besucht. Ein Themenschwerpunkt in diesem Jahr war die Digitalisierung der Arbeitswelt; Stichwort: Industrie 4.0. Ein Großteil der weiblichen Beschäftigten arbeitet mit digitalen Technologien. Der technische Wandel soll Frauen mehr Chancen zur Teilhabe am Arbeitsmarkt eröffnen.

Interkulturelle Woche inklusiv

Seit 1993 koordiniert der DGB die Interkulturelle Woche (IKW) in Halberstadt. Im Laufe der Jahre brachten sich immer mehr Netzwerkpartner in den Arbeitskreis IKW ein. Die Folge: Seit mittlerweile 15 Jahren füllen die Partner eine ganze Woche mit einem guten Programm. Sport, Musik, Workshops und Vorträge gehören dazu. „Vielfalt verbindet“ lautete das Motto in diesem Jahr. Der Höhepunkt war die Abschlussveranstaltung „Markt der Kulturen“. Diesen Markt gibt es bereits seit fünf Jahren. Der DGB kooperiert dabei mit dem „Rolli-Club“ Halberstadt. Gemeinsam machen sie auf wichtige Themen aufmerksam. Sowohl Menschen mit Handicaps als auch Menschen mit Migrationshintergrund haben immer noch Probleme bei der Integration in die Gesellschaft.

Diskussionen zur Bundestagswahl

Die Region beteiligte sich am landesweiten Wahlforum des DGB Sachsen-Anhalt. Zusätzlich organisierte sie eine Diskussionsrunde in Halberstadt und kooperierte dafür mit der IG Metall Halberstadt, der IG BAU und mit ver.di. Die OrganisatorInnen luden



Regionsgeschäftsführerin
Katrin Skirlo



Pendleraktion in Magdeburg

KandidatInnen der Parteien Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke, FDP und SPD zu dieser Runde ein. Schwerpunkte waren gewerkschaftliche Themen wie Rente, Tarifbindung und Mitbestimmung. Die Veranstaltung war mit rund 100 Personen sehr gut besucht.

Rentenkampagne

Mit Blick auf die Bundestagswahl startete der DGB die bundesweite Kampagne „Rente muss reichen“. Am 31. Mai fand der bundesweite Pendler-Aktionstag zur Rente statt. In zahlreichen Orten der Region informierten und warben die Kolleginnen und Kollegen für eine starke gesetzliche Rente und verteilten dazu

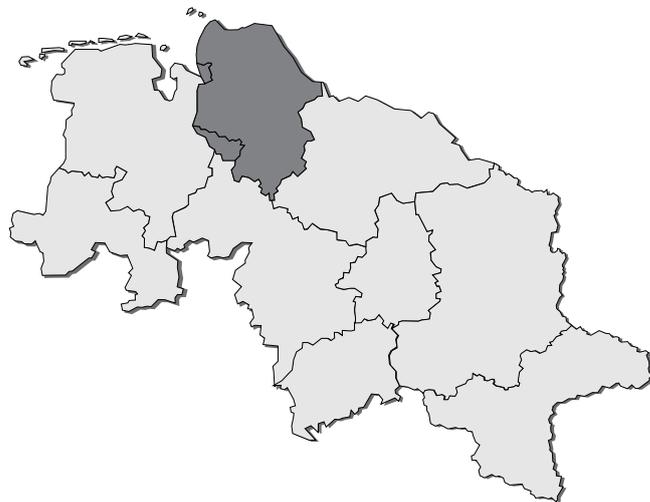
vielerorts Informationsmaterialien. Der Fokus: Nötig ist eine gesetzliche Rente, auf die sich jeder Beschäftigte verlassen kann!

Im August und September waren GewerkschafterInnen jeweils eine Woche lang mit den Kampagnen-Fahrzeugen „Ente“ (Citroën 2CV) und „Fuchs“ (VW Fox) unterwegs. Sie erreichten auf Straßen und Plätzen eine breite Öffentlichkeit in der gesamten Region. Die Renten-Tour führte im ersten Teil von Halberstadt zur Hängebrücke der Rappbodetalsperre, weiter nach Wernigerode und über Quedlinburg nach Aschersleben. Im zweiten Teil ging es nach Burg, Genthin und Magdeburg, in die Hansestadt Salzwedel sowie von Oschersleben nach Bernburg. Es gab zahlreiche gute Gespräche vor Ort – und das nicht nur zum Thema Rente.



Rentenaktion in Wernigerode

DGB-Region Bremen-Elbe-Weser



Die Region besteht aus dem Bundesland Bremen mit den beiden Städten Bremen und Bremerhaven sowie den Landkreisen Cuxhaven, Stade, Rotenburg/Wümme, Verden und Osterholz. 118.700 ArbeitnehmerInnen sind in einer DGB-Gewerkschaft organisiert (Stand Ende 2016). Die Region hat ihren Sitz in Bremen. In den Landkreisen wird der DGB durch Kreisverbände vertreten, in Bremen und Bremerhaven sind Stadtverbände aktiv. DGB-Geschäftsstellen gibt es in Bremerhaven und Cuxhaven. Ein Servicebüro befindet sich in Stade. Alle Kreis- und Stadtverbände haben sich in diesem Jahr neu konstituiert.

Wir mischen mit! Bundestagswahl 2017

In Bremen veranstaltete der DGB im Juni eine Podiumsdiskussion mit vier BundestagskandidatInnen der großen Parteien zum Thema Rechtsruck in der Gesellschaft und zum Umgang mit der AfD. Der Kreisverband Bremerhaven traf sich vor der Wahl mit dem SPD-Bundestagskandidaten Uwe Schmidt, um mit ihm über gewerkschaftliche Positionen zu sprechen. Im September veranstaltete die DGB-Jugend eine interaktive Podiumsdiskussion mit Bremer BundestagskandidatInnen von fünf Parteien. Themen waren Ausbildungsbedingungen, Forderungen nach einer Erhöhung des BaFöG-Satzes und soziale Fragen. Die PolitikerInnen bezogen zu den Forderungen der Gewerkschaftsjugend für die junge Generation im Rahmen der Kampagne „PlanB“ Stellung und unterzogen sich einem „Empathie-Check“, um das Einfühlungsvermögen in die Lebensrealität junger Menschen zu testen. Die „Wut-Minute“ aus dem Publikum verdeutlichte, dass gewerkschaftliche Forderungen in die Politik gehören. Die Podiumsdiskussion wurde von drei Ehrenamtlichen der Gewerkschaftsjugend moderiert.

Position zeigen – die Rentenkampagne

Für Millionen Menschen ist die gesetzliche Rente die zentrale Säule der Absicherung im Alter. Die Rente zukunftsfest aufzustellen – das war eine zentrale

Forderung des DGB zur Bundestagswahl. Der Kreisverband Verden bat im August mehrere DirektkandidatInnen aufs Podium. Nach der Einführung durch den Vorsitzenden Boris Krahn diskutierten die VertreterInnen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke und SPD im Wahlkreis Verden/Osterholz über die Zukunft der Alterssicherung, Gehaltshöhen, soziale Gerechtigkeit sowie den Gender Pay Gap. Der Kreisverband machte auf Fehlentwicklungen in der Rentenpolitik aufmerksam. Die Veranstaltung war sehr gut besucht, GewerkschafterInnen und BürgerInnen diskutierten im Anschluss noch intensiv weiter.

Am Rentenaktionstag beteiligte sich die Region an der Pendleraktion. Auch am Bahnhof Cuxhaven wurden PendlerInnen von Gewerkschaftsmitgliedern informiert. In Bremerhaven war das Kampagnenfahrzeug „Renten-Ente“ unterwegs. Über diese Aktionen kamen die GewerkschafterInnen mit vielen Menschen ins Gespräch. Der Kreisverband Stade veröffentlichte im September einen eingängigen Song zur Rente mit passendem Videoclip. Der Kreisverband landete damit einen Hit; der Song wurde vor allem in den sozialen Medien verbreitet. In Bremen fuhr ein Fahrzeug der Bremer Straßenbahn (BSAG) mit einem Werbemotiv der Rentenkampagne quer durch die Stadt.



Regionalschäftsführerin
Annette Düring

**JETZT
GERECHT
DU HAST DIE WAHL!**

1. Mai: Für eine offene Gesellschaft

Vor der Bundestagswahl und angesichts des Rechtsrucks in Europa spielte die Positionierung für eine offene und vielfältige Gesellschaft eine zentrale Rolle. Beim traditionellen Mahl der Arbeit im Bremer Rathaus sprach Gastredner Aram Ali, der einst aus Syrien flüchtete, über gemeinsame Herausforderungen und die wichtige Solidarität im Bereich von Migration und Arbeit.

Solidarität war der Schwerpunkt vieler Kundgebungen zum 1. Mai; das Motto lautete: „Wir sind viele. Wir sind eins“. Bei der Kundgebung in Rotenburg gab es klare Worte für eine offene Gesellschaft. „Wir dulden kein unsolidarisches Handeln und keine Fremdenfeindlichkeit in Betrieben“, sagte Gundi Müller, Vorsitzende des GEW-Bezirksverbandes Lüneburg. Die mit rund 300 Teilnehmenden gut besuchte Veranstaltung wurde von Livemusik und einem Poetry Slam begleitet.

Zwei größere Veranstaltungen mit tausenden BesucherInnen gab es in Bremen und Bremerhaven. In Bremerhaven arbeitete der DGB-Stadtverband bei der Organisation mit sozialen Institutionen und Vereinen ausländischer KollegInnen zusammen. Traditionell fand nach der Mai-Kundgebung das Fest der Kulturen statt. Kleinere Veranstaltungen zum 1. Mai gab es in den Landkreisen Stade, Verden und Cuxhaven mit jeweils 100 bis 400 Teilnehmenden.

Eine öffentliche Betriebsräte- und Personalräte-Konferenz setzte im September ein Zeichen gegen Rechts. Es kamen rund 40 Teilnehmende aus Bremer Betrieben. Der Düsseldorfer Rechtsextremismus-Forscher Alexander Häusler sprach über die politische Zielrichtung der Rechtspopulisten. Er stellte unter anderem klar, dass in einer immer globaler werdenden Welt der Rechtspopulismus keine Perspektive habe und auch der vermeintlichen Arbeitnehmerfreundlichkeit der Rechten mit großer Skepsis zu begegnen sei. Der

Vortrag wurde durch Workshops zu Möglichkeiten für antirassistische Interventionen in Betrieben ergänzt.



DGB-Bundesvorstandsmitglied Stefan Körzell in Bremerhaven

DGB-Region Halle-Dessau



Zur Region gehören der Landkreis Mansfeld-Südharz, der Saalekreis, die Stadt Halle/Saale, der Burgenlandkreis, der Kreis Anhalt-Bitterfeld, die Lutherstadt Wittenberg sowie die Stadt Dessau-Roßlau. Die Geschäftsstelle befindet sich in Halle/Saale, Büros existieren in Dessau-Roßlau, Sangerhausen, Naumburg, Weißenfels und Hettstedt. In der Region leben rund 78.000 Gewerkschaftsmitglieder (Stand: Ende 2016).

Rentenkampagne und Bundestagswahl

Zum Pendler-Aktionstag am 31. Mai verteilten in Halle und Lutherstadt Wittenberg mehr als 30 GewerkschafterInnen rund 1.000 mit Infomaterial und Frühstückriegeln gefüllte Coffee-to-go-Becher und kamen mit den PendlerInnen ins Gespräch. Sie bestückten zudem hunderte Fahrräder mit Kampagnen-Sattelschonern. Viele Jugendliche beteiligten sich, die GewerkschafterInnen kamen auch mit jungen Menschen zum Thema Rente ins Gespräch.

Im Juni kam DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntbach zur DGB-Landesrentenkonferenz nach Halle. Sie und andere GewerkschafterInnen diskutierten mit sachsen-anhaltinischen SpitzenkandidatInnen der Parteien das DGB-Rentenkonzept und stellten Forderungen an eine tragfähige Rentenpolitik. Die Konferenz wurde vom Kampagne-Truck der IG Metall und dem DGB-Kampagnen-Fahrzeug „Renten-Ente“ begleitet.



Der MDR begleitete das Pendlerfrühstück am 31. Mai 2017

Ein weiterer Höhepunkt war der Wahlbrunch am 31. August. Es gab dort sehr intensive, mehrstündige Diskussionen. Die eingeladenen BundestagskandidatInnen sowie Personal- und Betriebsräte nutzten die Gelegenheit für den Erfahrungsaustausch.

Internationaler Frauentag und 1. Mai

Großes Gewicht hatten der Internationale Frauentag – die Region machte flächendeckend mit Blumenaktionen darauf aufmerksam – sowie der Tag der Arbeit. Besonders die Stadt- und Kreisverbandsmitglieder engagierten sich an beiden Tagen. Der 1. Mai stellte die GewerkschafterInnen wegen steigender Kosten und einem höheren Verwaltungsaufwand vor große Herausforderungen. Dennoch fanden wieder neun Veranstaltungen statt. Stabile Teilnehmerzahlen sind ein Beleg der kontinuierlichen Arbeit. Allerdings fielen die fehlenden traditionellen Stoff-Nelken negativ auf.



Regionsgeschäftsführer
Johannes Krause



Blumenaktion zum Internationalen Frauentag

Die Wiege der Reformation

Die Regions-Jahresklausur in der Lutherstadt Wittenberg stand im Zeichen des Reformationsjubiläums. Sachsen-Anhalt ist die Wiege der Reformation. Die Teilnehmenden beschäftigten sich mit Martin Luther und dessen Zeit, sie befassten sich mit der lokalen Geschichte und erhielten viele Erkenntnisse über soziale Entwicklungen im Mittelalter. Der anschließende Besuch wichtiger Stätten der Reformation war für die Teilnehmenden ein unvergessliches Erlebnis.



Sommerfest der Gewerkschaften im Juni in Halle

Wandel in den Strukturen

Vor der DGB-Bezirkskonferenz fanden im September und Oktober die Organisationswahlen in der Region statt. Nach anfänglichen organisatorischen Schwierigkeiten haben sich inzwischen alle sechs Stadt- und Kreisverbände konstituiert. Die Verjüngung und Verstärkung der Strukturen ist und bleibt ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt. In den vergangenen vier Jahren hat sich die inhaltliche Arbeit in den Stadt- und Kreisverbänden verstärkt. Lokale Probleme wurden aufgenommen und Arbeitsschwerpunkte festgelegt. Aber die großen geografischen Entfernungen sorgen innerhalb der Regionsstrukturen immer noch für Herausforderungen.



Aktion zum 1. Mai der DGB-Jugend in Halle

Kontakt zum Handwerk

Nach den Handwerkskammerwahlen von 2016 ging es in diesem Jahr um Vernetzung und die Einbindung neuer Vollversammlungsmitglieder in die DGB-Arbeit. Eine zweitägige Handwerksklausur der ArbeitnehmervertreterInnen wurde sehr gut angenommen. Mit dem Start des Projekts „PerSe – Perspektive Selbstverwaltung“ sind die Weichen für passende Schulungs- und Weiterbildungsangebote für die Mitglieder der Vollversammlung gestellt.

Jugend stark im Auftritt

Der seit einigen Jahren stattfindende Jugend-Stammtisch in Halle hat sich als formales Gremium konstituiert. Der Stadtjugendausschuss Halle gründete sich im September unter der Mitwirkung von fünf DGB-Gewerkschaften und entsandte zum Jahresende ein Mitglied in den DGB-Stadtverband.

Die DGB Jugend war erneut stark in das Bündnis „Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage“ eingebunden und beteiligte sich im März mit fünf Veranstaltungen an den Bildungswochen gegen Rassismus. Der Tag der Arbeit war in Halle von einer Nazidemo überschattet. Viele junge GewerkschafterInnen beteiligten sich an den Gegenprotesten und zeigten Haltung für ein weltoffenes Halle.

Vor der Bundestagswahl und zum Ausbildungsstart organisierte die Jugend im August eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Wir sind Klasse – Gewerkschaftliche Aktionswoche“. An fünf Tagen diskutierten die Teilnehmenden über betriebspolitische und gesellschaftspolitische Themen. Höhepunkt war ein Grillduell zwischen den DirektkandidatInnen. Ein wichtiges Projekt der DGB Jugend war die Berufsschultour in Kooperation mit der DGB-Jugend Altmark-Börde-Harz. Zehn Tage lang ging es zu Berufsschulen in Sachsen-Anhalt; die Jugend klärte Auszubildende über Arbeitsrechte, betriebliche Mitbestimmung und Gewerkschaften auf.



Seminar zur R(enten)-Kampagne in Walsrode

Umsetzung der Kampagne und die Durchführung der Aktionen vor Ort. Ein wichtiges Element war die Erstellung mehrerer Videoclips zur medialen Begleitung. In der Region gab es ab Anfang Mai über 20 Stopps der (R-)enten-Tour und viele öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen. Das Highlight bildete die Abschlussfeier der bezirksweiten (R-)enten-Tour in Lehrte; nur einen Tag vor der Bundestagswahl.

Weserbeatze – Nazis aus dem Takt bringen!

Unter Federführung des Kreisverbandes Nienburg veranstaltete ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, gemeinnützigen Vereinen und Organisationen im August ein ganztägiges Festival in Nienburg/Weser.



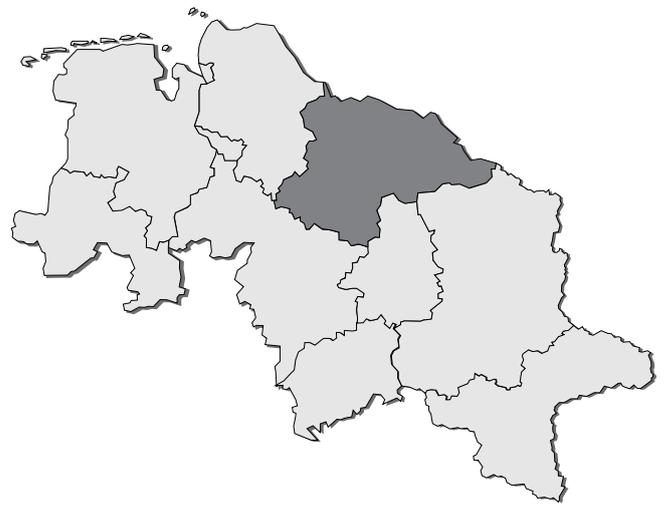
Courage zeigen gegen Rechts beim Weserbeatze

„Weserbeatze – Nazis aus dem Takt bringen“ wurde ehrenamtlich organisiert und war für die BesucherInnen kostenlos zugänglich.

In Nienburg gibt es seit mehreren Jahren neonazistische Strukturen, die mit der bundesweiten Naziszene vernetzt sind. Die rechte Szene organisierte sowohl im November 2016 als auch im Januar dieses Jahres jeweils einen Naziaufmarsch vor Ort. Aus diesem Grund, aber auch vor dem Hintergrund des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien sollte vor der Bundestagswahl ein klares Zeichen gegen Rechts gesetzt werden. Bereits im September traf das Bündnis die Entscheidung, das Festival zukünftig fortzusetzen. Im August 2018 wird „Weserbeatze“ erneut in Nienburg stattfinden.

Alles in allem kann das Vorgehen des Kreisverbandes als beispielhafte Vernetzungsarbeit vor Ort gelten. Seine Arbeit bietet die Grundlage für weitere gemeinsame Aktivitäten mit verschiedenen Bündnispartnern und in unterschiedlichen Konstellationen, die bereits in Planung sind. Weitere Informationen gibt es auf der Webseite <http://weserbeatze.rockini-nienburg.com/>.

DGB-Region Nord-Ost-Niedersachsen



Die Region besteht aus den Landkreisen Celle, Heidekreis, Harburg (Land), Lüneburg, Uelzen und Lüchow-Dannenberg. Sitz der Region ist Lüneburg. In Celle befindet sich eine Nebenstelle. Darüber hinaus gibt es weitere Beteiligungen des DGB an den Gewerkschaftshäusern in Soltau, Lüchow und Uelzen. Ende 2016 lag die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bei rund 59.160. Regionsgeschäftsführer ist seit 2012 Matthias Richter-Steinke. In Anlehnung an die Landkreise gibt es fünf Kreisverbände, Lüneburg und Harburg (Land) sind zu einem Kreisverband zusammengefasst.

Highlights der Region

Im Zentrum standen in diesem Jahr die Rentenkampagne des DGB und die Bundestagswahl. Außer für Podiumsdiskussionen zu Forderungen der Gewerkschaften entschieden sich die Kreisverbände dafür, zusammen mit lokalen Netzwerkpartnern gegen Rechts Veranstaltungen und Publikationen zu Rassismus und Rechtspopulismus vorzubereiten. Der 1. Mai ist fester Bestandteil der Arbeit in den Kreisverbänden. Sie organisierten in diesem Jahr unterschiedliche Formate für den Tag der Arbeit. Auch die Landtagswahl stand plötzlich auf der Agenda. Gewerkschaftliche Themen und Inhalte wurden an verschiedenen Orten platziert; es gab Veranstaltungen zur Wahl in einigen Landkreisen.

Ein besonderes Ereignis war der Besuch von Claudia Menne vom DGB-Bundesvorstand. Sie besuchte



Claudia Menne (4. von links) zu Besuch beim KV Heidekreis mit dessen Vorsitzenden Charly Braun (rechts).

unter anderem den Kreisverband (KV) Heidekreis. Der Tag begann mit einem Gespräch mit dem Gesamtbetriebsrat des Industrieparks Walsrode. Auch der Industriestandort Bomlitz wurde mit seinen diversen Problem- und Konfliktlagen vorgestellt. Der KV-Vorsitzende Charly Braun gab Einblicke in die lokale Geschichte. Er berichtete über gewerkschaftliche und gesellschaftliche Auseinandersetzungen der letzten Jahre und darüber, dass der KV mit Ausgrenzungsversuchen gegen Gewerkschaften und soziale Bewegungen zu kämpfen hat. Es folgten Besuche auf dem Truppenübungsplatz Bergen, auf dem Friedhof der sowjetischen Kriegsgefangenen in Oerbke und in Ostenholz, wo eine Bürgerinitiative ein soziales und ökologisches Konversionsprogramm fordert.



Regionsgeschäftsführer
Dr. Matthias Richter-Steinke



Ausflug in die Geschichte: Der KV Heidekreis im Industriepark Bomlitz

Darüber hinaus organisierten die Kreisverbände Aktionen zum Internationalen Frauentag. Der KV Lüneburg zeigte den Film „Hidden Figures – unerkannte Heldinnen“. Zum Antikriegstag lief der Film „Ein Sack voll Murmeln“, der in diesem Jahr mit dem DGB-Filmpreis ausgezeichnet wurde. DGB und ver.di beteiligten sich an der Berufsinformationsmesse Work & Life im Heidekreis. Sie informierten junge Menschen unter anderem darüber, wie sie in der Arbeitswelt von Gewerkschaften unterstützt werden können.



R(enten)-Aktion beim KV Uelzen ...



... und beim KV Celle

Auch die Netzwerkarbeit sowie die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsgewerkschaften muss stets gefördert und gestärkt werden. In Celle veranstaltete der KV dazu sein traditionelles Grillfest. Der Austausch mit den zahlreichen Gästen und die Informationen über gewerkschaftliche Forderungen zur Bundestagswahl fanden großen Zuspruch.

Eine Zeitung zum 1. Mai

Für den Tag der Arbeit erstellten die Kreisverbände zum zweiten Mal in Eigenregie eine regionale Maizeitung. Das Themenspektrum reichte von der Tarifflicht über drohende Altersarmut und Rente bis zu mobilen Beschäftigten. Die AutorInnen brachen die Themen auf die lokale Ebene herunter. Zudem unterstützten die örtlichen Gewerkschaften die Zeitung mit Berichten über ihre Arbeit in den Betrieben oder bei Tarifaueinandersetzungen. Ehrenamtliche KollegInnen verteilten die Zeitung an PendlerInnen.

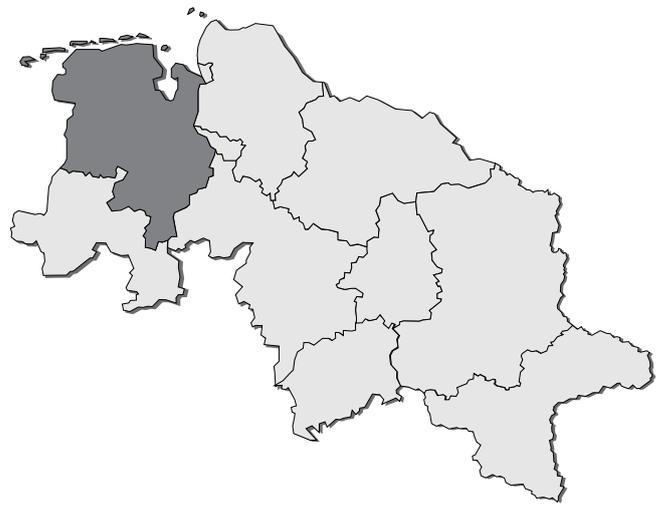
Jugend aktiv gegen Rechts

Der Region fehlt derzeit einE JugendsekretärIn. Dennoch organisierten GewerkschafterInnen – mit Unterstützung der Lüneburger DGB-Jugend – auch in diesem Jahr die Projektstage Demokratie und Mitbestimmung an berufsbildenden Schulen sowie Courage-Seminare an allgemeinbildenden Schulen. Die örtliche DGB-Jugend beteiligte sich an den Lüneburger Wochen gegen Rassismus. Sie entwickelte eine Informationsveranstaltung zu Rassismuskritik und Konsumverhalten. Die Berliner Bühne für Men-

schenrechte zeigte mit den NSU-Monologen ein berührendes Theaterstück aus Sicht der Angehörigen der NSU-Opfer.

Ein Highlight war das Musikfestival in Uelzen. Unter dem Motto „Aufstehen gegen Rassismus“ kooperierten die DGB-Region und die DGB-Jugend mit weiteren Bündnispartnern. Neben Infoständen und Redebeiträgen aus den Jugendbereichen gab es verschiedene Aktionen, an denen sich viele Kinder und Familien beteiligten. Über 500 Menschen erlebten einen tollen Tag mit Freunden und Familien im Kampf gegen Rassismus und rechte Hetze. Die DGB-Jugend engagierte sich zudem für das Lüneburger Festival „coraci – contre le racisme“ und beteiligte sich an einem Fußballturnier. Viele Menschen setzten mit ihren Teams ein Zeichen für gutes Zusammenleben, darunter auch etliche MigrantInnen..

DGB-Region Oldenburg-Ostfriesland



Die Region umfasst die Landkreise Ammerland, Aurich, Cloppenburg, Nördliches Emsland, Friesland, Leer, Oldenburg-Land, Vechta, Wesermarsch und Wittmund sowie die kreisfreien Städte Delmenhorst, Emden, Oldenburg und Wilhelmshaven. Der Regionssitz befindet sich in Oldenburg, zwei weitere Büros gibt es in Leer und Wilhelmshaven. In der Region leben 124.360 Gewerkschaftsmitglieder (Stand Ende 2016). Regionsgeschäftsführerin ist Dorothee Jürgensen.

In allen Landkreisen und kreisfreien Städten ist der DGB mit Kreis- und Stadtverbänden vertreten, in denen ehrenamtliche KollegInnen Veranstaltungen organisieren, sich gesellschaftspolitisch wichtiger Themen annehmen und die übergreifende Gewerkschaftsarbeit auf kommunaler Ebene gestalten. Die Region organisierte drei Tagesseminare und eine zweitägige Klausurtagung mit den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Kreis- und Stadtverbände.

Christopher Street Day in Oldenburg

Der Stadtverband Oldenburg nahm gemeinsam mit IG BCE, IG Metall, GEW und ver.di am Christopher Street Day (CSD) Nord-West mit einem Wagen und einem Informationsstand teil. Anders als bei der ersten Teilnahme im Jahr zuvor begannen die Vorbereitungen diesmal frühzeitig mit einem Wochenendseminar für GewerkschafterInnen. Sie erarbeiteten Hintergründe zum Thema und sammelten Ideen für den CSD. Die Gewerkschaften kämpfen für die Rechte von ArbeitnehmerInnen – und gegen Ausgrenzung und Diskriminierung sowie für sexuelle Vielfalt.

Im Juni nahmen viele junge und junggebliebene KollegInnen an der Demonstration teil, auch streikende KollegInnen aus dem Einzelhandel schlossen an. Gemeinsam füllten sie den Anspruch – „Gemeinsam für soziale und politische Rechte kämpfen“ – mit Leben. Auch 2018 nimmt die Region wieder teil. Sie wird

sich voraussichtlich auch bei CSD-Veranstaltungen in Aurich und Cloppenburg engagieren.

Wahljahr 2017

Nach den Kommunalwahlen 2016 standen in diesem Jahr die Bundestagswahlen an. Hinzu kam die vorgezogene Landtagswahl in Niedersachsen. Somit fanden zwei große Wahlen statt, auf die sich die Region vorbereitet hat. Es gab viele Aktionen und Podiumsdiskussionen. Das selbst produzierte Rentenrad weckte bei vielen BürgerInnen Interesse am Thema Rente.

Zur Bundestagswahl gab es in Oldenburg und Emden Diskussionsveranstaltungen; eine weitere fand in Wilhelmshaven zur Landtagswahl statt. Die DGB-Aktiven besuchten auch Wahlveranstaltungen anderer Institutionen und vertraten dort gewerkschaftliche



Regionsgeschäftsführerin
Dorothee Jürgensen



Mit dem Rentenrad macht die Region auf die prekäre Entwicklung vieler Renten aufmerksam.



Bildungsarbeit: Aktion zur Rentenkampagne des DGB

Standpunkte. Der Fokus lag dabei auf der DGB-Rentenkampagne, aber auch Lohnniveau und Altersarmut wurden diskutiert. Hierzu veröffentlichte die Region mit der Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften eine Studie mit regionalen Befunden und der Forderung nach rentenpolitischen Konsequenzen.

Bildungsarbeit in der Region

Für die Arbeit der Kreis- und Stadtverbände ist die politische Bildung wichtig. Jährlich organisiert die Region deshalb mehrere zweitägige Seminare. Die Schwerpunkte richten sich nach den Wünschen der Verbände, aber auch nach aktuellen Themen. Unter anderem setzten sich die KollegInnen im Seminar „NPD, AfD, ojemine“ mit dem Wahlprogramm der AfD auseinander, um bei Aktionen und Veranstaltungen besser argumentieren zu können. Es ging aber auch um Argumente dafür, dass die AfD keine gute Partei für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Weiterhin wurden auf den Seminaren Aktionsideen für In- und Outdoor-Veranstaltungen zum Thema Rente entwickelt, die später bei den Aktionen sowie Veranstaltungen vor Ort umgesetzt wurden.

Eine weitere Idee, an der die Region im nächsten Jahr arbeiten will, ist eine ArbeitnehmerInnen-Messe. Mit ihrer Hilfe wollen die GewerkschafterInnen auf das Thema prekäre Beschäftigung aufmerksam machen und die Politik aufrütteln. Dabei soll aufgezeigt werden, was hierzulande als prekäre Beschäftigung gilt,

in welchen Bereichen sie bereits fest verankert ist und wo es für Betroffene Hilfe gibt.

Jugendbündnis in Delmenhorst

„Wir müssen jünger werden!“ – dieses Motto gab sich der Stadtverband (SV) Delmenhorst im Jahr 2015. Seitdem hat der SV viele Aktivitäten für junge Menschen in Delmenhorst geplant und organisiert. Kontakte zu politischen Jugendverbänden und –abteilungen bis hin zum Kinder und Jugendparlament wurden vor Ort geknüpft. Ein Jugendbündnis konnte gegründet werden. Aufgrund dieser vielfältigen Initiativen bekam die diesjährige Veranstaltung zum 1. Mai ein völlig neues Gesicht, was auch bei den meisten älteren KollegInnen sehr positiv ankam. Die Organisation und die Arbeit des Jugendbündnisses erfordert viel Zeit. Aber es lohnt sich, die jungen Menschen bei ihrer Motivation zu fördern und langfristig für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen.



Das Jugendbündnis Delmenhorst aktiviert junge Menschen.

DGB-Region Osnabrück-Emsland



Die Region mit ihren rund 60.100 Gewerkschaftsmitgliedern umfasst die Landkreise Emsland (außer dem Altkreis Aschendorf-Hümmling), Grafschaft Bentheim und Osnabrück sowie die kreisfreie Stadt Osnabrück. Neben dem Regionssitz in Osnabrück ist der DGB mit einer Geschäftsstelle in Lingen vertreten. Die drei Kreisverbände sowie der Stadtverband führten zu den wichtigen gewerkschaftlichen Jahrestermi- nen, wie dem Internationalen Frauentag, Tag der Arbeit und Antikriegstag, Veranstaltungen durch. Sie unterstützten bundesweite DGB-Kampagnen sowie eigene Themen mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten. Die Region engagiert sich nicht nur vor Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen. Sie vermittelt gewerkschaftliche Forderungen auch in unterschiedlichen Formaten sowie auf öffentlichen Veranstaltungen. In diesem Jahr waren der Rechts- populismus, die AfD und die Flüchtlingspolitik wichtige politische Schwerpunkte. Mit Blick auf die Bundestagswahl standen die DGB-Rentenkampagne sowie die Themen „Gute Arbeit“ und „Recht auf Freizeit“ ganz oben auf der Agenda.

Das Recht auf Freizeit

Die Region setzte sich mit der Sonntagsarbeit auseinander und spitzte die Diskussion in der Medienarbeit zu. Die GewerkschafterInnen machten deutlich, dass der DGB im Verbund mit Kirchen, Verbänden und Sport die zuletzt fast schon beliebig ausgeweiteten verkaufsoffenen Sonntage sowie die Sonntagsarbeit nicht hinnimmt. Die erfolgreichen Klagen von ver.di führten schließlich zu einem deutlichen Rückgang von Sonntagsöffnungen auch in der Region.

Allerdings ist der Sonntag längst nicht mehr selbstverständlich arbeitsfrei. Sonntagsarbeit wird zunehmend von Minijobs geprägt. Damit wächst die Zahl prekärer Beschäftigungen. Auch bei diesem Thema setzten die GewerkschafterInnen wichtige Akzente. Das gelang durch Medienarbeit sowie durch Kooperationen bzw. die Ansprache des gewerkschaftlichen Umfeldes. Das

Thema wird weitergeführt. Die Grundlage dafür ist die in der gemeinsamen Delegiertenkonferenz vom Stadt- und Kreisverband Osnabrück beschlossenen Resolution „Recht auf Freizeit“. Der DGB streitet für faire Arbeitszeiten, für den freien Sonntag und für den Feierabend.

Nicht Ignoranz, Protest isoliert die AfD

Bereits zu den Kommunalwahlen entschieden sich die Gewerkschaften, Proteste gegen eine von Rassismus und Nationalismus geprägte Ausgrenzungspolitik zu organisieren. Konsequenterweise wurde diese Entscheidung in diesem Jahr fortgesetzt und überall, wo die AfD öffentlich auftrat, mobilisierte der DGB deutlichen Protest. Der offene und öffentliche Protest konnte in den jeweiligen Orten, im Umfeld und in Betrieben als Anlass für eine Debatte um die Wählbarkeit rechtsextremer Gruppierungen genutzt werden. Das war ein wichtiger Erfolg.



Protestdemo gegen Rassismus und Fremdenhass

Gleichzeitig gab es unter anderem in der Grafschaft Bentheim mit motivierten örtlichen Gruppen Diskussionen zum Rechtspopulismus. Sie stärkten bei den TeilnehmerInnen die Meinungsbildung und untermauerten die Kompetenz innerhalb des DGB zu diesen Fragen. Durch ihre aktive Grundhaltung setzten die GewerkschafterInnen den AfD-SympathisantInnen mehr entgegen, als durch bloßes Reagieren auf Themen der AfD. Wer die Gewerkschaften als anerkannt demokratische Instanz erlebte, zeigte sich viel eher zur Mitwirkung bei öffentlichen Protesten motiviert.



Regionsgeschäftsführerin
Petra Tiesmeyer

DGB-Rentenkampagne

Regionaler Auftakt zum Jahresthema Rente war der 1. Mai. Das Thema sollte jedes Alter ansprechen und neben Kundgebungen auch ein Familienfest prägen. Der Plan gelang. Die Beteiligung an der Pendleraktion war sehr gut. Bahnhöfe und Busstationen in der Region waren gut besetzt, die TeilnehmerInnen bestens aufgelegt. Dem DGB ist es gelungen, die Rentenpolitik als Themenschwerpunkt im Bundestagswahlkampf zu setzen.

In Nordhorn und Lingen sorgten DGB-Aktive mit viel Engagement und dem Kampagnenfahrzeug „Renten-Ente“ für eine großartige Stimmung. In Lingen wurden KandidatInnen zur Bundestagswahl befragt und der sprichwörtliche „Wurm in der Rente“ zog durch die Innenstadt. Eines ist bei der Rente wirklich sicher: Sie ist intensiv diskutiertes Thema für die Menschen. Die Gewerkschaften bekamen viel Anerkennung dafür, dass sie gegen Altersarmut aktiv waren.

Ansprache internationaler Beschäftigter

Das Fest der Kulturen ist längst in der Region etabliert. Auch in diesem Jahr wurde der Dialog zwischen Menschen gefördert. Die KollegInnen in Nordhorn warben für Vielfalt und zeigten, dass kulturelle oder soziale Ausgrenzung den Widerstand der GewerkschafterInnen provoziert. Symbol für diesen Widerstand war die Gelbe Hand, Giovanni Pollice vom Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ übernahm die diesjährige Schirmherrschaft. So setzte der DGB Akzente.

Beim Fest der Kulturen in Osnabrück kamen GewerkschafterInnen mit vielen KollegInnen aus den Betrieben ins Gespräch. Auch die Spielecke der IG BAU kam gut an. Es gab mehrsprachige Informationen und Zeit für Fragen und Gespräche. Bei Kaffee und Tee wurde viel diskutiert. Im Mittelpunkt standen einerseits das Problem der Ausgrenzung und andererseits die Idee von der Solidargemeinschaft



Rentenkampagne: Straßenaktion in Lingen

der Gewerkschaften. Es waren spannende Stunden mit sehr vielen interessierten TeilnehmerInnen.



Aktion mit Kindern auf dem „Fest der Kulturen“ in Osnabrück

DGB-Region Süd-niedersachsen-Harz



Die Region umfasst die Landkreise Göttingen, Osterode, Northeim und Goslar mit insgesamt 58.480 Gewerkschaftsmitgliedern (Stand Ende 2016). Regionsgeschäftsführer ist Lothar Hanisch. Der Sitz der Region befindet sich in Göttingen. Ein weiteres Büro existiert in Goslar. In der Region gibt es vier Landkreise, in denen alle vier Kreisvorstände neu gewählt wurden. Im Kreisverband (KV) Göttingen gibt es den Ortsverband (OV) Hann. Münden. Die Ortsverbände Northeim und Uslar sowie die DGB-Seniorenkreise Northeim und Einbeck engagieren sich im KV Northeim. Die Ortsverbände Goslar und Bad Harzburg sowie der DGB-/IG-BCE-Seniorenkreis Langelsheim lösten sich im Laufe des Jahres auf. Der OV Bad Lauterberg engagiert sich rege mit seinen monatlichen Bildungsveranstaltungen im KV Osterode.

Engagierte Arbeit der Verbände

In Goslar sprach Ingo Schäfer vom DGB-Bundesvorstand zum Thema „Die gesetzliche Rente wieder stark machen – private Vorsorge kann Lücken nicht schließen“. Er stellte klar, wie schnell viele Menschen verarmen werden, wenn sich in der Rentenpolitik nichts ändert. Das Betriebsrentenstärkungsgesetz, die private Vorsorge und die Riester-Rente wurden im Anschluss diskutiert. GewerkschafterInnen präsentierten in Goslar den niederländischen Dokumentarfilm „Ik ben Alice“ („Ich bin Alice“), der den Einsatz von Robotern in der Pflege thematisiert. Danach diskutierten die TeilnehmerInnen mit Kirstin Müller, Frauenpfarrerin der Landeskirche Braunschweig, sowie mit VertreterInnen einer Heimleitung und des Kreisseniorats.

In Bad Lauterberg wurde über Themen wie Schulpolitik, Rente, Steuern, Sozialwahl und Privatisierung von Autobahnen diskutiert. In Uslar gab es Versammlungen zur Rente, Bundestagswahl und anderen Themen. Im Frühjahr nahmen alle Kreis- und Ortsverbände an einer Regionalkonferenz mit dem Titel „Be-Stimmt: unsere Anforderungen an die Bundesregierung 2017“ teil.

Kurswechsel bei der Rente

Die Renten-Kampagne erfuhr in Göttingen, Goslar, Bad Lauterberg, Northeim und Uslar große Unterstützung. In Göttingen gab es im Mai Aktionen in der Fußgängerzone. Am Nachmittag gab es nach Vorträgen von Hans-Jürgen Urban (IG Metall), Dierk Hirschel (ver.di), Nils Hindersmann (IG BCE) und der Gewerkschaftsjugend Diskussionen mit einem interessierten Publikum. Im September riefen die Region und die IG Metall bei einer Demonstration in Göttingen mit anschließender Kundgebung zum Kurswechsel in der Rentenpolitik auf.



Regionsgeschäftsführer
Lothar Hanisch

Engagement für den 1. Mai

Die Ortsverbände beteiligten sich an acht Mai-Kundgebungen. Der KV Göttingen probierte erfolgreich ein neues Konzept aus, das hauptsächlich vom „Jugendbündnis 1. Mai“ entwickelt wurde. In Uslar fiel in diesem Jahr die Kundgebung auf Beschluss des Ortsverbands aus. Dies löste in der Uslarer Bevölkerung große Diskussionen aus.



Aktion der DGB-Frauen in der Goslarer Innenstadt für die Wiederbelebung der solidarischen Rente



Erfolgreich gegen Rechts

Die Kreisverbände Goslar, Northeim und Göttingen beteiligten sich im Begleitausschuss des Bundesprogramms „Partnerschaft für Demokratie“ in ihren Landkreisen.

In drei Landkreisen setzte der rechtsradikale „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen (FKTN)“, der sich jetzt „Volksbewegung Niedersachsen“ nennt, seine sogenannten Mahnwachen fort. Das Göttinger Bündnis gegen Rechts trotzte im April mit rund 1000 Protestierenden einem erneuten Aufmarschversuch des FKTN mit einer friedlichen Blockade, einer humanitären Spendengala und einem Kulturprogramm. Die Spendengala zu Gunsten der Geflüchtetenhilfe brachte wieder einige Tausend Euro.

Die Bündnisse gegen Rechts, die in Göttingen und Northeim vom DGB geleitet werden, organisierten Gegenmaßnahmen zu Kundgebungen der Rechtspopulisten. Der OV Northeim ließ vom Theater odos das AfD-kritische Stück „Was ihr wählt! Die tragikomische Wirklichkeit einer selbsternannten Alternative“ aufführen.

Nach der Bundestagswahl gab es in Göttingen mit dem Historiker und Autor Dr. Volker Weiß eine Diskussion zum Thema „Pegida, Identitäre, AfD – was ist neu am rechten Populismus? – Über die politische Rückkehr von Autorität und Abendland-Rhetorik“.

Erinnerung lebendig halten

Zum 20. Jubiläum der Veranstaltungsreihe „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“ gab es 30 Einzelveranstaltungen. Ein Schwerpunkt war der Zusammenhang von Kolonialismus und Nationalsozialismus. Unter dem Titel „Schwarze Lebensrealitäten in Deutschland – zwischen kolonialen Kontinuitäten und Widerstand“ begleitete der DGB das Thema unter anderem mit der Ausstellung „Homestory“ der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e. V.



Ausstellung „Homestory“

Internationaler Frauentag

Der Ortsverband Northeim organisierte mit der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises eine Informationsveranstaltung zum Thema „Was verdient die Frau? – Wirtschaftliche Unabhängigkeit!“. Hanna Wolf vom DGB-Bundesvorstand referierte über die Gleichstellungspolitik in Betrieb und Verwaltung. Beim Frauenfrühstück in Duderstadt sprach die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack darüber, wie neue Arbeitsformen und die weltweite digitale Vernetzung die Wirtschaft prägen. In Göttingen diskutierten Frauen die politischen Verhältnisse und die gesellschaftliche Umgestaltung in der Türkei, die auch eine zentrale Rolle für in Deutschland lebende Gewerkschaftsmitglieder mit türkischen Hintergrund spielen.

DGB-Region SüdOstNiedersachsen



Die Region umfasst die Landkreise Gifhorn, Helmstedt, Peine, Wolfenbüttel sowie die kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg. In der Region wohnen rund 183.850 Gewerkschaftsmitglieder (Stand Ende 2016). Michael Kleber ist Regionsgeschäftsführer. Der Regionssitz ist Braunschweig. DGB-Büros (in Kooperation mit anderen Gewerkschaften) gibt es in Helmstedt, Salzgitter und Wolfenbüttel. In allen Gebietskörperschaften sind ehrenamtliche DGB-Kreis- bzw. Stadtverbände tätig. Vielfältige Aktionen, Bildungs- und Kulturveranstaltungen sowie Tagungen prägen die Arbeit der Region und ihrer Kreis- und Stadtverbände.

Gedenken an Opfer von Krieg und Verfolgung

In Wolfsburg kooperiert seit Jahren der DGB mit dem Wolfsburger Verein Erinnerung und Zukunft unter dem Vorsitz von Gisela Rühl. Sie gestalteten gemeinsam die Gedenkfeier zum Tag der Befreiung am 8. Mai in Wolfsburg. Die Veranstaltung begann mit Kranzniederlegungen an der Gedenkstätte am Laagberg sowie am Sara-Frenkel-Platz. Die Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus war der Ort der abschließenden Gedenkfeier. Die traditionelle Rede hielt in diesem Jahr Astrid Grawunder-Dageförde, Schulleiterin der Leonardo da Vinci Grund- und Gesamtschule. Den Rahmen der Gedenkfeier gestalteten wie in den Jahren zuvor Schülerinnen und Schüler von Wolfsburger Schulen. Diesmal war es der elfte Jahrgang der Neuen Schule Wolfsburg.

Einen festen Platz im Gewerkschaftskalender der Region hat der 4. Juli. 1933 ermordeten Faschisten in Rieseberg zehn Gewerkschafter und einen Studenten, die vorher in Braunschweig gefangengenommen und gefoltert wurden. An diese grausame Bluttat erinnern jährlich GewerkschafterInnen gemeinsam mit VertreterInnen von Parteien und Verbänden aus Braunschweig, Wolfsburg und dem Landkreis Helmstedt. Nach Kranzniederlegungen am Braunschweiger Heinrich-Jasper-Ehrenmal und an den Gräbern auf dem Hauptfriedhof fand die Gedenkveranstaltung auf dem Gelände der ehemaligen DGB-Jugendbildungsstätte in Rieseberg statt. Garnet Alps, 2. Bevollmächtigte der IG Metall Braunschweig, war die Hauptrednerin.

Die jährliche Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag fand auf dem Friedhof Jammertal in Salzgitter-Lebenstedt statt. Dieser Friedhof ist die Ruhestätte für tausende ermordete oder zu Tode gequälte ZwangsarbeiterInnen aus dem Konzentrationslager Drütte in Salzgitter. DGB-Stadtverbandsvorsitzende Marion Koslowski-Kuzu eröffnete die Veranstaltung. Gedenkredner war Thorsten Gröger, IG Metall-Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Aktionen zur DGB-Rentenkampagne

Unter dem Motto „Die Rente muss reichen“ fanden an acht Bahnhöfen der Region Pendleraktionen statt. Über 3.000 PendlerInnen bekamen nicht nur Wachmacher und eine Stärkung überreicht, sondern auch



Regionsgeschäftsführer
Michael Kleber



Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag in Salzgitter



DGB-Team bei der Pendleraktion am 31. Mai am Bahnhof Gifhorn

konkrete Vorschläge, wie ihre Rente wieder sicher wird. Vor dem Hauptbahnhof in Wolfsburg betonte Regionsgeschäftsführer Michael Kleber: „Unser Ziel ist die Stärkung der gesetzlichen Rente. So bauen wir eine Brücke zur jüngeren Generation, die sich auch in Zukunft auf eine auskömmliche Rente verlassen will.“

DGB-Wahlforen in neun Städten

Die Kreis- und Stadtverbände der Region boten traditionell vor Wahlen sowohl Gewerkschaftsmitgliedern als auch interessierten BürgerInnen öffentliche Foren an, um mit den KandidatInnen der demokratischen Parteien über deren Ziele und Positionen zu diskutieren. In diesem Jahr führte die Region mit Betriebs- und Personalrätegesprächen ein neues Veranstaltungsformat ein, das fortgesetzt werden soll. Schwerpunkte dieser DGB-Wahlforen waren Themen, die für Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen von Bedeutung sind. Vor der Bundestagswahl und der

niedersächsischen Landtagswahl fanden insgesamt 14 Wahlforen in neun Städten der Region statt. Die Diskussionsthemen wurden von den Mitgliedern der Kreis- und Stadtverbände zuvor erarbeitet. Mit dabei waren beispielsweise Fragen zur Bildungspolitik, zur regionalen Strukturpolitik sowie zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Kritische Reihe im ländlichen Raum

Die DGB-Jugend der Region ging in diesem Jahr eine Kooperation mit der Ländlichen Erwachsenenbildung in Niedersachsen e. V. (LEB) ein. Nach mehreren Planungstreffen entstand die Idee für eine Veranstaltungsreihe, die im August startete und bis Mai 2018 andauern wird. Sie trägt den Titel „Kritische Reihe – Demokratische Dialoge im ländlichen Raum“.

Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, in ländlichen Regionen wie beispielweise Gifhorn, Goslar und Helmstedt das bürgerliche Engagement zu stärken. Dies soll dazu beitragen, dass die demokratische Teilhabe eine Selbstverständlichkeit des gesellschaftlichen Miteinanders bleibt. Neben Abendveranstaltungen zum Thema Demokratieverständnis und Menschenrechte im Alltag planten die Kooperationspartner Diskussionsveranstaltungen zum Thema Sexarbeit und Gewalt, Workshops unter dem Motto „Für Demokratie Courage zeigen!“ sowie ein Filmfestival zur politischen Bildungsarbeit.



Wahlforum in der Oswald-Berkhan-Schule in Braunschweig am 27. September

Landespolitisches aus Sachsen-Anhalt

Drei Fragen an Susanne Wiedemeyer

Stellvertretende Bezirksvorsitzende,
Leiterin der Landesvertretung Sachsen-Anhalt

Die sachsen-anhaltische Landesregierung hat den Fachkräftepakt wiederbelebt. Wie beurteilt der DGB den Neustart, welche Ziele verfolgen die Gewerkschaften?

Die aktuellen Entwicklungen erfordern, dem Fachkräftepakt neue Impulse und thematische Ausrichtungen zu geben. Für uns als Gewerkschaften steht natürlich Gute Arbeit im Fokus, um insbesondere junge Leute für unseren Arbeitsmarkt zu binden und anzuwerben. Dabei haben wir nur Chancen, wenn Tarifbindung und Mitbestimmung hervorragende Argumente für den Arbeitsort Sachsen-Anhalt werden. Zudem sind die rasante Digitalisierung, Arbeit 4.0, eine attraktive Berufsausbildung oder die Integration Zugewanderter in den Arbeitsmarkt als Themen zu nennen, auf die der Fachkräftepakt reagieren muss.



Susanne Wiedemeyer

Die Gewerkschaften streiten sich mit der Landesregierung auch über die Fahrkosten von Auszubildenden. Worum geht es konkret, was soll erreicht werden?

Der Unterricht in zentralen Landesfachklassen ist für BerufsschülerInnen in unserem Flächenland mit erheblichen Fahr- und Übernachtungskosten verbunden. Dadurch werden zum Beispiel im Baubereich verhandelte Verbesserungen der Ausbildungsvergütungen gänzlich aufgeessen. Viele opfern einen Monatslohn und mehr für den Besuch der Berufsschule. Die sieben Jahre alte Richtlinie des Bildungsministeriums zur Fahrkostenförderung muss dringend nachgebessert werden. Ziel sollte ein AZUBI-Ticket für das Land sein. An diesem Strang ziehen wir gemeinsam mit unseren Fachgewerkschaften. Und wir haben dieses Problem gemeinsam mit der Bauindustrie öffentlich gemacht.

Warum geht die Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes so schleppend voran?

Ich sehe keinen nachvollziehbaren Grund. Schon die Vorgängerregierung hat eine Absichtserklärung zur Modernisierung verschlafen, und ein inzwischen vorliegender Gesetzentwurf der Opposition liegt auf Eis.

Es muss die Möglichkeit geben, mehr Personalräte freizustellen. Wir brauchen auch neue Mitbestimmungstatbestände, wie sie ver.di fordert, und eine verbesserte Arbeitsfähigkeit der Personalräte in den Polizeidirektionen. In diesem Bereich fordern wir auch Jugendausbildungsvertretungen.

DGB in Projekten

20. DGB-Filmpreis



Katharina Günther vom Verleih Weltkino hat den DGB-Filmpreis stellvertretend angenommen, Katy Hübner (EVG) hat ihn überreicht.

Der Filmpreis „Die Sinne“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) geht in diesem Jahr an den kanadischen Regisseur Christian Duguay. Sein Film „Ein Sack voll Murmeln“ erhielt vom Publikum des 28. Internationalen Filmfestes Emden-Norderney die beste Bewertung im DGB-Wettbewerb. Katy Hübner, Bereichsleiterin Region Nord der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, überreichte die Auszeichnung am Sonntag, 11. Juni, im Rahmen der Preisverleihungsgala im Neuen Theater in Emden. Katharina Günther vom Weltkino-Filmverleih nahm den Preis stellvertretend entgegen.

Neben „Ein Sack voll Murmeln“ waren vier weitere Filme nominiert gewesen: „Auf dünnem Eis – Die Asylentscheider“ – eine Dokumentation von Sandra Budesheim und Sabine Zimmer, „Die Migrantigen“ – eine medien- und gesellschaftskritische Komödie von Arman T. Riahi, „Innen Leben“ – ein Kammerspiel über die Folgen des Bürgerkriegs in Syrien von Philippe Van Leeuw, „Thank you for the rain“ – eine Dokumentation über den Klimawandel in Afrika von Julia Dahr.

Das Zweiter-Weltkrieg-Drama von Duguay schickt zwei jüdische Jungen durch das von Deutschen besetzte Frankreich, wo sie allen Einfallsreichtum aufwenden müssen, um nicht gefasst zu werden und ihre Eltern wiederzufinden. Der Film basiert auf dem gleichnamigen Debütroman des französischen Autors Joseph Joffo. Als dieser zehn Jahre alt war, gab sein Vater ihm und seinem Bruder jeweils 5000 Franken und die Anweisung, aus Paris zu fliehen und sich mit dem Zug, per Bus und zu Fuß nach Menton durchzuschlagen. Das Drama wurde in Emden zum ersten Mal in Deutschland aufgeführt und startete am 17. August in deutschen Kinos.

Der mit 7.000 Euro dotierte Publikumspreis für gesellschaftlich in besonderer Weise engagierte Filme wurde zum 20. Mal vom DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt vergeben. Im Rahmen des Filmgesprächs im vhs-Forum am 9. Juni warf der DGB einen Blick zurück auf die Entwicklung des Filmpreises und bisherige PreisträgerInnen. Auch während des anschließenden Empfangs im Café Henri's wurde das Jubiläum kräftig gefeiert.

Beratungsstellen für mobile Beschäftigte

Niedersachsen

Die Beratungsstellen für mobile Beschäftigte in Oldenburg und Hannover gibt es seit 2013. 2015 folgte Braunschweig, 2016 Lüneburg. Heute beraten insgesamt acht wissenschaftliche MitarbeiterInnen an den vier Standorten mobile ausländische Beschäftigte, die einer zeitlich begrenzten Arbeit nachgehen und sich vorübergehend in Deutschland aufhalten. Die Beratung und Betreuung übernahm die Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN im Auftrag des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums. Inhaltlich und politisch wird die Arbeit durch den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften flankiert. In diesem Jahr starteten die Beratungsstellen in die nächste Projektphase.

Eine große Anzahl an mobilen Beschäftigten kommt aus Ost- bzw. Südosteuropa. Viele von ihnen verlegen ihren Lebensmittelpunkt nicht nach Niedersachsen, weshalb sie vor besonderen Herausforderungen stehen. Wichtige Themen sind nicht gezahlter Lohn, verweigerter Urlaub und nicht gezahltes Entgelt bei Krankheit. Beschäftigte aus verschiedenen Branchen suchen die Beratungsstellen auf. Hierzu gehört in erster Linie die Fleischindustrie; 41 Prozent der Hilfesuchenden waren dort tätig. Aber auch Beschäftigte aus dem Metall- und Elektrobereich, der Landwirtschaft, dem Baugewerbe, dem Logistikbereich sowie in Pflegeberufen nutzten das Angebot.

An den vier Standorten des Beratungsnetzwerks verfügen jeweils zwei MitarbeiterInnen über eine osteuropäische Sprachkompetenz – je nach Anforderungen der jeweiligen Region. Sie sprechen Rumänisch, Bulgarisch, Polnisch, Ungarisch, Englisch, Spanisch und Portugiesisch. Die Kontakte finden sowohl telefonisch, persönlich als auch über die sozialen Medien statt. Für die aufsuchende Beratung stehen an drei Standorten Fahrzeuge zur Verfügung. Die Beratungsstellen arbeiten intensiv mit den Gewerkschaften, den

Kirchen, dem Zoll, mit kommunalen Einrichtungen und der Polizei zusammen. Bis zum April wurden insgesamt 4078 ArbeitnehmerInnen beraten.

Bremen

Anfang dieses Jahres eröffnete in Bremen die Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung (MoBA). Zwei Beraterinnen informieren in den Gewerkschaftshäusern in Bremen und Bremerhaven. Die MoBA ist lokal und auf Bundesebene gut vernetzt und bietet damit ein breites Beratungsspektrum sowie eine umfassende Expertise für Verwaltung und Politik zur Bekämpfung der Arbeitsausbeutung. Kontakt: www.moba-beratung.de.

Demografieagentur für die niedersächsische Wirtschaft GmbH

Die Demografieagentur hat erneut gemeinsam mit dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr das Zertifikat „Demografiefest. Sozialpartnerschaftlicher Betrieb“ verliehen. Damit wird die Arbeit von Unternehmen und Beschäftigten gewürdigt, die sich in einer gelebten Sozialpartnerschaft demografischen Herausforderungen stellen – und eine demografiegerechte Betriebspolitik gestalten.

Beim DemografieFest 2017 zeichnete Wirtschaftsminister Olaf Lies elf Betriebe mit dem Zertifikat aus. Weitere elf Betriebe und Institutionen, die sich seit 2015 erfolgreich für die Umsetzung von demografiefesten und zukunftssicheren Maßnahmen einsetzen, erhielten ihre Re-Zertifizierung. Sie unterstrichen damit den nachhaltigen Erfolg der Demografieagentur. Die Nachfrage nach einer sozialpartnerschaftlich organisierten Demografiestrategie ist ungebrochen. Gegenwärtig läuft bereits die vierte Bewerbungsrunde für Unternehmen, die sich um das Zertifikat bemühen.

Die Demografieagentur ist seit 2016 Projektträgerin des Auditierungsprogramms „Zukunftsfähige Unternehmenskultur“ der Initiative Neue Qualität der Arbeit. Anhand der vier Handlungsfelder Personalführung, Chancengleichheit & Diversity, Gesundheit und Wissen & Kompetenz arbeiten Unternehmen und öffentliche Verwaltungen sowie Beschäftigte gemeinsam an einer Verbesserung des Arbeitsumfeldes. Es geht um hochwertige Arbeitsplätze, die attraktiv für qualifiziertes Personal sind. Bei der Umsetzung werden Beschäftigte und Arbeitgeber von professionell geschulten ProzessbegleiterInnen unterstützt, die wegen ihrer langjährigen Erfahrung und Ausbildung in der Unternehmensbegleitung über die nötige Kompetenz verfügen.

Die Arbeit im Rahmen des Förderprogramms „unternehmensWert:Mensch“ wurde erfolgreich fortgesetzt. Die Demografieagentur ist bis 2020 alleiniger

Projektträger. In Hannover, Göttingen, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück und Braunschweig können kleine und mittelständische Unternehmen mit jeweils bis zu 249 Beschäftigten das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Europäischen Sozialfond finanzierte Beratungsangebot in Anspruch nehmen. Beratungskosten werden in Höhe von 50 bis 80 Prozent bezuschusst. Das Ziel des Programms ist die Entwicklung moderner, mitarbeiterorientierter Personalstrategien.

Akademie regionale Gewerkschaftsgeschichte

Niedersachsen

Die Aufsatzsammlung zum Themenfeld „Erster Weltkrieg und die Folgen bis 1920“ ist seit Oktober fertiggestellt und steht inzwischen allen Interessierten zur Verfügung. Auf insgesamt 880 Seiten – in vier Bänden – haben die über 50 AutorInnen ein umfassendes Kaleidoskop zu den Wirkungen und Auswirkungen des Ersten Weltkriegs zusammengestellt. Sie behandelten auch die Situation an der sogenannten Heimatfront. Für die lokalen und regionalen Berichten standen Beschreibungen von Ereignissen aus Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Magdeburg, Halle/Saale und Dessau zur Verfügung. Der Titel der Ausgabe lautet: „Vom Reichskongress zur Reichstagswahl“. Alle AutorInnen setzten wichtige Schwerpunkte im sozio-kulturellen Milieu. Zum Abschluss der Serie gestalteten NeuntklässlerInnen einer Gesamtschule aus Wolfenbüttel mehrere „Comic-Reihen“ zum Themenfeld Erster Weltkrieg.

Die Akademie hat die Übernahme von weiteren historischen Materialien vorbereitet; vor allem von KollegInnen aus der Wirtschaftsregion SüdOstNiedersachsen. Auch die Arbeit mit ZeitzeugInnen wurde kontinuierlich fortgesetzt. Dabei ging es beispielsweise um die Arbeit von Kurt Ehrenberg aus Braunschweig. Er wirkte als Betriebsratsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied des Unternehmens Telefunken am Standort Braunschweig.

Mit monatlichen Vorträgen baute die Akademie ihre Präsenz in der Öffentlichkeit weiter aus. Mit durchschnittlich jeweils 40 BesucherInnen waren die elf Veranstaltungen gut besucht.

Sachsen-Anhalt

Der Arbeitsschwerpunkt lag in diesem Jahr in Dessau. Mit Hilfe des Engagements von mehreren GewerkschafterInnen entstanden zwei Publikationen. In der



Der Erste Weltkrieg in Zeichnungen von SchülerInnen aus Wolfenbüttel

ersten Broschüre wird der Niedergang der Uhrmacher-Innung nach 1945 in Dessau aufgearbeitet. Die zweite Broschüre dokumentiert Material, das mit viel Glück erhalten blieb. Es geht um Fritz Prosiegel, der an einem frühen Attentatsversuch auf Adolf Hitler beteiligt war. Das Ereignis fand im April 1933 auf der Bahnstrecke zwischen Treuchtlingen und Donauwörth statt. In seinem Leben hat Prosiegel fünf politische Systeme kennengelernt. Er war Jahrgang 1900 und erlebte nach Kaiserzeit und Weimarer Republik die schrecklichen Jahre des deutschen Faschismus. Bis 1951 lebte er sechs Jahre lang in der DDR. 1975 starb er in der Nähe von Stuttgart.

Die Akademie dankt den MitarbeiterInnen der Stadtarchive Magdeburg, Dessau und Stendal für die vielen Tipps und Hinweise.

Aktionsbündnis „Niedersachsen packt an“

Neben der Landesregierung, den Kirchen und den Unternehmerverbänden gehörte der DGB zu den Initiatoren des Aktionsbündnisses „Niedersachsen packt an“. Es besteht seit Ende 2015. Das Bündnis kümmert sich aktiv um gute Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Menschen in Niedersachsen. Es ist ein klares Bekenntnis zum gesellschaftlichen Engagement vor dem Hintergrund der Zuwanderung von Geflüchteten. Und es erteilt allen Formen von fremdenfeindlicher Hetze und Gewalt eine klare Absage.

„Niedersachsen packt an“ ist ein starkes Signal der Menschen in Niedersachsen. Mittlerweile bekennen sich über 330 niedersächsische Organisationen sowie über 2.500 Einzelpersonen zu dem Bündnis. Sie stehen gemeinsam für die Grundwerte unserer Demokratie ein und entwickeln diese weiter. In dieser Richtung passiert in Niedersachsen viel. Die Menschen beweisen Haltung, engagieren sich und leisten Herausragendes.

Um dieses Engagement zu unterstützen, hat das Bündnis „Niedersachsen packt an“ auch in diesem Jahr eine Plattform geboten. Es geht um praxisorientierte Lösungen für wichtige Herausforderungen. Es fanden zwei landesweite Integrationskonferenzen zu den Themen bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe statt. Darüber hinaus stellte eine Tagung die Fluchtursachen in den Mittelpunkt. Weitere Integrationskonferenzen fanden auf regionaler Ebene statt.

Zusammen mit Ministerpräsident Stephan Weil und der Landesbeauftragten für Integration Doris Schröder-Köpf hat das Bündnis am 29. August die Preisträgerinnen und Preisträger des Niedersächsischen Integrationspreises bekannt gegeben. VertreterInnen des Bündnisses gehörten mit zur Jury, die über 90 eingegangenen Bewerbungen fünf PreisträgerInnen auswählte. Der Integrationspreis fördert Initiativen, Institutionen oder Betriebe, die die Integration in Ausbildung fördern.

Zudem gab es neben zahlreichen Veranstaltungen der einzelnen Partner im Niedersächsischen Landesmuseum Hannover die Sonderausstellung „Immer bunter. Einwanderungsland Deutschland“. Sie bildete die Facetten und Etappen der Einwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg ab und erzählte Migrationsgeschichten aus unterschiedlichen Perspektiven.

Alle Informationen rund um das Bündnis sind unter www.niedersachsen-packt-an.de zu finden. Dort besteht auch die Möglichkeit, dem Bündnis beizutreten.



Plakatausschnitt der Sonderausstellung „Immer bunter. Einwanderungsland Deutschland“

Stelle für soziale Innovation des DGB Niedersachsen

Mit dem Begriff Innovation werden im betrieblichen Alltag häufig technische Weiterentwicklungen, neue Produktionsmethoden oder eine zunehmend digitalisierte Verwaltung assoziiert. Dahinter verbergen sich jedoch gesellschaftliche Herausforderungen, denen sich Gewerkschaften und Interessenvertretungen stellen müssen. Im Fokus stehen dabei vor allem die Mitgestaltung und die Mitwirkung bei den großen Veränderungsprozessen im betrieblichen Alltag.

Die Stelle für soziale Innovation entwickelte im vergangenen Jahr vielfältige Aktivitäten und initiierte Projekte bei verschiedenen Bildungsträgern, darunter die Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN, das Bildungswerk ver.di und das Bildungszentrum Heimvolkshochschule Hustedt. Wichtiger Ausgangspunkt war eine Informationsveranstaltung in Lüneburg zum Thema Arbeit 4.0. Daraus ergaben sich folgende Projekte: „Transferagentur Gute Arbeit“ in Osnabrück, „Wissensmanagement“ in Hannover und „Arbeit 4.0 – mit Arbeitnehmern den digitalen Wandel gestalten“ in der Region Lüneburg. Die Details dazu sind auf der Webseite <http://niedersachsen.dgb.de/stelle-fuer-soziale-innovation> einsehbar.

Das übergeordnete Ziel aller Projekte ist es, ArbeitnehmervertreterInnen, Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften dabei zu unterstützen, den digitalen Wandel mitzugestalten und die betriebliche Mitbestimmung zu stärken. In Seminaren und Workshops wurden daher die Themenfelder Gesundheit, Bildung und Qualifizierung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Home-Office, Crowd-Working und alters- bzw. altersgerechtes Arbeiten sach- und zielgruppenspezifisch bearbeitet.

In den innovativen Projekten kommt dem Querschnittsziel „Gute Arbeit“ eine besondere Bedeutung zu. Es ist auf Initiative des DGB als Leitbild in der Durchführungsverordnung für den Europäischen Sozialfonds in Niedersachsen verankert. Die Projektträger



Die Stelle für soziale Innovation beteiligte sich am Lüneburger Gesundheitstag

sind damit verpflichtet, für gute Arbeitsbedingungen in den Projekten, für die Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse und für eine tarifgerechte Bezahlung zu sorgen.

Für 2018 ist es möglich, weitere sozial-innovative Projekte mit EU-Förderung zu konzipieren. Informationen dazu gibt es bei der Stelle für Soziale Innovation des DGB Niedersachsen.

MENTO – Kollegiales Netzwerk für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt

Trotz Schulpflicht gibt es in Deutschland mehr als 7,5 Millionen Menschen zwischen 18 und 64 Jahren, die nicht genug lesen und schreiben können – um etwa Formulare auszufüllen oder Warnhinweise und Arbeitsanweisungen zu lesen. Mit dem Projekt MENTO sollen ArbeitnehmerInnen ermutigt werden, ihre Lese- und Schreibkenntnisse zu verbessern. Das Vorhaben hat sich im DGB-Bezirk erfreulich entwickelt. In 20 Unternehmen haben 38 Beschäftigte eine Mentorenausbildung genossen. MentorInnen sind in den Regionen Hannover, Braunschweig, Wolfsburg und Hildesheim aktiv; weitere wirken in der Nähe von Nienburg, Uelzen, Lüneburg und Bremen.

Immer mehr Betriebe sind dank der ausgebildeten MentorInnen für das Thema Grundbildung und Alphabetisierung sensibilisiert. Das hat wichtige Folgen. So haben sich einige Unternehmen aufgrund der Initiative engagierter MitarbeiterInnen dazu entschlossen, Kurse für Lesen und Schreiben in ihren Betrieben anzubieten. Andere berücksichtigen die Lese- und Schreibthematik bei Umstrukturierungen und finden gemeinsam mit den MentorInnen ideale Lösungen für betroffene ArbeitnehmerInnen. Diese Impulse gehen in den Unternehmen sowohl von der Arbeitnehmer- als auch von der Arbeitgeberseite aus.

Der Kontakt und der Austausch mit VertreterInnen des DGB-Bezirks, der Einzelgewerkschaften und der betrieblichen Interessensvertretungen bleibt wichtiger Bestandteil der Projektarbeit. Für die MitarbeiterInnen des Projekts zählt die Öffentlichkeitsarbeit für die Alphabetisierung der Arbeitswelt zu den wichtigsten Arbeitsbereichen. Dazu gehört auch, die GesprächspartnerInnen für das Ausmaß der Problemlage zu sensibilisieren. Viele sind von der Tatsache überrascht, dass Millionen Menschen nicht richtig lesen und schreiben können. Diese Einsicht ist ein wichtiger erster Schritt. Wer sich wundert, schenkt dem Thema mehr Aufmerksamkeit – und die ist dringend nötig.

Mit der Umsetzung ist die Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen und Sachsen-Anhalt beauftragt. Ansprechpartner sind Alina Cantaragiu in Hannover und David Nowaczyk in Magdeburg. Finanziert wird das bundesweite Projekt durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Das DGB Bildungswerk BUND hat es konzipiert und verantwortet es bis heute. Weitere Informationen gibt es auf der Webseite www.dgb-mento.de.

Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit

Die Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN) nahm ihre Tätigkeit im April 2016 auf. Sie ist eine Kooperation zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, den Unternehmerverbänden Niedersachsen (UVN), der Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen, dem Industrie- und Handelskammer Niedersachsen (IHKN) und dem DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt. Das Ziel dieser Kooperation ist es, die nachhaltige Entwicklung in Unternehmen zu fördern und damit den Wirtschaftsstandort Niedersachsen zu stärken.

Die sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekte von Nachhaltigkeit werden durch die Einrichtung der Geschäftsstelle der Allianz operativ und konzeptionell gleichberechtigt behandelt. Der DGB hat dafür bei der Technologieberatungsstelle Niedersachsen (TBS) eine Teil-Geschäftsstelle für den Arbeitsbereich soziale Nachhaltigkeit eingerichtet. Durch ihre Arbeit haben niedersächsische Unternehmen die Möglichkeit, ihre MitarbeiterInnen im Themenfeld Nachhaltigkeit zu schulen. 2016 stand das Thema „Nachhaltig erfolgreich wirtschaften – Ressourceneffizienz im Unternehmen“ im Fokus; in diesem Jahr rückte das Modul „Gesund und kompetent in die Zukunft“ der TBS Niedersachsen in den Mittelpunkt.

In Einführungsveranstaltungen, Workshops, Seminaren und Beratungen für Unternehmen und Betriebsräte hat die Allianz die Themenfelder „Gute Arbeit“, „Gesundheit“, „Mitarbeiterorientierung“ und „Gute Führung“ bearbeitet. Für 2018 ist der Themenkomplex Wissensmanagement vorgesehen. Die Angebote aus den Vorjahren werden fortgeführt. Das Gute für Unternehmen: Sie können sich nach der Teilnahme an den Modulen als nachhaltige Unternehmen kennzeichnen lassen.

Auf der Internetseite der Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (www.nachhaltigkeitsallianz.de) gibt es weitere Informationen zu den Themenbereichen und den kommenden Veranstaltungen.

Netzwerk Kooperationsstellen Hochschulen – Gewerkschaften

Das Netzwerk koordiniert die Arbeit der Kooperationsstellen Hochschule und Gewerkschaften in Niedersachsen und Bremen. Diese beleben den Dialog zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt. Vor Ort werden Tagungen und Veranstaltungen organisiert, Netzwerke geknüpft und Forschungsprojekte verfolgt. Auf diese Weise werden wissenschaftliche Ergebnisse aus Forschungsprojekten sowie Erfahrungen aus der Arbeitswelt ausgetauscht.

Die Jahrestagung des Netzwerkes befasste sich im September mit der Digitalisierung in der Gesundheitswirtschaft. Die Kooperationsstellen geben zweimal im Jahr das Informationsblatt NETZWERKinfo heraus. In den Beiräten der Kooperationsstellen sind die DGB-Regionen, der DGB-Bezirk und die Mitgliedsgewerkschaften vertreten.

Die Kooperationsstelle Oldenburg erarbeitete ein regionales Arbeitsmarktmonitoring aus Arbeitnehmersicht. Darin enthalten sind Entwicklungs- und Struktur Aspekte des regionalen Arbeitsmarktes bzw. die Sozial- und Wirtschaftsstruktur in der DGB-Region Oldenburg/Ostfriesland. Es wurde im Juni mit großer Resonanz der Presse vorgestellt.

Die Kooperationsstelle Braunschweig organisierte im September eine Tagung an der TU Braunschweig im Rahmen des Projektes „Den digitalen Wandel im Dienstleistungsbereich gestalten“. Im Wintersemester 2017/2018 fand zudem das Blockseminar „Kompetent in die digitale Arbeitswelt – die eigene Rolle und Handlungsoptionen im Beruf“ statt.

Die Kooperationsstelle Hannover organisierte unter anderem die Tagung „Gute Arbeit ist die beste Medizin – Gefährdungsbeurteilung und psychische Gesundheit in der Arbeitswelt“.

Die Kooperationsstelle Göttingen legte 2016 die wegweisende „Niedersächsische Arbeitszeitstudie“ mit

2.869 Lehrkräften aus 255 Schulen auf Landesebene vor. 2017 folgte eine Expertise zu den Befunden der Lehrerarbeitszeit-Forschung in Deutschland. Im Rahmen der Arbeitszeitkommission des niedersächsischen Kultusministeriums liefen weitere Auswertungsarbeiten. Zudem startete der Forschungsverbund „CollaboTeam“, in dem die Kooperationsstelle, das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) und Partnerunternehmen gemeinsam zu kollaborativer Team- und Projektarbeit forschen.

Die Kooperationsstelle Osnabrück hat sich die Organisation, Betreuung und Moderation des lokalen sozialpolitischen Netzwerkes „Osnabrücker Sozialkonferenz“ zur Aufgabe gemacht. Bis zu 15 Organisationen und Initiativen treffen sich im Arbeitskreis und bereiten jährlich zwei Konferenzen vor.

Das Institut Arbeit und Wirtschaft in Bremen bot im Wintersemester 2017/2018 ein Lehrmodul „Arbeit und Arbeitsbeziehungen in Deutschland – Kompetenzen für die Arbeitswelt“ an.

Bezirksverwaltung und Landesvertretungen

Stand Dezember 2017

DGB-Bezirksverwaltung Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Otto-Brenner-Str. 7, 30159 Hannover
Fon: 0511 12601-0
www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de
www.niedersachsen.dgb.de

Bezirksvorsitzender

Hartmut Tölle

Sekretariat: *Brigitta Moleski*
brigitta.moleski@dgb.de
Fon: 0511 12601-21

Vorstand, Personal, Finanzen, Controlling

Rebekka Hoppenstedt
rebekka.hoppenstedt@dgb.de
Fon: 0511 12601-27

Geschäftsführung

Ulrich Gransee
ulrich.gransee@dgb.de
Fon: 0511 12601-47

Interne Organisation, Kreis- und Stadtverbände

Thomas Domke
thomas.domke@dgb.de
Fon: 0511 12601-68

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Medienpolitik

Tina Kolbeck-Landau
tina.kolbeck@dgb.de
Fon: 0511 12601-32

Frauen- und Gleichstellungspolitik, Migrationspolitik

Naciye Celebi-Bektas
naciye.celebi-bektas@dgb.de
Fon: 0511 12601-62

Wirtschaft, Umwelt und Europa

Johannes Grabbe
johannes.grabbe@dgb.de

Sekretariat: *Ute Kamradek*
ute.kamradek@dgb.de
Fon: 0511 12601-33

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Beruf- liche Bildung, Handwerk

Lars Niggemeyer
lars.niggemeyer@dgb.de

Sekretariat: *Christina Weber*
christina.weber@dgb.de
Fon: 0511 12601-25

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Sebastian Meise
sebastian.Meise@dgb.de
Fon: 0511 12601-40

Handwerks- und Bildungspolitik

Danny Schnur
danny.schnur@dgb.de
Fon: 0511 12601-60

Beamte, öffentlicher Dienst, Bildungspolitik

Lea Arnold
lea.arnold@dgb.de

Sekretariat: *Anke Schulze*
anke.schulze@dgb.de
Fon: 0511 12601-31

Bezirksjugendsekretär, Jugendpolitik, Jugendbildung

Ruben Eick
ruben.eick@dgb.de

Sekretariat: *Birgit Alexander*
Fon: 0511 12601-61
birgit.alexander@dgb.de

Projektstelle für soziale Innovation, Begleitung und Koordinierung europäischer Förderprojekte

Rüdiger Hornbostel
Fon: 0511 12601-63
ruediger.hornbostel@dgb.de

DGB Landesvertretung Bremen

Bahnhofplatz 22–28, 28195 Bremen
Fon: 0421 33576-0
Fax: 0421 33576-60
bremen@dgb.de
www.bremen.dgb.de

Leiterin

Annette Düring
annette.duering@dgb.de

Sekretariat: *Jeannette Busch und Jutta Tietjen*
Fon: 0421 33 576-10 /-11

Handwerk, Beamte/Öffentlicher Dienst, Allgemeine und berufliche Bildung

Daniela Teppich
daniela.teppich@dgb.de
Fon: 0421 33576-26

Wirtschafts- und Regionalpolitik, Europa, Hochschulpolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Tim Voss
tim.voss@dgb.de
Fon: 0421 33576-20

Berufliche Bildung Niedersachsen, OV-KV-Bremerhaven

Lutz Bock
lutz.bock@dgb.de
Fon: 0471 9262712

DGB-Jugend

Johanna Waldeck
johanna.waldeck@dgb.de

Hannes Scherf
hannes.scherf@dgb.de
Fon: 0421 33 576-21

DGB Landesvertretung Sachsen- Anhalt

Otto-von-Guericke-Straße 6, 39104 Magdeburg
Fon: 0391 62503-0
Fax: 0391 62503-27
www.sachsen-anhalt.dgb.de

Leiterin

Susanne Wiedemeyer
susanne.wiedemeyer@dgb.de
Fon: 0391 62503-15

Sekretariat: *Marlies Quaas, Ina Maigatter,
Melanie Schwarz*
Fon: 0391 62503-10/-19/-21

Wirtschafts- und Strukturpolitik, Europa und Frauen, Öffentlicher Dienst/Beamte

Regina Stipani
regina.stipani@dgb.de
Fon: 0391 62503-18

DGB-Jugend, Bildung und berufliche Bildung

Ute Neumann
ute.neumann@dgb.de
Fon: 0391 62503-30

Pressereferat

Bernhard Becker
bernhard.becker@dgb.de
Fon: 0391 62503-23

Unsere Regionen, Geschäftsstellen und Servicebüros

DGB-Region Altmark-Börde-Harz

Geschäftsführerin: *Katrin Skirlo*
www.altmark-boerde-harz.dgb.de

Regionsbüro Magdeburg

Otto-von-Guericke-Straße 6, 39104 Magdeburg
Fon: 0391 5334410
Fax: 0391 5334418
magdeburg@dgb.de

Büro Halberstadt

Bernhard-Thiersch-Str. 2, 38820 Halberstadt
Fon: 03941 693022
Fax: 03941 443043
halberstadt@dgb.de

DGB-Region Bremen-Elbe-Weser

Geschäftsführerin: *Annette Düring*
www.bremen.dgb.de

Regionsbüro Bremen

Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen
Fon: 0421 335760
Fax: 0421 3357660
bremen@dgb.de

Büro Bremerhaven

Hinrich-Schmalfeldt-Str. 31b, 27576 Bremerhaven
Fon: 0471 92627-0
Fax: 0471 9262711
bremerhaven@dgb.de

Büro Cuxhaven

Bahnhofstraße 26, 27472 Cuxhaven
Fon: 04721 35551
Fax: 04721 34895
cuxhaven@dgb.de

DGB-Region Halle-Dessau

Geschäftsführer: *Johannes Krause*
www.halle-dessau.dgb.de

Regionsbüro Halle

Augustastrasse 1, 06108 Halle/Saale
Fon: 0345 6826911
Fax: 0345 6826910
halle@dgb.de

Büro Dessau

Grenzstraße 5, 06849 Dessau-Roßlau
Fon: 0340 80021-0
Fax: 0340 80021-40
dessau@dgb.de

DGB-Servicebüro der Gewerkschaften Hettstedt

Markt 5, 06333 Hettstedt
Fon: 03476 398613

Büro Naumburg

Rosa-Luxemburg-Str. 24, 06618 Naumburg
Fon: 0345 6826914
Fax: 0345 682610

Büro Sangerhausen

Kylische Straße 54a, 06526 Sangerhausen
Fon: 03464 2609074

DGB-Region Niedersachsen-Mitte

Geschäftsführer: *Reiner Eifler*
www.niedersachsen-mitte.dgb.de

Regionbüro Hannover

Otto-Brenner-Str. 1, 30159 Hannover
Fon: 0511 16387-0
Fax: 0511 16387-34
hannover@dgb.de

Büro Hameln

Bahnhofstr. 18 – 20, 31785 Hameln
Fon: 05151 9366840
Fax: 05151 9366849
hameln@dgb.de

Büro Hildesheim

Osterstr. 39A, 31134 Hildesheim
Fon: 05121 703463
Fax: 05121 514953
hildesheim@dgb.de

Büro Holzminden

Wilhelm-Raabe-Str. 3, 37603 Holzminden
Fon: 05531 4452
Fax: 05531 13841
holzminden@dgb.de

Büro Nienburg/Weser

Mühlenstr. 14, 31582 Nienburg
Fax: 05021 608625
nienburg@dgb.de

GIBS-Büro Sulingen

Lange Str. 12, 27232 Sulingen
Fon: 04271 955850
Fax: 04271 955890
gibs-sulingen@t-online.de

DGB-Region Nord-Ost-Niedersachsen

Geschäftsführer: *Dr. Matthias Richter-Steinke*
www.nordostniedersachsen.dgb.de

Regionbüro Lüneburg

Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg
Fon: 04131 223396-0
Fax: 04131 223396-20
lueneburg@dgb.de

DGB-Region Oldenburg-Ostfriesland

Geschäftsführerin: *Dorothee Jürgensen*
www.oldenburg-ostfriesland.dgb.de

Regionbüro Oldenburg

Kaiserstr. 4-6, 26122 Oldenburg
Fon: 0441 21876-0
Fax: 0441 21876-54
oldenburg@dgb.de

Büro Wilhelmshaven

Weserstraße 51, 26382 Wilhelmshaven
Fon: 04421 1801-0
Fax: 04421 1801-19
wilhelmshaven@dgb.de

Büro Leer

Jahnstraße 2, 26789 Leer
Fon: 0491 9121310
Fax: 0491 9121315
leer@dgb.de

DGB-Region Osnabrück-Emsland

Geschäftsführerin: *Petra Tiesmeyer*
www.osnabrueck-emsland.dgb.de

Regionsbüro Osnabrück

August-Bebel-Platz 1, 49074 Osnabrück
Fon: 0541 33806-0
Fax: 0541 33806-1529
osnabrueck@dgb.de

Büro Lingen

Kaiserstr. 2, 49809 Lingen/Ems
Fon: 0591 9128211
Fax: 0591 9128220
lingen@dgb.de

DGB-Region Südniedersachsen-Harz

Geschäftsführer: *Lothar Hanisch*
www.suedniedersachsen-harz.dgb.de

Regionsbüro Göttingen

Weender Landstraße 6, 37073 Göttingen
Fon: 0551 44097
Fax: 0551 486382
goettingen@dgb.de

Büro Goslar

Vititorwall 14, 38640 Goslar/Harz
Fon: 05321 22452
Fax: 05321 25477
goslar@dgb.de

DGB-Region SüdOstNiedersachsen

Geschäftsführer: *Michael Kleber*
www.suedostniedersachsen.dgb.de

Regionsbüro Braunschweig

Wilhelmstraße 5, 38100 Braunschweig
Fon: 0531 48096-0
Fax: 0531 48096-17
braunschweig@dgb.de

Bezirksvorstand

Stimmberechtigte Mitglieder

Detlef Ahting, Leiter des ver.di-Landesbezirks Niedersachsen-Bremen

Ralf Becker, Leiter des Landesbezirks Nord der IG Bergbau Chemie Energie

Thorsten Gröger, Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen Sachsen-Anhalt

Christopher Hirschfeld, Bezirksjugendausschuss

Melanie Mörchen, Gewerkschaftssekretärin im Landesbezirk Nord der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten

Laura Pooth, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen

Dietmar Schilff, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen

Sabine Schwarz, Bezirksfrauenausschuss

Eckhard Stoermer, Regionalleiter der IG Bauen-Agrar-Umwelt Niedersachsen

Peter Strüber, Leiter der Geschäftsstelle Hannover der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft

Hartmut Tölle, Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen -. Bremen – Sachsen-Anhalt

Susanne Wiedemeyer, stellvertretender Bezirksvorsitzende

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Annette Düring, Geschäftsführerin DGB Region Bremen/Elbe-Weser

Reiner Eifler, Geschäftsführer DGB-Region Niedersachsen-Mitte

Lothar Hanisch, Geschäftsführer DGB-Region Südniedersachsen-Harz

Dorothee Jürgensen, Geschäftsführerin DGB-Region Oldenburg-Ostfriesland

Michael Kleber, Geschäftsführer DGB-Region SüdOstNiedersachsen

Johannes Krause, Geschäftsführer DGB-Region Halle Dessau

Matthias Richter-Steinke, Geschäftsführer DGB-Region NordOstNiedersachsen

Katrin Skirlo, Geschäftsführerin DGB-Region Altmark-Börde-Harz

Petra Tiesmeyer, Geschäftsführerin DGB-Region Osnabrück-Emsland

Unsere Partner vor Ort

Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen e. V.

Landesgeschäftsstelle

Geschäftsführer: *Hans Hoffmann*

Arndtstr. 20, 30167 Hannover

Fon: 0511 16491-0

lgst@arbeitundleben-nds.de

www.arbeitundleben-nds.de

Arbeitsstelle gegen Rechtstremismus und Gewalt

Geschäftsführer: Reinhard Koch

Bohlweg 55, 38100 Braunschweig

Fon: 0531 12336-42

Fax: 0531 12336-55

info@arug.de

www.arug.de

Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Bremen e. V.

Geschäftsführerin: *Caren Emenecker*

Bahnhofplatz 22 – 28, 28195 Bremen

Fon: 0421 96089-0

info@aulbremen.de

www.aulbremen.de

Akademie Regionale Gewerkschafts- geschichte für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Geschäftsführer: Gundolf Algermissen

Fallersleber-Tor-Wall 23, 38100 Braunschweig

gundolf.algermissen@dgb.de

Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Sachsen-Anhalt e. V.

Geschäftsführer: *Klaus Rzejak*

Stresemannstraße 18/19, 39104 Magdeburg

Fon: 0391 623495

info@arbeitundleben.org

www.sachsen-anhalt.arbeitundleben.de

Arbeitnehmerkammer Bremen

Leitung: *Ingo Schierenbeck*

Bürgerstr. 1, 28195 Bremen

Fon: 0421 36301956

mitbestimmung@arbeitnehmerkammer.de

www.arbeitnehmerkammer.de

Technologieberatungsstelle (TBS)

Leitung: *Lorenz Hinrichs*

Arndtstr. 20, 30167 Hannover

Fon: 0511 92020040

info@tbs-niedersachsen.de

www.tbs-niedersachsen.de

TIB/UB Hannover, Gewerkschaftsarchiv

Fachbibliothek Sozialwissenschaften

Öffnungszeiten: Mo. – Fr.: 9:00 – 20:00 Uhr

Sa.: 9:00 – 18:00 Uhr

Welfengarten 2c, 30167 Hannover

Fon: 0511 7625455

winfried.kullmann@tib.eu

Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)

Leitung: *Dr. Günter Warsewa*

Wienerstr. 9, 28359 Bremen

Fon: 0421 218-61700

iaw-info@uni-bremen.de

www.iaw.uni-bremen.de

**Kooperationsstelle Hochschule und
Gewerkschaften an der Carl-von-Ossietzky-
Universität Oldenburg**

Leitung: *Dr. Uwe Kröcher*
Ammerländer Heerstr. 121, 26129 Oldenburg
Fon: 0441 798-2909
uwe.kroecher@uni-oldenburg.de
www.kooperationsstelle.uni-oldenburg.de

**Kooperationsstelle Hochschulen und
Gewerkschaften Göttingen**

Leitung: *Dr. Frank Mußmann*
Weender Landstr. 3, 37073 Göttingen
Fon: 0551 394756
kooperationsstelle@uni-goettingen.de
www.kooperationsstelle.uni-goettingen.de

**Kooperationsstelle Hochschulen und
Gewerkschaften in Osnabrück**

Leitung: *Manfred Flore*
August-Bebel-Platz 1, 49074 Osnabrück
Fon: 0541 33807-1814 und -1816
kontakt@kooperationsstelle-osnabrueck.de
www.kooperationsstelle-osnabrueck.de

**Kooperationsstelle Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg – DGB Sachsen-Anhalt**

Leitung: *Karsten Priedemann*
Adam-Kuckhoff-Str. 15, 06108 Halle (Saale)
Fon: 0345 6826914
info@kooperationsstelle-halle.de
www.kooperationsstelle.uni-halle.de

**Kooperationsstelle Hochschulen und
Gewerkschaften Hannover-Hildesheim**

Leitung: *Klaus Pape*
Schlosswerder Str. 7, 30159 Hannover
Fon: 0511 762-19785
info-koop-hannover@zew.uni-hannover.de
www.koop-hg.de

**Kooperationsstelle Hochschulen –
Gewerkschaften Region SüdOstNieder-
sachsen an der TU Braunschweig**

Leitung: *Marianne Putzker*
Bültenweg 74/75, 38106 Braunschweig
Fon: 0531 391-4280
koop-son@tu-braunschweig.de
www.koop-son.de

Mitgliederzahlen

Stand Dezember 2016

Mitgliederstatistik Bezirk (Gesamt)

Gewerkschaft	Arbeiter			Angestellte			Arbeiter/Angestellte ⁴			Beamte			Sonstige ²			Gesamt			in % von Gesamtsumme	Mitglieder bis inkl. 27 Jahre ⁵			
	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt		m	w	gesamt	
IG BAU	19.413	8.001	27.414	1.275	1.129	2.404	20.688	9.130	29.818	129	9	138	11.795	1.597	13.392	32.612	10.736	43.348	4,7	2.760	327	3.087	
IG BCE	0	0	0	0	0	0	65.928	21.177	87.105	0	0	0	0	0	0	65.928	21.177	87.105	9,4	6.715	1.459	8.174	
GEW ⁸	0	0	0	0	0	0	2.671	11.186	13.857	5.182	14.482	19.664	5.197	7.044	12.241	13.050	32.712	45.762	4,9	261	1.013	1.274	
IG Metall ¹	244.426	39.252	283.678	58.327	25.860	84.187	302.753	65.112	367.865	0	0	0	0	0	0	302.753	65.112	367.865	39,6	27.958	8.177	36.135	
NGG ¹	14.785	8.232	23.017	2.884	3.979	6.863	17.669	12.211	29.880	0	0	0	3.938	2.533	6.471	21.607	14.744	36.351	3,9	2.023	1.375	3.398	
GdP	0	0	0	0	0	0	1.364	1.590	2.954	14.372	4.692	19.064	0	0	0	15.736	6.282	22.018	2,4	2.594	1.751	4.345	
EVG	0	0	0	0	0	0	8.158	2.429	10.587	2.135	417	2.552	10.393	2.992	13.385	20.686	5.838	26.524	2,9	1.614	283	1.897	
verdi	57.425	28.097	85.522	62.614	127.702	190.316	120.039	155.799	275.838	13.778	4.843	18.621	2.424	2.710	5.134	136.241	163.352	299.593	32,3	7.987	7.897	15.884	
DGB insges.	336.049	83.582	419.631	125.100	158.670	283.770	539.270	278.634	817.904	35.596	24.443	60.039	33.747	16.876	50.623	608.613	319.953	928.566	100,0	51.912	22.282	74.194	
m/w-Anteile in %	80,1	19,9	100,0	44,1	55,9	100,0	65,9	34,1	100,0	59,3	40,7	100,0	66,7	33,3	100,0	65,5	34,5	100,0		70,0	30,0	100,0	
																						Jug.-Anteil in %	8,0

Mitgliederstatistik Niedersachsen

Gewerkschaft	Arbeiter			Angestellte			Arbeiter/Angestellte ⁴			Beamte			Sonstige ²			Gesamt			in % von Gesamtsumme	Mitglieder bis inkl. 27 Jahre ⁵			
	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt		m	w	gesamt	
IG BAU	10.417	5.258	15.675	758	609	1.367	11.175	5.867	17.042	107	8	115	7.469	782	8.251	18.751	6.657	25.408	3,7	1.441	187	1.628	
IG BCE	0	0	0	0	0	0	47.237	12.428	59.665	0	0	0	0	0	0	47.237	12.428	59.665	8,8	4.919	1.104	6.023	
GEW ⁸	0	0	0	0	0	0	1.371	3.859	5.230	4.360	12.446	16.806	3.943	4.362	8.305	9.674	20.667	30.341	4,5	178	664	842	
IG Metall ¹	193.141	31.506	224.647	50.043	21.448	71.491	243.184	52.954	296.138	0	0	0	2.832	1.769	4.601	15.014	10.433	25.447	43,5	21.066	6.262	27.328	
NGG ¹	10.268	5.906	16.174	1.914	2.758	4.672	12.182	8.664	20.846	0	0	0	0	0	0	10.249	4.318	14.567	2,1	1.917	1.399	3.316	
GdP	0	0	0	0	0	0	882	1.001	1.883	9.367	3.317	12.684	0	0	0	12.740	2.308	15.048	2,2	881	157	1.038	
EVG	0	0	0	0	0	0	4.045	937	4.982	2.050	393	2.443	6.645	978	7.623	12.740	2.308	15.048	2,2	881	157	1.038	
verdi	39.152	18.436	57.588	46.591	91.027	137.618	85.743	109.463	195.206	12.046	4.082	16.128	1.681	1.880	3.561	99.470	115.425	214.895	31,5	5.974	5.876	11.850	
DGB insges.	252.978	61.106	314.084	99.306	115.842	215.148	405.819	195.173	600.992	27.930	20.246	48.176	22.570	9.771	32.341	456.319	225.190	681.509	100,0	37.807	16.650	54.457	
m/w-Anteile in %	80,5	19,5	100,0	46,2	53,8	100,0	67,5	32,5	100,0	58,0	42,0	100,0	69,8	30,2	100,0	67,0	33,0	100,0		69,4	30,6	100,0	
																						Jug.-Anteil in %	8,0

Mitgliederstatistik Bremen

Gewerkschaft	Arbeiter			Angestellte			Arbeiter/Angestellte ⁴			Beamte			Sonstige ²			Gesamt			in % von Gesamtsumme		Mitglieder bis inkl. 27 Jahre ⁵		
	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w
IG BAU	2.987	1.330	4.317	161	141	302	3.148	1.471	4.619	8	0	8	1.451	132	1.583	4.607	1.603	6.210	6,3	548	58	606	
IG BCE	0	0	0	0	0	0	579	192	771	0	0	0	0	0	0	579	192	771	0,8	29	9	38	
GEW ⁸	0	0	0	0	0	0	410	1.043	1.453	653	1.575	2.228	656	703	1.359	1.719	3.321	5.040	5,1	31	119	150	
IG Metall ¹	27.944	3.376	31.320	4.733	1.438	6.171	32.677	4.814	37.491	0	0	0	0	0	0	32.677	4.814	37.491	38,3	5.114	1.720	6.834	
NGG ¹	3.743	1.740	5.483	529	566	1.095	4.272	2.306	6.578	0	0	0	833	473	1.306	5.105	2.779	7.884	8,1	448	278	726	
GdP	0	0	0	0	0	0	202	358	560	2.008	542	2.550	0	0	0	2.210	900	3.110	3,2	250	136	386	
EVG	0	0	0	0	0	0	409	62	471	74	23	97	446	105	551	929	190	1.119	1,1	121	23	144	
verdi	11.105	4.046	15.151	7.198	10.969	18.167	18.303	15.015	33.318	1.523	654	2.177	392	388	780	20.218	16.057	36.275	37,1	1.122	952	2.074	
DGB insges.	45.779	10.492	56.271	12.621	13.114	25.735	60.000	25.261	85.261	4.266	2.794	7.060	3.778	1.801	5.579	68.044	29.856	97.900	100,0	7.663	3.295	10.958	
m/w-Anteile in %	81,4	18,6	100,0	49,0	51,0	100,0	70,4	29,6	100,0	60,4	39,6	100,0	67,7	32,3	100,0	69,5	30,5	100,0		69,9	30,1	100,0	
	Jug.-Anteil in %																						11,2

Mitgliederstatistik Sachsen-Anhalt

Gewerkschaft	Arbeiter			Angestellte			Arbeiter/Angestellte ⁴			Beamte			Sonstige ²			Gesamt			in % von Gesamtsumme		Mitglieder bis inkl. 27 Jahre ⁵		
	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w
IG BAU	6.009	1.413	7.422	356	379	735	6.365	1.792	8.157	14	1	15	2.875	683	3.558	9.254	2.476	11.730	7,9	771	82	853	
IG BCE	0	0	0	0	0	0	18.112	8.557	26.669	0	0	0	0	0	0	18.112	8.557	26.669	17,9	1.767	346	2.113	
GEW ⁸	0	0	0	0	0	0	890	6.284	7.174	169	461	630	598	1.979	2.577	1.657	8.724	10.381	7,0	52	230	282	
IG Metall ¹	23.341	4.370	27.711	3.551	2.974	6.525	26.892	7.344	34.236	0	0	0	0	0	0	26.892	7.344	34.236	23,0	1.778	195	1.973	
NGG ¹	774	586	1.360	441	655	1.096	1.215	1.241	2.456	0	0	0	273	291	564	1.488	1.532	3.020	2,0	144	96	240	
GdP	0	0	0	0	0	0	280	231	511	2.997	833	3.830	0	0	0	3.277	1.064	4.341	2,9	427	216	643	
EVG	0	0	0	0	0	0	3.704	1.430	5.134	11	1	12	3.302	1.909	5.211	7.017	3.340	10.357	6,9	612	103	715	
verdi	7.168	5.615	12.783	8.825	25.706	34.531	15.993	31.321	47.314	209	107	316	351	442	793	16.553	31.870	48.423	32,5	891	1.069	1.960	
DGB insges.	37.292	11.984	49.276	13.173	29.714	42.887	73.451	58.200	131.651	3.400	1.403	4.803	7.399	5.304	12.703	84.250	64.907	149.157	100,0	6.442	2.337	8.779	
m/w-Anteile in %	75,7	24,3	100,0	30,7	69,3	100,0	55,8	44,2	100,0	70,8	29,2	100,0	58,2	41,8	100,0	56,5	43,5	100,0		73,4	26,6	100,0	
	Jug.-Anteil in %																						5,9

Footnoten (Stand: 2016)

- Die IG Metall und die NGG führen die Kategorie „Beamte“ nicht.
- In der Kategorie „Sonstige“ sind alle Mitglieder eingetragen, die die Gewerkschaften in anderen als den Kategorien Arbeiter, Angestellte und Beamte erfasst haben.
- Die NGG kann ab 2006, durch eine Anpassung ihrer Mitgliederverwaltung an die territorialen Zuschnitte ihrer Gliederungen, keine Mitgliederzahlen für Brandenburg mehr angeben. Die Mitglieder (als Anhaltspunkt 31.12.2010: Brandenburg 3.646 Mitgl., Berlin 9.509 Mitgl.) sind weitgehend in den Mitgliederzahlen von Berlin erhalten.
- Da einige Gewerkschaften die Mitgliederzahlen nicht mehr nach Arbeitern und Angestellten differenziert angeben, werden diese Kategorien ab 2007 zusammengefasst dargestellt. In diesen Fällen sind die Werte in den Rubriken „Arbeiter“ und „Angestellte“ gleich Null.
- NGG differenziert bei Jugendlichen nicht nach „m“/„w“. Die Zahlen sind alle unter „m“ verbucht, so dass „w“ in der Summe zu niedrig ausfällt.
- EVG hat ihr Mitgliedererfassung auf den 01.01. des Jahres umgestellt. In diesem Fall also Stand 01.01.2015. GdP gibt anders als früher den Stand wieder zum 31.12. d. J. an.
- Unter dem Begriff „nichtterritoriale Mitglieder“ sind diejenigen Mitglieder zusammengefasst, die die Gewerkschaften keinem Bundesland zugeordnet haben.“
- Die GEW führt in ihrer Mitgliederverwaltung die Kategorie „Arbeiter“ nicht.

Kassenberichte 2013 bis 2017

Kassenbericht vom 01.01. bis 31.12.2013

Einnahmen	Euro	Ausgaben	Euro
I. Bestand 01.01.2013		I. Sachausgaben	
Bezirk	553.408,13	Bezirk	772.948,95
Landesvorstand (LV)	116.853,88	LV	147.039,19
Regionen	155.746,61	Regionen	832.600,83
Kreis- u. Stadtverbände	75.442,32	Kreis- u. Stadtverbände	71.036,90
II. Haushaltsmittel		II. Bestand 31.12.2014	
Bezirk	703.216,00	Bezirk	528.704,10
LV	152.291,00	LV	127.125,44
Regionen	789.693,00	Regionen	153.026,11
Kreis- u. Stadtverbände	76.800,00	Kreis- u. Stadtverbände	97.902,05
III. Sonstige Einnahmen			
Bezirk	45.028,92		
LV	5.019,75		
Regionen	40.187,33		
Kreis- u. Stadtverbände	16.696,63		
	<hr/>		<hr/>
	2.730.383,57		2.730.383,57

Kassenbericht vom 01.01. bis 31.12.2014

Einnahmen	Euro	Ausgaben	Euro
I. Bestand 01.01.2014		I. Sachausgaben	
Bezirk	528.704,10	Bezirk	850.959,58
LV	127.125,44	LV	138.570,28
Regionen	153.026,11	Regionen	814.524,35
Kreis- u. Stadtverbände	97.902,05	Kreis- u. Stadtverbände	75.264,63
II. Haushaltsmittel		II. Bestand 31.12.2015	
Bezirk	704.685,00	Bezirk	467.234,39
LV	150.822,00	LV	144.306,28
Regionen	789.693,00	Regionen	171.032,21
Kreis- u. Stadtverbände	76.800,00	Kreis- u. Stadtverbände	109.533,78
III. Sonstige Einnahmen			
Bezirk	45.028,92		
LV	5.019,75		
Regionen	40.187,33		
Kreis- u. Stadtverbände	16.696,63		
	<hr/>		<hr/>
	2.771.425,50		2.771.425,50

Kassenbericht vom 01.01. bis 31.12.2015

Einnahmen	Euro	Ausgaben	Euro
I. Bestand 01.01.2014		I. Sachausgaben	
Bezirk	467.234,39	Bezirk	731.046,30
LV	144.306,28	LV	166.694,98
Regionen	171.032,21	Regionen	784.498,88
Kreis- u. Stadtverbände	109.533,78	Kreis- u. Stadtverbände	103.001,00
II. Haushaltsmittel		II. Bestand 31.12.2015	
Bezirk	748.682,00	Bezirk	559.851,18
LV	148.825,00	LV	134.671,14
Regionen	789.693,00	Regionen	212.835,31
Kreis- u. Stadtverbände	76.800,00	Kreis- u. Stadtverbände	92.199,20
III. Sonstige Einnahmen			
Bezirk	74.981,09		
LV	8.234,84		
Regionen	36.608,98		
Kreis- u. Stadtverbände	8.866,48		
	2.784.798,05		2.784.798,05

Kassenbericht vom 01.01. bis 31.12.2016

Einnahmen	Euro	Ausgaben	Euro
I. Bestand 01.01.2015		I. Sachausgaben	
Bezirk	559.851,18	Bezirk	861.191,04
LV	134.671,14	LV	137.798,41
Regionen	212.835,31	Regionen	807.523,87
Kreis- u. Stadtverbände	92.199,26	Kreis- u. Stadtverbände	102.613,26
II. Haushaltsmittel		II. Bestand 31.12.2016	
Bezirk	781.520,00	Bezirk	599.061,68
LV	146.987,00	LV	173.769,97
Regionen	789.693,00	Regionen	236.908,00
Kreis- u. Stadtverbände	76.800,00	Kreis- u. Stadtverbände	78.054,55
III. Sonstige Einnahmen			
Bezirk	118.881,54		
LV	29.910,24		
Regionen	41.903,56		
Kreis- u. Stadtverbände	11.668,55		
	2.996.920,78		2.996.920,78

Kassenbericht vom 01.01. bis 31.07.2017

Einnahmen	Euro	Ausgaben	Euro
I. Bestand 01.01.2016		I. Sachausgaben	
Bezirk	599.061,68	Bezirk	386.266,21
LV	173.769,97	LV	58.385,36
Regionen	236.908,00	Regionen	420.157,57
Kreis- u. Stadtverbände	78.054,55	Kreis- u. Stadtverbände	43.431,25
II. Haushaltsmittel		II. Bestand 31.07.2017	
Bezirk	470.344,45	Bezirk	684.974,12
LV	85.379,00	LV	203.757,93
Regionen	460.643,00	Regionen	301.640,29
Kreis- u. Stadtverbände	44.800,00	Kreis- u. Stadtverbände	80.314,30
III. Sonstige Einnahmen			
Bezirk	1.834,20		
LV	2.994,32		
Regionen	24.246,86		
Kreis- u. Stadtverbände	891,00		
	<hr/>		<hr/>
	2.178.927,03		2.178.927,03

www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de

www.niedersachsen.dgb.de

www.bremen.dgb.de

www.sachsen-anhalt.dgb.de

